



universität
wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

Risikokommunikation am Beispiel Kernenergie

Wie wird über das klassische Risikothema Kernenergie heute
kommuniziert?

Eine Analyse der aktuellen politischen Positionen und des
medialen Diskurses in der Schweiz und in Österreich.

Verfasserin

Petra Adler, Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Februar 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt

Studienrichtung lt. Studienblatt

Betreuer

A 066 841

Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Ao. Univ. Prof. Dr. Friedrich Hausjell

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung.....	1
2. Methoden und Ziele.....	3
2.1. Ziele, Inhalte, leitende Forschungsfrage.....	3
2.2. Methoden.....	5
3. Risikotheorien.....	7
3.1. Allgemeine Risikodefinition.....	7
3.2. Risikobegriff nach Niklas Luhmann.....	7
3.3. Risikotheorie nach Ulrich Beck.....	12
3.3.1. Die Risikogesellschaft.....	12
3.3.2. Die Weltrisikogesellschaft.....	16
4. Risikokommunikation.....	20
4.1. Definition von Risikokommunikation.....	20
4.2. Akteure der Risikokommunikation.....	21
4.3. Funktionen und Strategien der Risikokommunikation.....	22
4.4. Entstehungszyklus eines Risikothemas.....	25
4.5. Risikokommunikation als Partizipation.....	26
4.6. Risikokommunikation in den Medien.....	27
4.7. Risikokommunikation und Politik.....	32
5. Risikothema Kernenergie.....	36
5.1. Zur Technik der Kernenergie.....	36
5.2. Risikowahrnehmung von Experten und Laien.....	39
5.2.1. Experten und Gegenexperten.....	41
5.3. Risikokommunikation und Kernenergie.....	43
5.3.1. Argumentationslinien in der Kernenergiediskussion.....	44

6. Internationale Perspektiven zur Kernenergie.....	47
6.1. Positionen innerhalb Europas.....	47
6.2. Kernenergie in Österreich.....	48
6.2.1. Haltung in der Gesellschaft.....	51
6.2.2. Politische Positionen zur Kernenergie in Österreich.....	52
6.2.2.1. Sozialistische Partei.....	53
6.2.2.2. Grüne Partei.....	54
6.2.2.3. Österreichische Volkspartei.....	56
6.2.2.4. Freiheitliche Partei.....	57
6.3. Kernenergie in der Schweiz.....	58
6.3.1. Haltung in der Gesellschaft.....	63
6.3.2. Politische Positionen zur Kernenergie in der Schweiz.....	65
6.3.2.1. Soziale Partei.....	66
6.3.2.2. Freisinnige Demokratische Partei.....	67
6.3.2.3. Schweizer Volkspartei.....	68
6.3.2.4. Christlichdemokratische Volkspartei.....	69
6.3.2.5. Bürgerlich Demokratische Partei.....	70
6.3.2.6. Grüne Partei.....	71
6.4. Zusammenfassende Betrachtung der politischen Positionen in Österreich und der Schweiz	72
7. Konzeption der Untersuchung.....	74
7.1. Forschungsfragen und Hypothesen.....	75
7.2. Untersuchungsdesign.....	77
8. Darstellung der Ergebnisse.....	79
8.1. Besprechung der Hypothesen.....	80
8.1.1. Hypothese 1.....	80
8.1.2. Hypothese 2.....	81
8.1.3. Hypothese 3.....	83
8.1.4. Hypothese 4.....	84
8.1.5. Hypothese 5.....	86
8.1.6. Hypothese 6.....	88
8.1.7. Hypothese 7.....	89

8.1.8. Hypothese 8.....	91
8.1.9. Hypothese 9.....	92
8.1.10. Hypothese 10.....	93
8.2. Diskussion der forschungsleitenden Hypothese.....	94
9. Fazit und Ausblick.....	98
10. Literaturverzeichnis.....	101
11. Abbildungsverzeichnis.....	111
Anhang	

1. EINLEITUNG

Der Energiebedarf der Menschheit steigt. Doch die Ressourcen sind nicht unerschöpflich. Die Öl- und Gasvorräte schwinden, und mit der steigenden Nachfrage steigen auch die Preise. Von allen fossilen Energieträgern sind im Bereich der Kohle die größten Reserven vorhanden. Doch bei der Verbrennung von Kohle entstehen Kohlendioxid und andere Schadstoffemissionen und zwar weitaus mehr als bei der Verbrennung von Erdgas oder Erdöl.¹ Das schädigt die Umwelt. Gletscher schmelzen, die Erderwärmung steigt, Vegetationszonen wandern, Wirbelstürme werden häufiger – ein Klimawandel zeichnet sich ab.² Eingedenk dieser Tatsachen läuft die Suche nach alternativen Energien auf Hochtouren und kann trotzdem nicht schnell genug gehen.

Welche Schwerpunkte ein Land bei der Energiegewinnung setzt bzw. in welchen Bereichen in Forschung und Förderung investiert wird, ist dabei durchaus verschieden. Eine weltweit sehr verbreitete, wenn auch umstrittene Art der Energiegewinnung ist die Atomenergie. Ob sich ein Staat für oder gegen den Einsatz von Atomenergie ausspricht, bleibt jedem selbst überlassen. Die Auswirkungen potentieller Störfälle in Atomkraftwerken bzw. noch ausstehende nachhaltige Lösungen für die Entsorgung des bei der Energiegewinnung entstehenden Abfalls reichen jedoch weit über nationale Grenzen hinaus. Das hat zur Folge, dass die energiepolitischen Entscheidungen eines Staates betreffend Atomenergie oft über Landesgrenzen hinweg hohe Wellen schlagen. Spätestens durch die Vorfälle in den Atomkraftwerken Three Mile Island in Harrisburg oder Tschernobyl in der Ukraine wurden die Risiken der Gewinnung von Energie durch Atomkraftwerke eindeutig vor Augen geführt. Heute gilt Atomenergie als klassisches Risikothema schlechthin. Unter Risikothemen versteht man Themen,

*von gesellschaftlicher Relevanz, die über einen längeren Zeitraum hinweg auf der Tagesordnung stehen, die affektiv geladen sind und viele Menschen in große Sorge versetzen, kaum jemanden völlig unberührt lassen, die sachlichwissenschaftlich von hoher Komplexität und aus allen diesen Gründen auch politisch heikel sind.*³

¹ Vgl. Petermann, 2006, S. 18f.

² Ebenda, S. 94

³ Neverla, 2003, S. 4

Risikokommunikation als eigenes Forschungsgebiet entwickelte sich in den 80er Jahren in Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Kontroversen rund um Großtechnologien, insbesondere der Kernenergie.⁴ Eine Definition von Risikokommunikation lautet:

Risikokommunikation kann als ein Prozess beschrieben werden, der die Unsicherheit und Ungewissheit über zukünftige Schäden problematisiert.⁵ Sie (Risikokommunikation, Anm. d. A.) konstituiert gesellschaftliche Aufmerksamkeit für gravierende, aber unwahrscheinliche Folgen technischer und sozialer Innovationen.⁶

Neue Aktualität wurde dem Thema Kernkraft durch Debatten über Möglichkeiten zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes verliehen, da Atomkraftwerke beim Energiegewinnungsprozess kein CO₂ produzieren. Von Ideallösung ist jedoch nach wie vor keine Rede. Die Diskussionen haben gezeigt, dass Kernenergie nach wie vor umstritten ist, sei es auf Grund der ungelösten Frage einer sicheren Endlagerung von Atommüll oder sei es auf Grund der enormen Gefahr, die im Falle eines größeren Störfalls von einem Atomkraftwerk ausgeht. Über den Königsweg der Energiegewinnung herrscht jedenfalls, egal ob in Europa oder auch weltweit, keineswegs Einigkeit.

Während etwa in der Schweiz bis heute kein Beschluss zum Atomausstieg durchgesetzt wurde, wurde in Österreich bereits vor Jahren eine Anti-Atom-Politik beschlossen. Entschieden haben dies jeweils die Bürger des Staates in Befragungen.

Die Einstellung der Menschen zu verschiedensten Themen wiederum entsteht in kommunikativen Prozessen. Somit wird auch die Meinung der Öffentlichkeit zu einem Risikothema wie Atomenergie stark von der Berichterstattung in den Medien geprägt.

Das erneute Aufflammen der Debatte rund um das klassische Risikothema Kernenergie ließ die Idee entstehen, die neueren Diskussionen rund um die eventuelle Renaissance der Atomkraft im Rahmen einer Magisterarbeit näher zu untersuchen. Im Speziellen sollen einander dabei die politischen Positionierungen und die mediale Kontroverse um Kernenergie in Österreich und in der Schweiz gegenüber gestellt werden. Die Auswahl der beiden Länder liegt in ihrer grundsätzlich unterschiedlichen Haltung zur Atomenergie begründet.

⁴ Vgl. Mayr/Schütz, 2004, S. 2

⁵ Ruhrmann, in: Bentele/Brosius/Jarren, 2003, S. 542

⁶ Ruhrmann, in: Publizistik. Jg. 37/1, Konstanz, 1992, S. 12

2. METHODEN UND ZIELE

2.1 Ziele, Inhalte, leitende Forschungsfrage

Ziel der Magisterarbeit ist es, die politischen Haltungen zum Thema Kernenergie in der Schweiz und in Österreich zu ermitteln bzw. den medialen Diskurs nachzuzeichnen. Dabei soll untersucht werden, wie sich die politischen Vertreter der beiden Länder zum Thema Kernenergie positionieren bzw. wie sich der mediale Diskurs zum Thema in der Schweiz und in Österreich gestaltet. Es soll analysiert werden, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede es zwischen den länderspezifischen Positionen und Diskursen gibt bzw. ob die mediale Debatte Abbild des politischen Diskurses ist oder ob der politische Diskurs vielmehr kritisch betrachtet wird.

Das konkrete Erkenntnisinteresse lautet daher wie folgt:

Inwieweit spiegelt sich die unterschiedliche politische Haltung der beiden Länder Österreich und Schweiz zum Risikothema Kernenergie in der Medienberichterstattung der beiden Länder wider?

Mit dieser Gegenüberstellung soll ein Beitrag zu einem internationalen Vergleich der Kernenergiekontroverse geleistet werden. Denn genau darin besteht eine Lücke in der Erforschung der Auseinandersetzungen rund um Kernenergie. Derzeit liegt kein internationaler Vergleich der Kernenergiekontroverse vor.⁷

Was allerdings nicht geleistet werden kann, ist eine umfassende Analyse des gesamtgesellschaftlichen Diskurses, da diese den Rahmen der Arbeit sprengen würde. Beachtet werden muss außerdem, dass im Zuge der Magisterarbeit nicht die gesamte Medienlandschaft beider Länder untersucht werden kann. Daher wird jeweils die Berichterstattung eines ausgewählten überregionalen Printmediums analysiert.

Da sich die Arbeit mit dem Risikothema Kernenergie und damit mit Risikokommunikation auseinandersetzt, wird in Kapitel drei der grundlegenden Frage nachgegangen, was unter dem Begriff Risiko zu verstehen ist. In diesem Zusammenhang möchte ich unter anderem auf die

⁷ Vgl. Peters, in: Jungermann et.al., 1990, S. 136

Bedeutung des Zusammenhangs eingehen, innerhalb dessen Risiko thematisiert wird. In einem nächsten Schritt werden die Risikotheorien von Niklas Luhmann und Ulrich Beck besprochen.

Kapitel vier beleuchtet das Forschungsfeld der Risikokommunikation an sich. Besondere Berücksichtigung finden hier die Bereiche Inhalte, Akteure, Funktionen und Strategien der Risikokommunikation. Eingegangen wird zudem auf den Entstehungszyklus eines Risikothemas sowie auf die Rolle der Partizipation in der Risikokommunikation. In einem gesonderten Punkt wird das Thema „Risikokommunikation in den Medien“ sowie „Risikokommunikation und Politik“ behandelt.

Im nachfolgenden Kapitel liegt der Fokus auf der Kernenergie als Risikothema. Vorangestellt sind hier einige grundlegende Informationen zur Technik der Kernenergie. Eingegangen wird auch auf das unterschiedliche Risikoverständnis von Experten und Laien sowie auf die Kennzeichen des speziellen Risikothemas Kernenergie. Nachgezeichnet werden in diesem Kapitel auch verschiedenste Argumentationslinien der Kernenergiediskussion.

In Kapitel sechs werden internationale Perspektiven zur Kernenergie dargestellt. Entsprechend dem zentralen Erkenntnisinteresse der Arbeit liegt der Schwerpunkt dabei auf den Einstellungen zur Kernenergie in Österreich und in der Schweiz. Die Haltungen der beiden Länder zur Atomenergie sollen durch das Nachzeichnen der Geschichte der Atomenergie in dem betreffenden Land, die Besprechung der Einstellung der Bevölkerung zur Kernenergie und die Auseinandersetzung mit den Positionen der einzelnen Parteien zur Atomenergie ermittelt werden.

In Kapitel sieben folgt schließlich die Darstellung des genauen Untersuchungsdesigns sowie der untergeordneten Forschungsfragen und Hypothesen.

Kapitel acht widmet sich der Beantwortung der Hypothesen bzw. der Diskussion der Ergebnisse der Untersuchung.

In Kapitel neun wird ein Fazit gezogen und ein Ausblick auf mögliche weiterführende Untersuchungen gegeben.

2.2 Methoden

Der erste Teil der Arbeit basiert auf einer umfassenden Literaturstudie themenbezogener Bücher, Zeitschriften und Internetseiten. Untersucht werden im Rahmen der Literaturstudie auch die Positionen einzelner politischer Parteien zum Thema Kernenergie.

Im empirischen Teil wird eine Inhaltsanalyse durchgeführt. Grundsätzlich können mit Hilfe der Inhaltsanalyse unterschiedlichste Kommunikationsinhalte untersucht werden, also nicht nur verschiedenste Formen von Texten, sondern auch Filme oder Bilder. Am häufigsten angewandt wird im Rahmen inhaltsanalytischer Untersuchungen in der Regel allerdings die Analyse von Texten.⁸

Die Analyse der Zeitungsartikel aus dem Standard und der Neuen Zürcher Zeitung soll in Anlehnung an Werner Früh durchgeführt werden. Dieser definiert Inhaltsanalyse wie folgt:

*Die Inhaltsanalyse ist eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen;*⁹

Werner Früh spricht sich dezidiert gegen eine strikte Trennung in qualitative und quantitative Inhaltsanalyse aus, da er davon ausgeht, dass in der empirischen Sozialforschung jede qualitativ dominierte Analyse auch quantitative Aspekte enthält und umgekehrt.¹⁰

*In Bezug auf die Inhaltsanalyse ist eine strikte Kontrastierung qualitativer und quantitativer Vorgehensweisen sogar theoretisch wie praktisch gegenstandslos. (...) Dabei (Im Forschungsprozess, Anm. d. A.) können qualifizierende und quantifizierende Aspekte in verschiedenen Phasen (...) mit unterschiedlichem Stellenwert einfließen, fast immer wird es aber eine Kombination beider Vorgehensweisen sein.*¹¹

So hat man einerseits nicht mit reinen Quantitäten – wie etwa in der Mathematik – zu tun, sondern es gilt, sich mit der Bedeutung der Quantitäten auseinanderzusetzen. Andererseits

⁸ Vgl. Atteslander, 2008, S. 181

⁹ Früh, 2004, S. 25

¹⁰ Vgl. Früh, 2004, S. 67

¹¹ Früh, 2004, S. 67

werden auch im Rahmen einer vorwiegend qualitativ ausgerichteten Forschung immer wieder gewisse Quantifizierungen vorgenommen.¹²

Auch im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll weder eine ausschließlich quantitative noch eine ausschließlich qualitative Untersuchung durchgeführt werden. Angepasst an die Hypothesen und das Forschungsinteresse soll eine Kombination aus qualitativer und quantitativer Untersuchung durchgeführt werden.

¹² Vgl. Früh, 2004, S. 67f.

3. RISIKOTHEORIEN

3.1 Allgemeine Risikodefinition

Setzt man sich mit der Frage auseinander, wie eine Gesellschaft mit Risiken umgeht, gilt es, sich zuerst mit dem Risikobegriff an sich zu beschäftigen.

Bei der allgemeinsten Definition von Risiko werden die beiden Variablen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit miteinander in Verbindung gesetzt.¹³

*„Risiko“ ist die Möglichkeit eines Schadens, und die Höhe des Risikos bestimmt sich als Ausmaß des Schadens, gewichtet mit der Wahrscheinlichkeit seiner Realisierung.*¹⁴

Die genannte Definition stammt aus der Versicherungsmathematik.¹⁵ Im Laufe der Zeit haben sich sehr viele weitere Disziplinen mit dem Risikobegriff beschäftigt. Grundsätzlich gilt allerdings, dass es keinen Sachverhalt Risiko an sich gibt, den man nur ausreichend untersuchen muss. Laut Luhmann steht fest:¹⁶ *Die Begrifflichkeit konstituiert das, worüber gesprochen wird.*¹⁷ So gibt es auch keine einheitliche Definition des Risikobegriffs, sprich eine, die für verschiedene wissenschaftliche Fächer gleichermaßen gilt. Die einzelnen Disziplinen haben den Risikobegriff in ihren individuellen Kontext eingebettet, entsprechend ihrer wissenschaftlichen Anforderungen.¹⁸

3.2 Risikobegriff nach Niklas Luhmann

Der Soziologe Niklas Luhmann weist darauf hin, dass Menschen jedoch in der Regel nicht quantitativ im Sinne der Statistik kalkulieren. Was als Risiko erkannt wird und was nicht, hängt unter anderem davon ab, wie man sozialisiert wurde. Auch inwieweit man bereit ist, ein

¹³ Vgl. Instituts für Risikoforschung der Universität Wien, <http://www.irf.univie.ac.at/apache2-default/>, entnommen am 3.1.2008, 10:46 Uhr

¹⁴ Jungermann, in: Jungermann et. al., 1990, S. 309

¹⁵ Vgl. Jungermann, in: Jungermann et. al., 1990, S. 310

¹⁶ Vgl. Luhmann, 2003, S. 14

¹⁷ Luhmann, 2003, S. 14

¹⁸ Vgl. Luhmann, 2003, S. 14

Risiko einzugehen, steht mit den Denkmustern und Normen in Zusammenhang, die einem von der Gesellschaft vorgelebt werden und die einen prägen. Jeder Mensch wird von einer Vielzahl individueller Umweltfaktoren beeinflusst. So hat auch jeder Mensch eine individuelle Katastrophenschwelle. Risiken werden nur in Kauf genommen, wenn diese Schwelle nicht überschritten wird, wenn also das Risiko für das eigene Empfinden nicht zu groß ist.¹⁹

Luhmann unterscheidet außerdem zwischen Risiko als entscheidungsabhängige und Gefahr als entscheidungsunabhängige Variable.²⁰

*Entweder wird der etwaige Schaden als Folge der Entscheidung gesehen, also auf die Entscheidung zugerechnet. Dann sprechen wir von Risiko, und zwar vom Risiko der Entscheidung. Oder der etwaige Schaden wird als extern veranlasst gesehen, also auf die Umwelt zugerechnet. Dann sprechen wir von Gefahr.*²¹

Diese Unterscheidung steht in Zusammenhang mit Risikowahrnehmung und Risikoakzeptanz. Je nachdem, ob ein Individuum ein Ereignis oder einen Sachverhalt als Risiko oder Gefahr wahrnimmt, differiert seine Risikowahrnehmung und Risikoakzeptanz.²² Die Risikobereitschaft steigt, je mehr man glaubt, die Situation selbst kontrollieren zu können.²³ Auch entwickeln Menschen, je nachdem, ob es sich um Gefahr oder Risiko handelt, verschiedene Arten von Solidarität und Aufmerksamkeit. Tritt ein Schaden ein, der von einer Gefahr ausgegangen ist, zeigen Menschen eine andere Form von Mitgefühl, als wenn Schaden auf Grund eines Risikos eintritt, für das man sich als erwachsener, eigenverantwortlicher Mensch selbst entschieden hat.²⁴

Die Entscheidung selbst spielt nur im Falle des Risikos eine Rolle. Voraussetzung dafür, dass man von einer bewussten Entscheidung sprechen kann, ist, dass bezüglich der Alternativen bzw. eventuell eintretenden Schäden erkennbare Unterschiede auszumachen sind. Man muss die Wahl haben. Trifft man eine solch bewusste Entscheidung eingedenk aller möglichen Folgen und stellt sich im Nachhinein heraus, dass sie eigentlich falsch war, erlaubt eben die vorher durchgeführte Risikokalkulation den Schluss, dass eine falsche Entscheidung trotzdem

¹⁹ Luhmann, 2003, S. 9-13

²⁰ Ebenda, S. 30

²¹ Luhmann, 2003, S.30 u. 31

²² Vgl. Luhmann, 2003, S. 31

²³ Ebenda, S. 122

²⁴ Ebenda, S. 112

richtig war.²⁵ Dabei gilt es zu bedenken, dass - obwohl eine Entscheidung grundsätzlich die Ursache eines Schadens ist - ein Schaden nicht immer auf eine bestimmte Entscheidung zurückgeführt werden kann. Das ist vor allem bei komplexen Thematiken wie etwa ökologischen Schäden der Fall. Denn oft werden Einzelentscheidungen harmlos eingestuft, verursachen in Summe aber Schäden.²⁶

Egal ob Risiko oder Gefahr – das grundsätzliche Bedürfnis an Sicherheit bleibt bestehen. Zur Gänze erfüllt kann es laut Luhmann aber niemals werden, da es kein risikofreies Verhalten gibt. Selbst wenn man bewusst Entscheidungen trifft, kann man Risiko nicht vermeiden.²⁷ Anders gesagt: Jede Entscheidung, die man trifft, hat zwei Seiten.

*Wer in einer unübersichtlichen Kurve, wie ihm empfohlen wird, nicht überholt, läuft das Risiko, nicht so schnell voranzukommen, wie er könnte, wenn kein Wagen entgegen kommt.*²⁸

Luhmann geht außerdem von einer Zunahme an Entscheidungsmöglichkeiten und Alternativen im Laufe der Zeit aus. Während Dinge früher passiert sind, werden heute Entscheidungen getroffen. Das führt laut Luhmann zu einer Transformation von Gefahren in Risiken.²⁹

*In dem Maße, als chemische und biologische Kenntnisse die Medizin (...) entwickeln, wird Krankheit aus einer jederzeitigen Gefahr zu einem mit Lebensführung verbundenen Risiko.³⁰ (...) Man denke aber auch an die Institution der Versicherung, die man begreifen kann als Einrichtungen der Transformation von Gefahren und Risiken – eben in das Risiko, sich nicht versichert zu haben.*³¹

Die Unterscheidung von Risiko und Gefahr führt weiter zu der Überlegung, dass es auch Entscheider und Betroffene gibt. Menschen treffen täglich Entscheidungen - und zwar Entscheidungen, von denen nicht nur sie selbst betroffen sind, sondern auch Menschen, die keinen Einfluss auf die Entscheidung hatten, also „nur“ Betroffene sind. Die Menschheit kann

²⁵ Ebenda, S. 32f.

²⁶ Ebenda, S. 35

²⁷ Ebenda, S. 37

²⁸ Luhmann, 2003, S. 37

²⁹ Vgl. Luhmann, 2003, S. 52-55

³⁰ Luhmann, 2003, S. 53

³¹ Ebenda, S. 55

nicht gemeinsam entscheiden. Es können niemals alle an allen Entscheidungen beteiligt sein. Dabei liegt es in der Natur der Sache, dass ein Betroffener eine Entscheidung anders sieht, als der Entscheider selbst. Diese beiden Sichtweisen sind nicht vermeidbar, müssen aber nicht notwendigerweise zu einem Konflikt führen.³²

Hier verschwimmen auch die Grenzen zwischen Risiko und Gefahr. Was für den Entscheider Risiko sein kann, kann der Betroffene als Gefahr wahrnehmen. So werden Risiken zu Gefahren und Gefahren zu Risiken. Die Sache an sich aber ist dieselbe.³³

Mit der immer schnelleren technologischen Entwicklung erreichen auch Gefahren und Risiken neue Dimensionen. So eröffnen neue technische Errungenschaften nicht nur ungeahnte Möglichkeiten und Chancen, gleichzeitig erhöht sich auch das Ausmaß eines potentiellen Schadens.³⁴

Grundsätzlich ist Technik planbar, berechenbar und kontrollierbar. Gleichzeitig ist Technik aber durch die enormen Fortschritte in der Forschung von immer komplexeren gleichzeitig ablaufenden Kausalvorgängen geprägt. Das trifft vor allem auf den Bereich von Hochtechnologien - wie etwa die Kernenergie - zu. Hier stößt die Kontrollierbarkeit von Technik zunehmend an ihre Grenzen. Luhmann spricht in diesem Zusammenhang von Chaosproblemen, Interferenzproblemen und einmaligen Zufällen. Unter Chaosproblem versteht Luhmann beispielsweise, wenn sich die Auswirkungen von Messungenauigkeiten mit der Zeit anhäufen und so plötzlich eine neue Ordnung ausbricht. Interferenzprobleme entstehen, wenn neue Technologien vielfach Verwendung finden, auf Überschneidungen oder Hemmungen mit bestehenden oder ebenfalls neuen Kausalitäten aber nicht ausreichend geprüft wurden. Das dritte Problem liegt in sehr seltenen Kausalkombinationen. Diese werden auf Grund ihrer extremen Unwahrscheinlichkeit nicht geprüft. Sollten sie entgegen aller Erwartungen doch vorkommen, wird sich dies kaum wiederholen und man kann so auch nicht daraus lernen.³⁵

Die genannten Probleme können sich natürlich auch bei einfacheren Techniken stellen. Das Kennzeichen von Hochtechnologien ist allerdings, dass die Risiken bereits zu dem Zeitpunkt bekannt sind, an dem man sich für die Technologie entscheidet und dass genau deswegen gleichzeitig Techniken eingeführt werden, die mögliche Schäden verhindern sollen. Diese Zusatztechnologien können schwieriger einzurichten sein als die Hochtechnologie selbst. Ein

³² Vgl. Luhmann, 2003, S. 115f.

³³ Ebenda, S. 117

³⁴ Ebenda, S. 93

³⁵ Ebenda, S. 97-100

anderes Kennzeichen von Hochtechnologien ist die Tatsache, dass man sie oft nur entwickeln kann, wenn man sie ausprobiert und aus dem Forschungsprozess lernt. Erst so hat man auch die Möglichkeit, Risiken zu erkunden und Wege zu finden, diese zu vermeiden. Auch gilt es zu bedenken, dass Experten dann zwar mit gewissen Risiken umgehen können, das Risiko für weniger fachkundige Techniker aber durchwegs gegeben sein kann. Speziell im Bereich von Sicherheitstechnologien besteht das Risiko, dass sie in Situationen angewandt werden, für die sie nicht gedacht sind und man sie so fälschlicher Weise in Sicherheit wiegt.³⁶

Die obigen Überlegungen zeigen, dass Risiko seinen Ursprung in der Technik hat. Es ist nicht möglich, sich mit Technik vollständig vor den Risiken der Technik zu schützen.³⁷ Auch wenn die Technik sich rasant weiter entwickelt und die Forschung immer neue Erkenntnisse zu Tage fördert, erreicht man dadurch nie hundertprozentige Sicherheit. Denn:³⁸

*Je mehr man weiß, desto mehr weiß man, was man nicht weiß und desto eher bildet sich Risikobewusstsein aus. Die moderne Risikogesellschaft ist also nicht nur ein Resultat der Wahrnehmung von Folgen technischer Realisation. Sie ist schon im Ausbau der Forschungsmöglichkeiten und des Wissens selbst angelegt.*³⁹

Das klassische Beispiel für die genannten Überlegungen ist die Kernkrafttechnologie.⁴⁰ Die ökologischen Risiken dieser Hochtechnologie zeigen, wie sehr Menschen von dem, was sie selbst geschaffen haben, betroffen sein können und vor allem wie groß die Zahl der Betroffenen sein kann, die sich nicht dafür entschieden haben.⁴¹ Die Menschen wissen, wie verheerend die Auswirkungen eines schweren Zwischenfalls in einem Atomkraftwerk sein können.⁴² Aber selbst wenn man davon ausgehen kann, dass schwere Zwischenfälle äußerst selten sind - man weiß nie, wann sie passieren. So genau kann man nicht kalkulieren.⁴³ So wissen eventuell Betroffene zwar über mögliche Auswirkungen im Schadensfall Bescheid, je größer aber das Risiko ist, desto weniger können Betroffene bei der Bewertung und Einschätzung der Schäden auf Erfahrung zurückgreifen, sondern müssen die fehlende Erfahrung durch Vorstellung ersetzen. Dadurch können nun aber nicht nur das

³⁶ Ebenda, S. 100-104

³⁷ Ebenda, S. 104

³⁸ Ebenda, S. 37

³⁹ Luhmann, 2003, S. 37f.

⁴⁰ Vgl. Luhmann, 2003, S. 102

⁴¹ Ebenda, S. 80

⁴² Ebenda, S. 102

⁴³ Ebenda, S. 57

Risikobewusstsein und die Ängste der Menschen gesteigert werden, es kann auch zu einem gegenteiligen Effekt kommen, nämlich, dass Risiken unterschätzt werden.⁴⁴

Grundsätzlich weist Luhmann letztlich auch darauf hin, dass das Vertrauen in Technik, Experten und die Sorgfalt anderer schwindet. Man vertraut eher sich selbst als anderen. Dabei besteht die Gefahr, dass man sich selbst überschätzt und andere unterschätzt.⁴⁵

3.3 Risikothorie nach Ulrich Beck

3.3.1 Die Risikogesellschaft

Der deutsche Soziologe Ulrich Beck geht in seinem 1986 veröffentlichten Werk „Risikogesellschaft – auf dem Weg in eine andere Moderne“ davon aus, dass es innerhalb der Moderne zu einem Bruch kommt – und zwar von der klassischen Industriegesellschaft in die Risikogesellschaft.⁴⁶ Dieser Übergang ist laut Beck durch zwei zentrale Merkmale gekennzeichnet.⁴⁷

Zum einen zeigen sich in der Gesellschaft zunehmend Individualisierungstendenzen. Die Schicht- und Klassenstrukturen der Industriegesellschaft verblassen. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung vor allem in den westlichen Industrieländern steigt der Lebensstandard der Menschen, die soziale Absicherung wird verbessert. Gleichzeitig werden die Menschen aus dem traditionellen familiären Gefüge sowie aus der Lebensform einer Großgruppengesellschaft mit all ihren Sicherheiten herausgelöst. Es entwickeln sich individualisierte Existenzformen, bei denen die Sicherung der eigenen Lebensgrundlage an erster Stelle steht. Obwohl die Bindung an soziale Klassen, Schichten und Stände zunehmend an Bedeutung verliert, bleibt die soziale Ungleichheit bestehen. Sie betrifft verschiedenste Menschen in unterschiedlichen Lebenszusammenhängen. In der Risikogesellschaft werden Misserfolge oder Probleme, die eigentlich im System begründet liegen, dem Individuum angelastet. Mit der Freisetzung des Einzelnen aus der klassengeprägten Industriegesellschaft ist dieser gezwungen, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten, wird abhängig von Bildung, Konsum oder sozialrechtlichen Regelungen. Damit geht die Individualisierung laut Beck

⁴⁴ Ebenda, S. 120f.

⁴⁵ Ebenda, S. 123

⁴⁶ Vgl. Beck, 1986, S. 13

⁴⁷ Ebenda, S. 251

paradoxe Weise mit der Institutionalisierung und Standardisierung von Lebenslagen einher bzw. liegt damit gerade im Prozess der Individualisierung eine Art von Kontrollstruktur begründet.⁴⁸

Zum anderen entsteht in dieser Entwicklung hin zur Risikogesellschaft eine neue Art von Risiko. Dieses Risiko steht in engem Zusammenhang mit dem technischen Fortschritt der Gesellschaft. Denn in ihrem Streben nach immer neuen Erkenntnissen hat die Gesellschaft zwar sehr viele Erfolge zu verzeichnen. Gleichzeitig gehen aber mit dem Modernisierungsprozess und dem technischen Fortschritt auch Nebenwirkungen einher.⁴⁹ Und eben diese Nebenwirkungen stellen in vielen Fällen große Risiken dar, die im Schadensfall auch kaum ausgeglichen werden können. Eines der wohl plakativsten Beispiele solch riskanter Nebenfolgen sind die mit der Gewinnung von Atomenergie verbundenen Risiken und die im Schadensfall eventuell eintretenden verheerenden Folgen. Auf Grund der mit der technischen Entwicklung verbundenen Vorteile werden die Risiken aber oft unter den Teppich gekehrt oder verharmlost.⁵⁰ Somit sind diese neuen Risiken sozusagen „hausgemacht“. Sie sind von den Menschen selbst produziert.

In diesem Zusammenhang unterscheidet Beck ebenso wie Luhmann zwischen Gefahr und Risiko. Auch für Beck sind Gefahren extern bedingt, während Risiken ein Produkt menschlichen Handelns und damit selbst erzeugt sind.⁵¹ Trotz dieser Unterscheidung hält sich Beck im Laufe seiner Argumentation nicht strikt an die genannten Termini. So spricht er einerseits von den neuen Risiken der Risikogesellschaft, bezeichnet diese aber gleichzeitig als Gefahren oder Gefährdungslagen.⁵²

Ein zentrales Kennzeichen der genannten Risiken ist zudem die Tatsache, dass sie nicht eingrenzbar bleiben, sondern vermehrt Globalisierungstendenzen annehmen. Es handelt sich nicht mehr um persönliche Risiken, die bewusst eingegangen werden, sondern vielmehr um Risiken, die viele Menschen gleichzeitig betreffen und nicht an den Ort ihrer Entstehung gebunden sind.⁵³

Die Gefahren der chemisch und atomar hoch entwickelten Produktivkräfte heben die Grundlagen und Kategorien auf, in denen wir bisher gedacht und gehandelt haben. (...) Sie unterlaufen das nationalstaatliche Kompetenzgefüge. Angesichts der Universalität und Übernationalität des Schadstoffverkehrs wird

⁴⁸ Ebenda, S. 115-119

⁴⁹ Ebenda, S. 26

⁵⁰ Ebenda, S. 78f.

⁵¹ Ebenda, S. 254 u. 300

⁵² Ebenda, S. 26 u. 29f.

⁵³ Ebenda, S. 28f.

*das Leben des Grashalms im Bayrischen Wald letztlich vom Schließen und Einhalten internationaler Abkommen abhängig.*⁵⁴

Beck befasst sich außerdem, ähnlich wie Luhmann in seinen Überlegungen zu Entscheidern und Betroffenen, mit dem Zusammenhang von Risikoproduktion und Risikobetroffenheit. Es ist ein weiteres Kennzeichen der neuartigen Risiken, dass sie Menschen betreffen, die mit ihrer Verursachung nichts zu tun haben. Gleichzeitig fallen die Risiken auf diejenigen zurück, die sie produziert haben.⁵⁵ Die Risiken lassen sich nicht mehr ausgrenzen und kontrollieren, man kann sich nicht von ihnen distanzieren. Das Denken in den Kategorien „wir“ und die „anderen“ wird zunehmend unmöglich.⁵⁶

Die Globalisierungstendenzen der Risiken führen weiters dazu, dass sich niemand für seine Taten verantwortlich fühlt. Grenzen verschwimmen, Ursachen und Schädigungen sind in Kreisläufe eingebettet, in denen es letztlich zu einer allgemeinen Verantwortungslosigkeit kommt. Der Systemgedanke wird sichtbar. Jeder Einzelne ist - einschließlich seiner Handlungen - Teil des Systems, allerdings wird immer wieder der Versuch unternommen, Schuld abzuwälzen und auf andere zu schieben. Menschen handeln, ohne persönlich die Verantwortung für ihre Taten zu übernehmen.⁵⁷

Mit dem Verschwimmen der sozialen Unterschiede und Grenzen im Zuge der Zunahme der Modernisierungsrisiken geht außerdem eine zunehmende Gleichgültigkeit unter den Betroffenen einher.⁵⁸

*Wo sich alles in Gefährdungen verwandelt, ist irgendwie auch nichts mehr gefährlich. Wo es kein Entkommen mehr gibt, mag man schließlich auch nicht mehr daran denken.*⁵⁹

Die prinzipielle Legitimation der Risiken basiert auf der Annahme, dass sie ein Nebeneffekt sind, das heißt, dass sie eigentlich ja nicht gewollt sind und man sie nicht gesehen hat.⁶⁰

Die Risiken der Risikogesellschaft sind in der Regel nicht wahrnehmbar. Man kann sie weder sehen noch spüren – und genau darin liegt ihre Stärke. Eben weil sie nicht wahrnehmbar sind, werden sie ignoriert, weggeredet oder unterschätzt. Und genau diese Leugnung der

⁵⁴ Beck, 1986, S. 29f.

⁵⁵ Vgl. Beck, 1986, S. 48 u. 54

⁵⁶ Ebenda, S. 7

⁵⁷ Ebenda, S. 42f.

⁵⁸ Ebenda, S. 48

⁵⁹ Beck, 1986, S. 48

⁶⁰ Vgl. Beck, 1986, S. 45

unsichtbaren Risiken verleiht ihnen Antrieb, denn unbeachtet können sie sich besonders gut entwickeln.⁶¹

*Das Ignorieren der sowieso nicht wahrnehmbaren Risiken, das in der Beseitigung greifbarer Not immer seine Rechtfertigung findet – und ja auch tatsächlich hat (siehe Dritte Welt!) –, ist der kulturelle und politische Boden, auf dem die Risiken und Gefährdungen blühen, wachsen und gedeihen.*⁶²

Die neuen Gefährdungen werden den Menschen laut Beck nicht durch Primärerfahrungen bewusst. Die Erkenntnis, dass etwa eine Technologie große Risiken birgt, entstammt in der Regel nicht der persönlichen Erfahrung. Entscheidend ist vielmehr das wissenschaftliche Wissen darüber.⁶³

Dabei wird deutlich, dass Risiko auch eine sehr starke zukünftige Komponente enthält. Denn Angst erzeugen oft noch nicht eingetretene, aber drohende Ereignisse.⁶⁴

Über diese allerdings gilt es Bescheid zu wissen – und das wiederum bedarf der Vermittlung. Und eben diese Vermittlerrolle übernehmen in vielen Fällen die Medien.⁶⁵ Sie informieren die Menschen über Zivilisationsrisiken und neue Gefährdungslagen. Medien vermögen Risiken im Bewusstsein der Menschen zu beschönigen und herunterzuspielen oder sie zu dramatisieren. Es kommt auf die Deutung an. Das Risikobewusstsein entsteht durch das vermittelte Wissen.⁶⁶ So können Medien die Wahrnehmung von Problemen in der Öffentlichkeit entscheidend beeinflussen⁶⁷ und nehmen dabei gleichzeitig eine Art Kontrollfunktion gegenüber dem politischen System ein. Zwar geht Beck an dieser Stelle nicht näher darauf ein, dass auch die Medien nicht völlig unabhängig agieren, weist jedoch darauf hin, dass auch die Medien selbst gewissen Beeinflussungen unterliegen.⁶⁸

Auch wenn diese (Massenmedien, Anm. d. A.) keineswegs die hehren Ziele der Aufklärung verfolgen, sondern auch oder sogar primär „Knechte“ des Marktes, der Werbung, des Konsums (...) sind und möglicherweise Sprachlosigkeit, Kontaktlosigkeit, ja Dummheit produzieren oder verstärken, so bleibt doch die

⁶¹ Ebenda, S. 59

⁶² Beck, 1986, S. 59

⁶³ Vgl. Beck, 1986, S. 68

⁶⁴ Ebenda, S. 43f.

⁶⁵ Ebenda, S. 31

⁶⁶ Ebenda, S. 30

⁶⁷ Ebenda, S. 320

⁶⁸ Ebenda, S. 315

*aktuelle oder potentielle Kontrollfunktion, die die mediengesteuerte Öffentlichkeit gegenüber politischen Entscheidungen ausübt.*⁶⁹

Hervorgerufen durch die neuen Gefährdungslagen der Risikogesellschaft ist ein zentrales Bedürfnis der Menschen jenes nach Sicherheit. Während man in der Klassengesellschaft nach dem Ideal der Gleichheit gestrebt hat, versucht man in der Risikogesellschaft lediglich das Eintreten eines drohenden Schadens zu verhindern. In der Klassengesellschaft hat die offensichtliche Not das Leben der Menschen bestimmt, in der Risikogesellschaft ist es die Angst vor den in Zusammenhang mit den neuesten technischen Errungenschaften eingegangenen Risiken.⁷⁰

3.3.2 Die Weltrisikogesellschaft

Ihre Fortsetzung finden Becks Überlegungen zur Risikogesellschaft in seinem im Jahr 2007 erschienen Buch „Weltrisikogesellschaft“. Die Thesen zur Weltrisikogesellschaft liegen in einer Linie mit jenen der Risikogesellschaft. An Becks grundlegendem Verständnis von Risiko hat sich dabei nichts geändert. Er verfolgt in seinem aktuellen Werk keine gänzlich neuen Denkmuster, sondern entwickelt seine Ideen der Risikogesellschaft weiter bzw. passt sie an die Welt von heute an. So sollen in der Folge die zentralen Unterschiede zwischen Risikogesellschaft und Weltrisikogesellschaft bzw. die Merkmale der Weltrisikogesellschaft besprochen werden.

Schon bei der Beschreibung des Übergangs von der Industriegesellschaft in die Risikogesellschaft hat Beck den Prozesscharakter des Übergangs betont. Dies wird ebenso bei der Entwicklung von der Risiko- in die Weltrisikogesellschaft deutlich. So nennt er als Kennzeichen globaler Risiken Delokalisation, Unkalkulierbarkeit und Nicht-Kompensierbarkeit.⁷¹ In der Theorie der Risikogesellschaft spricht Beck ebenso davon, dass Risiken nicht mehr an den Ort ihres Geschehens gebunden sind, als Nebenfolgen gelten, die man nicht kontrollieren kann und die oft nicht mehr rückgängig gemacht werden können.⁷²

⁶⁹ Beck, 1986, S. 315

⁷⁰ Vgl. Beck, 1986, S. 65f.

⁷¹ Vgl. Beck, 2007, S. 103

⁷² Vgl. Beck, 1986, S. 28f.

Grundsätzlich unterscheidet Beck in seinen fortführenden Überlegungen zwischen Risiko und Katastrophe. Er definiert Risiko als antizipierte, also drohende, aber noch nicht eingetretene Katastrophe. Die Katastrophe selbst ist für ihn der real eingetretene Schadensfall.⁷³

*Risiken handeln von der Möglichkeit künftiger Ereignisse und Entwicklungen, sie vergegenwärtigen einen Weltzustand, den es (noch) nicht gibt. Während jede Katastrophe räumlich, zeitlich und sozial bestimmt ist, kennt die Antizipation der Katastrophe keine raum-zeitliche oder soziale Konkretion. (...) In dem Augenblick, in dem Risiken Realität werden – wenn ein Atomkraftwerk explodiert, ein terroristischer Angriff stattfindet –, verwandeln sie sich in Katastrophen.*⁷⁴

Ein zentrales Kennzeichen der Risiken der Weltrisikogesellschaft ist laut Beck die Inszenierung der Risiken. Inszenierung meint hier allerdings nicht so wie im umgangssprachlichen Gebrauch die bewusst falsche Darstellung der Wirklichkeit, sondern die Vergegenwärtigung des Weltrisikos. Das heißt, eine antizipierte Katastrophe gewinnt erst dadurch an Macht, dass man ihr Aufmerksamkeit schenkt, auf sie reagiert anstatt, sie zu ignorieren. Beck bezieht sich diesbezüglich ebenso auf politische Aktionen als Reaktion auf drohende Risiken wie auch auf die massenmediale Thematisierung von Risiken.⁷⁵

Die Inszenierung der Risiken ist für Beck auch eine Antwort darauf, warum eine drohende, aber noch nicht eingetretene Katastrophe zu einer handlungsleitenden Kraft werden kann. Die Menschen haben den befürchteten Schadensfall in der Regel noch nicht erlebt und können so nicht darüber Bescheid wissen. Erst durch die Inszenierung wird er ihnen vor Augen geführt.⁷⁶

*Wir haben es in der Weltrisikogesellschaft mit einer Nichtwissensgesellschaft in einem sehr präzisen Sinn zu tun. Leben im Milieu hergestellten Nichtwissens bedeutet (...) die Suche nach unbekannten Antworten auf Fragen, die niemand klar stellen kann.*⁷⁷

Eben diese Unkalkulierbarkeit und Unkontrollierbarkeit bzw. ein daraus eventuell resultierendes Gefühl der Ohnmacht erzeugt bei den Menschen Angst. Sie streben mehr denn

⁷³ Vgl. Beck, 2007, S. 29

⁷⁴ Beck, 2007, S. 29

⁷⁵ Vgl. Beck, 2007, S. 29-31

⁷⁶ Ebenda

⁷⁷ Beck, 2007, S. 211

je nach Sicherheit und Kontrolle.⁷⁸ So sieht sich die Politik zum Handeln aufgefordert. Denn ihre Aufgabe besteht darin, zum Wohle der Menschen zu handeln und sie nach bestem Wissen und Gewissen zu schützen. Obwohl sie im Grunde nichts gegen die antizipierte Katastrophe tun können, handeln sie trotzdem – und wenn auch nur indem sie den Menschen Sicherheit versprechen, die zu garantieren sie eigentlich nicht im Stande sind.⁷⁹ Eben darin besteht ein zentrales Kennzeichen ökologischer, ökonomischer und terroristischer Globalrisiken: Sie erzwingen oder fördern aktives politisches Gegenhandeln.⁸⁰ Damit wird Kompensation durch das Prinzip der Vorsorge ersetzt. Solange man in der Gewissheit lebt, Katastrophenfälle ausgleichen zu können, kann man auf das Prinzip der Kompensation setzen bzw. darauf vertrauen. Eingedenk der Tatsache, dass man im Fall eines Schadenseintritts von globalen Risiken aber mit Folgen konfrontiert ist, die nicht mehr rückgängig oder wettgemacht werden können, sieht man sich gezwungen, im Vorhinein zu handeln.⁸¹

Trotz präventiv gesetzter Handlungen stehen viele Basisinstitutionen wie Wirtschaft, Wissenschaft oder auch die Politik heute immer wieder Situationen gegenüber, in denen ihr System versagt. So geraten sie von der Rolle des Risikomanagers in den Ruf, die Ursache der Risiken zu sein.⁸² Eine Folge davon ist eine neue Welle der Individualisierung, von der die Weltrisikogesellschaft gekennzeichnet ist. Da über Risiken nur Wahrscheinlichkeitsaussagen gemacht und sie nicht kontrolliert werden können, werden viele Entscheidungen einfach der Eigenverantwortung der Individuen zugeschrieben.⁸³

*So wird zum Beispiel die Verantwortung für die Entscheidung über genetisch veränderte Lebensmittel und deren unvorhersehbare und unfassbare langfristige Konsequenzen dem so genannten „verantwortlichen Konsumenten“ zugeschoben. Der Appell an die „Verantwortung“ ist der Zynismus, mit dem die Institutionen ihr eigenes Scheitern schönfärben.*⁸⁴

Ein weiteres Merkmal der Weltrisikogesellschaft ist, dass – im Gegensatz zur Risikogesellschaft – Gefahren auftreten, die bewusst herbeigeführt wurde. Während bei den Risiken der Risikogesellschaft von Nebenfolgen technologischer Errungenschaften die Rede ist, die ihre Legitimation dadurch erlangen, dass sie nicht gewollt waren, kommen in der

⁷⁸ Vgl. Beck, 2007, S. 104 u. 367

⁷⁹ Ebenda, S. 106

⁸⁰ Ebenda, S. 360

⁸¹ Ebenda, S. 217

⁸² Ebenda, S. 106

⁸³ Ebenda, S. 107

⁸⁴ Beck, 2007, S. 107

Weltrisikogesellschaft Risiken hinzu, die auf bösartiger Absicht basieren. Als Beispiel bezieht sich Beck diesbezüglich auf den Terrorismus und weist darauf hin, dass etwa neue Technologien im Zuge von Risikokalkulationen künftig auch hinsichtlich missbräuchlicher Verwendung geprüft werden sollten.⁸⁵

Prägend für die Weltrisikogesellschaft ist zudem ihr „Kosmopolitisches Moment“, wie Beck es nennt. Angesichts der Tatsache, dass globale Risiken ungeachtet nationaler Grenzen wirken, ist das kulturell „Andere“ nicht mehr ausgrenzbar. Im Gegenteil: Die Menschen werden verbunden - und zwar dadurch, dass sie sich mit globalen Risiken konfrontiert sehen, die alle betreffen.⁸⁶ Mit der erzwungenen Einbeziehung anderer Kulturen einerseits und durch die Unberechenbarkeit des Risikos andererseits gewinnen die kulturell unterschiedlichen Wahrnehmungen der Risiken an Bedeutung. Es kommt auf den Blickwinkel an. So kann ein und dasselbe Risiko von verschiedenen Menschen unterschiedlich beurteilt werden.⁸⁷ Das heißt nicht, dass Risiken Illusionen sind und nicht existieren. Es bedeutet lediglich, dass Risiken nicht absolut objektiv betrachtet werden können, da sie ja erst in der Betrachtung, in der Wahrnehmung eines Menschen bzw. einer Bevölkerungsgruppe real werden.⁸⁸

*Die Risiken, die wir zu erkennen glauben und die uns Furcht einflößen, sind das Spiegelbild unserer selbst, unserer kulturellen Wahrnehmung.*⁸⁹

Beeinflusst wird unsere Wahrnehmung in der Weltrisikogesellschaft zu einem großen Teil – wie auch schon in der Risikogesellschaft – von den Medien. Wie bereits weiter oben erwähnt, schreibt Beck den Medien, wenn es um die Inszenierung von Risiken geht, eine wichtige Rolle zu. Durch die Thematisierung von antizipierten Katastrophen vermögen Medien die Menschen wachzurütteln, sie zu beruhigen oder in Angst zu versetzen. Darüber hinaus können medial vermittelte Inhalte ob ihrer oftmaligen Direktheit und Authentizität auch handlungsauffordernd wirken. Beck geht davon aus, dass - egal wie weit ein Ereignis entfernt ist - es gerade die mediale Inszenierung vermag, die Menschen zu erreichen, Nähe zu suggerieren und sie so dazu zu bringen, Stellung zu beziehen.⁹⁰

⁸⁵ Vgl. Beck, 2007, S. 37-39

⁸⁶ Ebenda, S. 110

⁸⁷ Ebenda, S. 34

⁸⁸ Ebenda, S. 35f

⁸⁹ Beck, 2007, S. 36

⁹⁰ Vgl. Beck, 2007, S. 30f. u. 281f.

4. RISIKOKOMMUNIKATION

4.1. Definition von Risikokommunikation

Dem Misstrauen der Menschen gegenüber neuen Technologien und fortschrittlichen Entwicklungen will man mit Risikokommunikation entgegenwirken. Gesetzt wird dabei darauf, dass Kommunikation im Idealfall zu vermitteln vermag und so Kompromisse entstehen können.⁹¹ Gegenstand der Diskussionen ist in der Regel die Technologie selbst bzw. mit ihr verbundene mögliche Nebenfolgen.⁹²

*Risikokommunikation kann als ein Prozess beschrieben werden, der die Unsicherheit und Ungewissheit über zukünftige Schäden problematisiert.*⁹³

*Sie (Risikokommunikation, Anm. d. A.) konstituiert gesellschaftliche Aufmerksamkeit für gravierende, aber unwahrscheinliche Folgen technischer und sozialer Innovationen.*⁹⁴

Das Forschungsgebiet der Risikokommunikation hat drei Dimensionen. Es werden die Ziele und Inhalte der Kommunikationsprozesse, die verschiedenen Akteure sowie die unterschiedlichen Technikbereiche problematisiert.⁹⁵

⁹¹ Vgl. Luhmann, 2003, S. 124

⁹² Vgl. Ruhrmann, in: Publizistik. Jg. 37/1. Konstanz. 1992. S. 12

⁹³ Ruhrmann, in: Bentele/Brosius/Jarren, 2003, S. 542

⁹⁴ Ruhrmann, in: Publizistik. Jg. 37/1. Konstanz. 1992. S. 12

⁹⁵ Vgl. Rohrman, in: Jungermann et. al., 1990, S. 329

4.2. Akteure der Risikokommunikation

Auf der Ebene der Akteure kann zwischen sechs verschiedenen Typen unterschieden werden. Zentrale Unterscheidungsmerkmale sind der Grad der Betroffenheit, das Ausmaß der Partizipationsbereitschaft, ihre Einflussmöglichkeiten sowie ihr fachliches Wissen:⁹⁶

- *Verursacher, Betreiber, Emittenten*

Darunter sind Personen oder auch Institutionen zu verstehen, die Gefahren und Risiken herbeiführen bzw. verschulden, wie etwa Betreiber von Schadstoff emittierenden Kraftwerken, Hersteller von möglicherweise gefährlichen Arzneimitteln oder Benutzer von gefährlichen Pestiziden.⁹⁷

- *Exponierte*

Der Begriff Exponierte meint Menschen, die den verschiedenen Risiken ausgesetzt sind, wie zum Beispiel Personen, die in der Nähe von Industriestandorten leben, in diesen arbeiten oder gefährliche Produkte kaufen.⁹⁸

- *Interessierte Öffentlichkeit*

Zu dem Oberbegriff der interessierten Öffentlichkeit zählen all jene Personen, die von potentiellen Risiken zwar nicht unmittelbar betroffen sind, aber auf lange Sicht gesehen sehr wohl negative Auswirkungen befürchten – von der nicht organisierten Bevölkerung über Bürgerinitiativen und Interessensverbände bis hin zu politischen Parteien.⁹⁹

- *Regulative Instanzen*

Darunter sind die staatliche Administration wie etwa Bund, Länder Gemeinden, Aufsichtsämter oder auch internationale Behörden ebenso zu verstehen wie die Jurisdiktion.¹⁰⁰

- *Wissenschaftler*

Der Begriff Wissenschaftler meint hier vor allem Sachverständiger bzw. Gutachter. Ihre Aufgabe besteht darin, neue Technologien und die mit ihnen verbundenen Risiken zu analysieren.¹⁰¹

⁹⁶ Ebenda, S. 329f.

⁹⁷ Ebenda, S. 329

⁹⁸ Ebenda

⁹⁹ Ebenda, S. 329f.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 330

¹⁰¹ Ebenda

▪ *Medien*

Zur Akteursgruppe der Medien zählen sowohl Journalisten als auch Autoren von Sachbüchern.¹⁰²

Allein die Vielzahl der möglichen Akteure lässt erahnen, welche unterschiedlichen Formen Risikokommunikation annehmen kann bzw. auf wie vielen unterschiedlichen Ebenen sie stattfinden kann.¹⁰³

So ist etwa der Beipackzettel bei Medikamenten ein sehr plakatives Beispiel dafür, wie Hersteller Kunden und damit potentiell Betroffene über die Risiken eines Produktes informieren. Gleichzeitig gilt es als Risikokommunikation, wenn im Parlament über die gesetzlichen Regelungen von Risikotechnologien debattiert wird, Ausschüsse gebildet und Gutachten eingeholt werden. Eine andere Möglichkeit der Risikokommunikation besteht darin, dass sich die interessierte Öffentlichkeit anhand der Medien über Probleme informiert, die in Zusammenhang mit riskanten Technologien auftreten. Das kann auch soweit führen, dass sich besonders gefährdete Bürger zusammenschließen, Bürgerinitiativen bilden oder Demonstrationen organisieren.¹⁰⁴

4.3. Funktionen und Strategien der Risikokommunikation

In Anlehnung an das Kommunikationsquadrat von Friedemann Schulz von Thun¹⁰⁵ können bei Risikokommunikation - genauso wie bei Kommunikation im Allgemeinen - vier Funktionen unterschieden werden.¹⁰⁶

▪ *Darstellungsaspekt*

Erst dadurch, dass über Dinge gesprochen wird, erscheinen sie in einem bestimmten Licht. So werden auch Risiken erst durch Kommunikation als solche wahrgenommen. Allerdings kann ein und dasselbe Risiko von verschiedenen Akteuren unterschiedlich

¹⁰² Ebenda

¹⁰³ Ebenda, S. 332

¹⁰⁴ Ebenda, S. 332f.

¹⁰⁵ Vgl. Schulz von Thun, 1981, S. 13f.

¹⁰⁶ Vgl. Wiedemann, in: Jungermann et. al 1990, S. 345f.

dargestellt werden. Somit differiert auch die Wahrnehmung von Risiken in der Öffentlichkeit.¹⁰⁷

▪ *Appellaspekt*

Ziel von Risikokommunikation ist es, den Adressaten zu beeinflussen - sei es auf kognitiver, emotionaler oder aber auch auf handlungsorientierter Ebene.¹⁰⁸

▪ *Selbstdarstellung der Kommunikatoren*

Im Sinne ihrer Zieldurchsetzung versuchen die jeweils beteiligten Akteure möglichst vertrauenswürdig und kompetent zu erscheinen und potentiell betroffene Bürger oder Gegner von ihren Vorhaben zu überzeugen.¹⁰⁹

▪ *Beziehungsaspekt*

Durch die Kommunikation verändern sich auch die Beziehungen zwischen den Akteuren – etwa wenn sich einer der Kommunikatoren unerwartet an die Öffentlichkeit wendet.¹¹⁰

Um Menschen von ihren Anliegen zu überzeugen und Sachverhalte im gewünschten Licht erscheinen zu lassen, werden speziell in der Risikokommunikation vier Strategien angewandt.¹¹¹

Im Rahmen der *Informationsvermittlungsstrategie* steht das Entgegenwirken von Informationsdefiziten im Mittelpunkt bzw. wird versucht, die aus dem Blickwinkel des jeweiligen Akteurs falschen Annahmen über Risiken zu berichtigen. Während Wissenschaftler und Politiker bestrebt sind, die Risikodebatte auf sachlicher Ebene zu führen, sind Unternehmen in der Regel lediglich daran interessiert, Ängste zu minimieren. Betroffene wiederum versuchen möglichst viele Menschen auf die Risiken aufmerksam zu machen und zu warnen.¹¹²

Der *Glaubwürdigkeitsstrategie* geht die Annahme voraus, dass Probleme der Risikokommunikation auf unzureichender Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber mit Technologien verbundenen Risiken basieren. Es wird davon ausgegangen, dass zwar ausreichend Information vorhanden ist, diese aber nicht glaubhaft erscheint. Dem versucht

¹⁰⁷ Ebenda, S. 345

¹⁰⁸ Ebenda

¹⁰⁹ Ebenda

¹¹⁰ Ebenda, S. 346

¹¹¹ Ebenda, S. 349

¹¹² Ebenda

man etwa durch Tage der offenen Tür, durch freiwillige Verträge über Änderungen in der Produktion oder durch Werbekonzepte entgegenzuwirken.¹¹³

Bei der *Kooperationsstrategie* steht die Grundannahme von unterschiedlichen Wertorientierungen in der Gesellschaft im Mittelpunkt. Es wird davon ausgegangen, dass es in der Natur einer demokratischen Gesellschaft liegt, dass es divergierende Wertvorstellungen gibt. Diese werden als Ursache von Auseinandersetzungen über Technologien gesehen. Die Lösung liegt bei dieser Strategie in der Konzentration auf gemeinsame Interessen.¹¹⁴

Im Rahmen der *Konfliktmanagementstrategie* wird der Versuch unternommen, eigene Interessen mittels Konfrontation durchzusetzen. Kann der gewünschte Erfolg nicht durch kommunikative Kampfstrategien erzielt werden, wird letztlich auf staatliche Gewalt gesetzt.¹¹⁵

Zu den grundlegenden Zielen der Risikokommunikation zählt es auch, das unterschiedliche Verständnis und die unterschiedliche Bewertung verschiedener an der Risikokommunikation beteiligter Akteure zu untersuchen. Auf dieser Basis und mit diesen Erkenntnissen soll die Vermittlung und Erklärung jener Risiken, die immer wieder mit neuen technologischen Errungenschaften verbunden sind, verbessert werden. Für den Fall, dass es im Zuge der Diskussion über technische Risiken zu Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen kommt, wird außerdem angestrebt, Konfliktlösungsansätze zu entwickeln und die Partizipation der Bürger zu verbessern. Ziel ist es weiters, Maßnahmen und Pläne zu entwickeln, nach denen die Bevölkerung im Falle eines eintretenden Schadensfalles von katastrophalem Ausmaß ordnungsgemäß informiert werden kann. Die Verhaltensweisen in Zusammenhang mit Risiken sollen verändert werden¹¹⁶ – unbegründete Ängste sollen reduziert und gefahrenminderndes Verhalten gefördert werden.¹¹⁷

¹¹³ Ebenda, S. 351

¹¹⁴ Vgl. Wiedemann, in: Jungermann et. al 1990, S. 351f. zit. nach: Elkington und Burke, 1987, o. S.

¹¹⁵ Vgl. Wiedemann, in: Jungermann et. al 1990, S. 352

¹¹⁶ Vgl. Wiedemann et. al., in: Jungermann et. al 1990, S.5, zit. nach: Covello et.al., 1986, o. S. u. Plough & Krinsky, 1987, o. S.

¹¹⁷ Vgl. Jungermann, in: Jungermann et. al 1990, S. 354

4.4. Entstehungszyklus eines Risikothemas

Bevor ein Risikothema allerdings zu einem solchen wird, durchlebt es in der Regel einen gewissen Zyklus. Zu Beginn sind die potentiellen Gefahren und Risiken nur einer sehr kleinen Gruppe von Menschen bekannt – meist Wissenschaftler, die technologische Errungenschaften kritisch bewerten. Sie machen Organisationen wie etwa Umweltverbände oder andere soziale Bewegungen auf die Risiken aufmerksam. Diese nehmen sich des Themas an und setzen es dementsprechend in Szene, so dass im Laufe der Zeit auch die Medien auf das Thema aufmerksam werden. Mit der Thematisierung durch die Medien ist die Voraussetzung für eine Erweiterung der Anhängerschaft gegeben. Die breite Öffentlichkeit wird in der Regel allerdings erst durch ein so genanntes „kritisches Ereignis“ auf die Problematik aufmerksam. Erst wenn das passiert ist, treten Vertreter aus Politik und Wirtschaft als Akteure ins Rampenlicht. Ihre Äußerungen sind allerdings nur noch als Reaktion auf vorgefallene Ereignisse zu bewerten. Eigeninitiative Stellungnahmen werden wenn möglich vermieden.¹¹⁸ Geklärt können Auseinandersetzungen oder Meinungsverschiedenheiten rund um Risiken mit Mitteln der Kommunikation allerdings nur in einem gewissen Stadium jenes Zyklus werden, den Risikothemen durchlaufen. Einerseits muss der Problemdruck groß genug sein, andererseits dürfen noch keine Maßnahmen existieren, die die Kommunikationsstrategien ersetzen.¹¹⁹

*Ein zu hoher Problemdruck, verbunden mit einer Moralisierung der jeweiligen Positionen verhindert jedoch den Einsatz von kooperativen Konfliktlösungsstrategien. Das beweist die Risikodebatte um die Kernenergie, wo Konfliktmittlungen nicht mehr oder kaum noch möglich sind. Ein geringer Problemdruck, wie z.B. bei der Informations- und Kommunikationstechnologie, lässt Risikokommunikation als unnötig erscheinen.*¹²⁰

¹¹⁸ Vgl. Wiedemann, in: Jungermann et. al 1990, S. 346f.

¹¹⁹ Ebenda, S. 359

¹²⁰ Wiedemann, in: Jungermann et. al 1990, S. 359

4.5. Risikokommunikation als Partizipation

Ist eine Technologie erst einmal zu einem Risikothema geworden, setzen sich sehr viele Menschen damit auseinander. Die Thematik versetzt potentiell betroffene Personen in Sorge und sie wollen an Entscheidungen, die die Technologie betreffen, teilnehmen. Dieser Prozess, der in der Regel eine breite Öffentlichkeit betrifft, wird in der Sozialwissenschaft als Partizipation bezeichnet.¹²¹ Grundsätzlich meint Partizipation

*die Teilhabe von Einzelnen oder Gruppen an Entscheidungsprozessen und Handlungsabläufen in übergeordneten Organisationen und Strukturen.*¹²²

Die konkreten Formen der Partizipation können sehr unterschiedlich sein. Ziel kann sowohl die bloße Vermittlung von Information als auch die Verhinderung oder Veränderung von Projekten sein. Dabei ist es nicht entscheidend, ob Technologien bereits in Betrieb genommen sind oder erst entwickelt werden. Im Mittelpunkt des Interesses stehen sowohl Techniken, die sich in Planung befinden, als auch solche, die bereits etabliert, aber dennoch umstritten sind. Partizipierende Personen kämpfen dabei um individuelle und auch um kollektive Güter. Was die Wahl der Mittel betrifft, so wird - je nach Problemlage - auf konventionelle oder auf unkonventionelle Partizipation gesetzt. Konventionelle Teilnahme meint den Gebrauch von in einer demokratischen Gesellschaft verankerten Rechten und Einspruchsmöglichkeiten wie Wahlen, Mitbestimmung im Betrieb, Klagen oder Streiks. Aktivitäten wie Demonstrationen oder Aktionen von Bürgerinitiativen werden hingegen als unkonventionell betrachtet.¹²³ Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen sind es auch, die oft schon bevor ein Risikothema der breiten Öffentlichkeit bekannt ist, Aktionen setzen. Sie waren es etwa, die in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts die ersten großen Konflikte rund um die Einführung neuer Technologien ausgelöst haben. Vor allem aus Sicht des „bottom up“-Prinzips, das Bewegungen in der Gesellschaft beschreibt, die von unten, also etwa von der Bevölkerung oder der politischen Basis ausgehen, gelten Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen als unverzichtbar, wenn es darum geht, die technikbezogenen Interessen und Wertvorstellungen der breiten Öffentlichkeit zu vertreten und auf das politische Entscheidungssystem Einfluss zu nehmen. Zudem genießen sie in der Öffentlichkeit in der Regel große Glaubwürdigkeit.¹²⁴

¹²¹ Vgl. Rohrmann, in: Jungermann et. al 1990, S. 331

¹²² Meyers Lexikon, <http://lexikon.meyers.de/meyers/Partizipation>, entnommen am 12.9.08, 10:18 Uhr

¹²³ Vgl. Rohrmann, in: Jungermann et. al 1990, S. 331-334

¹²⁴ Vgl. Saretzki, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 41/2000, S. 186

*In repräsentativen Befragungen der Bevölkerung wird deutlich, dass etwa Vertreter von Umweltgruppen bei technologischen Kontroversen oft ein erstaunlich großes Maß an Vertrauen (...) genießen, während Repräsentanten der Wirtschaft und des Staates von den Befragten sehr viel stärker als voreingenommen und eigeninteressiert wahrgenommen werden.*¹²⁵

Umgesetzt werden die Maßnahmen in der Regel gemeinsam und nicht in Einzelaktionen. Sie richten sich an Personen oder Institutionen, die Entscheidungskompetenz und Mitspracherecht oder aber auch nur die Möglichkeiten zur Mobilisierung weiterer Menschen haben. Auch Experten werden immer wieder hinzugezogen. Als wichtigste Schauplätze der Initiativen gelten Parlamente, Verwaltungseinrichtungen, Gerichte, Wissenschaftsbetriebe, Bürgerinitiativen und Medien.¹²⁶

Auch Ulrich Beck spricht sowohl in seinem Buch „Risikogesellschaft“ als auch in dem Folgewerk „Weltrisikogesellschaft“ von einer partizipatorischen und basisdemokratischen Entwicklungsdynamik, die Risiken freisetzen. In der globalisierten Welt sind die Menschen gleichermaßen mit neuen Risiken und veränderten Lebenssituationen konfrontiert. Diese Entwicklungen mobilisieren die Gesellschaft, veranlassen sie zum aktiven Handeln, zur Partizipation.¹²⁷

4.6. Risikokommunikation in den Medien

In Anbetracht der vielfältigen Formen, in denen Risikokommunikation in der Gesellschaft stattfinden kann, sind Medien nur eine von vielen möglichen an Risikokommunikation beteiligten Akteursgruppen.¹²⁸ Trotzdem kommt ihnen im Bereich öffentlicher Risikokommunikation eine tragende Rolle zu. Wie bereits weiter oben ausgeführt, sind viele komplexe Risiken der heutigen Zeit für die Menschen nicht mehr selbst erfahrbar oder wahrnehmbar. Damit die Menschen trotzdem über sie Bescheid wissen, bedarf es der Vermittlung - und eben diese Aufgabe übernehmen in der Regel die Medien.¹²⁹

¹²⁵ Saretzki, in: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 41/2000, S. 186

¹²⁶ Vgl. Rohrmann, in: Jungermann et. al 1990, S. 331-334

¹²⁷ Vgl. Beck, 1986, S. 63 ebenso Beck, 2007, S. 352

¹²⁸ Vgl. Görke, 1999, S. 341

¹²⁹ Vgl. Teichert, 1987, S. 185

Informiert wird dabei allerdings nicht fortwährend. Wie in der Beschreibung des Zyklus eines Risikothemas bereits ersichtlich war, erreicht die Berichterstattung über potentielle Risiken dann ihren Höhepunkt, wenn bereits ein Schaden eingetreten ist. Hoher Ereignisbezug und hoher Politikbezug gelten als zwei wesentliche Strukturmerkmale von Risikoberichterstattung.¹³⁰

*Nicht das kontinuierlich bestehende Risiko, nicht seine sachlich-wissenschaftliche Beobachtung und Einschätzung, und schon gar nicht die Historie einer Technologie sind Themen des Journalismus, sondern das punktuelle Ereignis. (...) Das Risiko wird also aus dem Kontext seiner Historie und sachlichen Bezüge gerissen, es wird de-kontextualisiert. Zugleich wird es aber auch re-kontextualisiert durch die enge Einbindung in den parlamentarischen Zusammenhang.*¹³¹

Re- und Dekontextualisierung sind allerdings keineswegs mit einer Verzerrung der Wirklichkeit durch die Medien gleichzusetzen. In Zusammenhang mit hohem Ereignis- und Politikbezug gelten sie als spezielle Kennzeichen journalistischer Risikokommunikation. Ein Kennzeichen journalistischer Risikokommunikation ist zudem die geringe Berichterstattung über die Hintergründe eines jeweiligen Risikothemas.¹³²

Hoher Ereignisbezug der Risikoberichterstattung wird auch von Werner A. Meier bestätigt.¹³³

*Medienberichte über Umweltrisiken halten sich an klar abgegrenzte, aktuelle Ereignisse und zeigen offensichtliche, vordergründige Fakten. Vorher und Nachher bleiben meist ausgeklammert.*¹³⁴

Die Berichterstattung der Medien über Risikothemen ist immer wieder heftiger Kritik ausgesetzt. Von Seiten der Politik und der Industrie werden sie für die mangelnde Akzeptanz der Technik in der Bevölkerung verantwortlich gemacht. Den Medien wird die einseitige Darstellung der Technik genauso vorgeworfen wie das Benutzen falscher

¹³⁰ Vgl. Neverla, 2003, S. 10

¹³¹ Neverla, 2003, S. 10

¹³² Vgl. Neverla, 2003, S. 10

¹³³ Vgl. Meier, in: riskVOX, 1999, S. 4

¹³⁴ Meier, in: riskVOX, 1999, S. 4

Informationsquellen. Zudem wird kritisiert, dass sie bei der Gewichtung der Risiken nicht die richtigen Maßstäbe setzen.¹³⁵

Im Rahmen einer Untersuchung von Combs und Slovic etwa hat sich herausgestellt, dass Krankheiten, gemessen an der Häufigkeit des eintretenden Schadens, in den Medien unterrepräsentiert sind. Dagegen werden schreckliche, aber weniger häufig vorkommende Ereignisse - wie etwa Wirbelstürme - überrepräsentiert. Diese Darstellung entspricht der Bevölkerungsmeinung über den Riskantheitsgrad von Risiken. Für Combs und Slovic ist damit zwar kein eindeutiger und vor allem kein einseitiger Kausalzusammenhang bewiesen, dennoch liegt für sie nahe, dass die Medienberichterstattung Einfluss auf die Risikowahrnehmung der Menschen hat.¹³⁶

Der Vorwurf der Sensationsorientierung und Unausgewogenheit in der Risikoberichterstattung kann nicht bestätigt werden bzw. gilt als Ausnahme. Grundsätzlich überwiegen beruhigende Nachrichten in der Risikoberichterstattung. Vor allem im Katastrophenfall werden beunruhigende Meldungen nicht auf Eigeninitiative hin veröffentlicht. Im Falle einer Verlautbarung einer alarmierenden Nachricht kann davon ausgegangen werden, dass diese von offizieller Stelle stammt und lediglich weiter gegeben wird. Auch die Forderung nach Ausgewogenheit der Berichterstattung wird – im Sinne einer ausgeglichenen Verwendung verschiedener Quellen und daraus folgender Darlegung der Für und Wider eines Themas – erfüllt.¹³⁷

Mit dem Vorwurf der Förderung von Technikfeindlichkeit in der Bevölkerung bzw. der Auswahl falscher Informationsquellen geht die Kritik einher, dass es Journalisten im Bereich der Berichterstattung über technische Risiken oft an Kompetenz fehlt. Das ist grundsätzlich auch richtig. Journalisten sind in der Regel keine Experten, wenn es um technische Details etwa im Bereich der Kernenergie oder der Gentechnik geht. Umso schwerer fällt die Berichterstattung über die jeweilige Thematik. Denn eine Folge des mangelnden Fachwissens ist auch, dass die mit den Technologien verbundenen Risiken nur schwer einzuschätzen sind - zumal die Einschätzung des Risikos etwas Subjektives ist, eben als Konstrukt gilt.¹³⁸

In Zusammenhang mit der Frage, welche Informationen denn nun vermittelt werden sollen und welche nicht, nennt Peters zwei Modelle:¹³⁹

¹³⁵ Vgl. Dunwoody/Peters, in: Bayrische Rück, 1993, S. 318

¹³⁶ Vgl. Combs/Slovic, in: Journalism Quarterly, 1979, S. 840-842

¹³⁷ Vgl. Meier, in: riskVOX, 1999, S. 6-8

¹³⁸ Vgl. Dunwoody/Peters, in: Bayrische Rück, 1993, S. 328

¹³⁹ Vgl. Peters, in: Merten et. al., 1994, S. 347

Entsprechend dem *technokratischen Modell* sollten Journalisten eigeninitiativ entscheiden, welche Informationen richtig und welche falsch sind. Vermittelt werden sollen nur die richtigen Informationen.

Das *konfliktorientierte Modell* hingegen besagt, dass in der Risikoberichterstattung alle Konfliktparteien berücksichtigt werden sollen. Die Argumentationslinien sollen dargelegt und im Rahmen eines anspruchsvollen Journalismus darüber hinaus verglichen werden, so dass zentrale Streitpunkte erkennbar werden.

Peters selbst räumt in Bezug auf die genannten Modelle ein, dass weder die eine noch die andere Variante als Ideallösung gelten kann. In Modell eins wird mit der Unterscheidung zwischen richtig und falsch vorausgesetzt, dass eine solche Entscheidung objektiv existiert. Die Ansicht, dass das Risiko selbst und somit auch seine Bewertung im Auge des Betrachters liegt, wird vernachlässigt. Die Schwäche des konfliktorientierten Modells liegt für Peters darin, dass es für Medien ebenso wenig realistisch ist, jede Meinung gleichermaßen zu berücksichtigen.¹⁴⁰

Laut Dunwoody und Peters sollten Medien daher in der Risikoberichterstattung einen Mittelweg aus beiden Modellen finden:¹⁴¹

*Ein Kompromiss zwischen der gleichrangigen Darstellung aller Meinungen und der alleinigen Darstellung der nur für „wahr“ gehaltenen Ansicht ist nötig.*¹⁴²

Nicht außer Acht gelassen darf bezüglich des technokratischen Modells werden, dass es wohl kaum mit dem Anspruch einer neutralen und ausgewogenen Berichterstattung vereinbar ist. Egal welche Art der Berichterstattung – Ausgewogenheit und Neutralität sind zentrale Eckpfeiler eines qualitativ hochwertigen Journalismus. Ihnen können Journalisten aber nicht gerecht werden, wenn sie ihre eigene Meinung im Rahmen ihrer Berichterstattung vertreten, wertend berichten bzw. gar nur jene Informationen weitergeben, die ihnen richtig erscheinen.

Oft fehlt es allerdings auch an redaktionellen Ressourcen, die Voraussetzung für eine ausführliche Auseinandersetzung mit den komplexen Thematiken der Risikoberichterstattung wären – ein Zeichen dafür, dass die Risikoberichterstattung genauso wie jede andere Art der Berichterstattung verschiedenen Faktoren unterliegt, die die Berichterstattung beeinflussen. Egal, ob es sich um die Anforderungen der Vorgesetzten, die Konkurrenzsituation unter den

¹⁴⁰ Ebenda, S. 330

¹⁴¹ Vgl. Dunwoody/Peters, in: Bayrische Rück, 1993, S. 329

¹⁴² Dunwoody/Peters, in: Bayrische Rück, 1993, S. 329

Medien, die Abhängigkeit von Informationsquellen oder die angenommenen Bedürfnisse der Rezipienten, die man zu erfüllen trachtet, handelt – alle Faktoren gelten als Randbedingungen journalistischer Arbeit und haben somit auch Auswirkungen auf das Zustandekommen von Berichterstattung über Risiken.¹⁴³

Um die Berichterstattung über technologische Errungenschaften und die damit verbundenen Risiken zu verbessern, schlägt Peters vor, in der grundsätzlichen Ausstattung der Redaktionen und damit verbunden in der Arbeitsweise der Journalisten anzusetzen. Investiert man in die Ressourcen einer Redaktion, rückt damit auch die Verbesserung journalistischer Kompetenz im Bereich der Berichterstattung über technologische Risiken in greifbare Nähe. Peters plädiert für eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Thematik, für eine Analyse der Hintergründe, um die Kontroversen möglichst klar darzustellen. Gleichzeitig appelliert Peters allerdings an die Wissenschaft, an Behörden und Unternehmen. Auch sie müssten sich ihrer entscheidenden Rolle als Informationsquelle bewusst sein und darauf abzielen, die Kommunikation mit den Medien zu verbessern.¹⁴⁴ Zu einem ähnlichen Schluss kommt Werner Meier in einer Analyse verschiedener internationaler Studien zur Medienberichterstattung über den Reaktorunfall in Tschernobyl. Für ihn liegt es nicht im Kompetenzbereich der Medien, etwa das Versagen der Behörden im Bereich der Weitergabe von Informationen und der Aufklärung der Öffentlichkeit zu kompensieren. Die Stärke der Medien liegt in der Verwertung und Verbreitung zur Verfügung gestellter Informationen und nicht in deren kritischer Prüfung. Somit ist es für verschiedenste gesellschaftliche Instanzen auch nicht legitim, die Verantwortung für eine umfassende und sachgerechte Information der Öffentlichkeit zur Gänze den Medien zu übertragen bzw. die Fehler in der Informationsvermittlung ausschließlich im Mediensystem zu suchen. Vielmehr sind die gesellschaftlichen Akteure – vor allem im Katastrophenfall - selbst zum Handeln aufgefordert.¹⁴⁵

Peters geht dabei noch einen Schritt weiter und bezieht auch die Rezipienten mit ein. Letztlich sollte es laut Peters in Zeiten der (Welt)Risikogesellschaft auch im Interesse der Rezipienten selbst sein, die gebotenen Informationen kritisch zu beurteilen und ihre Medienkompetenz zu verbessern.¹⁴⁶

¹⁴³ Vgl. Dunwoody/Peters, 1993, S. 327-330

¹⁴⁴ Vgl. Peters, in: Merten et. al., 1994, S. 350-351

¹⁴⁵ Vgl. Meier, in: Meier/Schanne, 1996, S. 118f.

¹⁴⁶ Vgl. Peters, in: Merten et. al., 1994, S. 351

Die obigen Ausführungen zeigen, wenn auch nur in Ansätzen, die Vielschichtigkeit und Komplexität der Risikoberichterstattung in den Medien. Es wird deutlich, dass ein simples Ursache-Wirkung Schema in diesem Zusammenhang nicht zutrifft bzw. zu kurz greift. Wie in den Medien über Risiken kommuniziert wird, dafür sind neben den Medien noch viele andere gesellschaftliche Institutionen verantwortlich. Es kann nicht bestritten werden, dass Medien durch ihre Berichterstattung sehr wohl Einfluss auf die Meinungsbildung in der Bevölkerung haben. Doch gilt es zu bedenken, dass sie auch selbst beeinflusst werden bzw. auch die Rezipienten nicht als rein passive Informationsempfänger betrachtet werden dürfen.¹⁴⁷

*Soziale Akteure, Öffentlichkeit und Massenmedien bilden ein rückgekoppeltes System, in dem es keine erste Ursache gibt. (...) Massenmedien scheinen direkte einstellungsverändernde Wirkungen nur bei solchen Themen zu haben, die die Rezipienten eher indirekt betreffen. Die so verursachten Effekte dürften jedoch nur oberflächlich und zeitlich begrenzt sein. Bei Themen von direkter persönlicher Relevanz besteht dagegen die Hauptwirkung der Massenmedien darin, Aufmerksamkeit zu erzeugen und die Rezipienten zur Nutzung anderer Informationsquellen zu veranlassen. Welche Effekte sich daraus ergeben, hängt dann hauptsächlich von diesen anderen Quellen ab.*¹⁴⁸

4.7. Risikokommunikation und Politik

In der Diskussion um die Rolle gesellschaftlicher Instanzen im Bereich der Risikokommunikation, finden politische Vertreter besondere Erwähnung. Bezogen auf die Zusammensetzung der an Risikokommunikation beteiligten Akteure nehmen sie einen ausnehmend großen Anteil ein. So hat etwa eine Analyse der Berichterstattung nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl ergeben, dass rund 64 Prozent der beteiligten Akteure aus politischen Institutionen stammen.¹⁴⁹

Für Helga Nowotny ist Atomenergie an sich ein Bereich, in dem die politische Einflussnahme auf wissenschaftliche Untersuchungen und Urteile deutlich wird. Sie geht in der Folge davon aus, dass die Beschaffung von verllässlicher und kompetenter Information immer schwieriger

¹⁴⁷ Vgl. Dunwoody/Peters, in: Bayrische Rück, 1993, S. 335f.

¹⁴⁸ Dunwoody/Peters, in: Bayrische Rück, 1993, S. 335

¹⁴⁹ Vgl. Teichert, 1987, S. 198f.

wird, da immer weniger Experten unabhängig von den Interessen ihrer Geld- bzw. Arbeitgeber arbeiten können.¹⁵⁰

*Die Experten haben Grund, sich Sorgen zu machen (...) über die strukturellen Schwächen, die sich aus der Politisierung von Expertise ergeben und die Entwicklung und Ausreifung der konzeptionellen und methodologischen Instrumente verhindern.*¹⁵¹

So hat ein Großteil der Informationen, die das Mediensystem an die Öffentlichkeit weitergibt, ihren Ursprung nicht nur in Aussagen wissenschaftlicher Experten, sondern auch in politisch-administrativen Quellen.¹⁵²

*Der Umfang der Berichterstattung über ein Risiko etwa korrespondiert nicht mit der Höhe des Risikos, sondern mit der Intensität seiner Behandlung im politischen System. (...) Die Fakteninformationen, die die Medien den Rezipienten zur Verfügung stellen, können im Wesentlichen nur die Informationen sein, die von den wissenschaftlichen und politischen Akteuren bereitgestellt werden.*¹⁵³

Dabei ist grundsätzlich zu bedenken, dass - vor allem was technische Informationen betrifft - auch die politischen Vertreter selbst auf andere Informationsquellen angewiesen sind – etwa auf Wissenschaftler, die als Experten auf dem Gebiet der jeweils relevanten Risikotechnologie gelten.¹⁵⁴

In Zusammenhang mit Überlegungen zur Rolle politischer Vertreter in der Risikokommunikation hat Frank Marcinkowski eine These aufgestellt, laut der die öffentliche Kommunikation über Technik als präventive Risikoerzeugung zu verstehen ist. Er geht davon aus, dass die Erzeugung von Risikobewusstsein eine Leistung von Risikokommunikation ist – und zwar eine Leistung, von der vor allem politische Vertreter profitieren. Letztlich muss es im Eigeninteresse von Politikern sein, Risikobewusstsein schon vor dem Eintritt eines Schadensfalles zu erzeugen. Würden Risiken der breiten Öffentlichkeit erst durch das tatsächliche Eintreten einer Katastrophe vor Augen geführt, wäre diese mit einem Schlag mit

¹⁵⁰ Vgl. Nowotny, in: Soziale Welt, 1980, S. 455

¹⁵¹ Nowotny, in: Soziale Welt, 1980, S. 456

¹⁵² Vgl. Peters, in: Merten et. al., 1994, S. 335f.

¹⁵³ Peters, in: Merten et. al., 1994, S. 335f.

¹⁵⁴ Vgl. Peters, in: Jungermann et. al. S. 128, zit. nach: Keck, 1984, S. 306

Risiken konfrontiert, von denen sie bis zum Eintritt des Ereignisses nichts gewusst hat - und das hätte für politische Vertreter verheerende Folgen.¹⁵⁵ Marcinkowski schließt damit an Luhmanns¹⁵⁶ Überlegungen zur Rolle von Freiwilligkeit und Kontrollierbarkeit in Zusammenhang mit der Akzeptanz eines Risikos an. Das heißt, wenn Politik das Konfliktpotential einer Thematik reduzieren will, kann das am ehesten erreicht werden, indem über Risiken kommuniziert wird, Entscheidungsmöglichkeiten geschaffen werden und so Gefahren in Risiken umgewandelt werden. Denn nur wenn Menschen über Gefahren Bescheid wissen, haben sie - zumindest theoretisch - die Möglichkeit, entsprechende Handlungen zu setzen.¹⁵⁷ Gleichzeitig bezieht sich Marcinkowski in seinen Überlegungen auf Aaron Wildavsky. Dieser vertritt die These, dass es weitaus gefährlicher ist, Risiken stets zu vermeiden, als sich ihnen zu stellen bzw. sich mit ihnen auseinander zu setzen. Nur wenn man nach dem Prinzip von „trial and error“ Erfahrung im Umgang mit Risiken sammelt, kann man Risiken mindern bzw. ist für den Ernstfall gewappnet.¹⁵⁸ Bezogen auf Wildavskys Theorie räumt Marcinkowski durchaus ein, dass diese Vorgehensweise bei weitem nicht immer durchführbar ist bzw. der Vorwurf der Unverantwortlichkeit dieser Überlegungen nicht von der Hand zu weisen ist - vor allem im Fall von Schadensereignissen, die so schwerwiegend sind, dass es nicht mehr möglich ist daraus zu lernen. Dennoch sind die genannten Überlegungen laut Marcinkowski nicht gänzlich von der Hand zu weisen.¹⁵⁹

*Im kommunikativen Umgang mit technischen Risiken kann man lernen, sie in der Praxis zu handhaben aber erneut eben nur dann, wenn sie Schadensquellen und Gefährdungen thematisiert, nicht wenn Risikoinformationen vermieden werden.*¹⁶⁰

Die bedeutende Rolle des politischen Systems in der Risikokommunikation spiegelt sich auch in dem bereits genannten zentralen Merkmal von Risikokommunikation – dem Politikbezug – wider. Demnach wird das jeweilige Risiko aus seinem eigentlichen Kontext gerissen und in einen politischen Zusammenhang gebracht – auch wenn diese Verknüpfung nicht in direktem Zusammenhang mit dem Kern der diskutierten Thematik steht.¹⁶¹ Den engen Zusammenhang von Politik und Risikothemen unterstellt auch schon die Definition des Begriffs

¹⁵⁵ Vgl. Marcinkowski, in: Simonis et.al., 2001, S. 152

¹⁵⁶ Vgl. Luhmann, 2003, S. 31 u. 122

¹⁵⁷ Vgl. Marcinkowski, in: Simonis et.al., 2001, S. 153

¹⁵⁸ Vgl. Marcinkowski, in: Simonis et.al., 2001, S. 153, zit. nach: Wildavsky, 1993, o. S.

¹⁵⁹ Vgl. Marcinkowski, in: Simonis et.al., 2001, S. 153

¹⁶⁰ Marcinkowski, in: Simonis et.al., 2001, S. 153

¹⁶¹ Vgl. Neverla, 2003, S. 10

„Risikothema“ an sich, indem darin enthalten ist, dass ein Risikothema prinzipiell als politisch heikel gilt.¹⁶²

¹⁶² Ebenda, S. 4

5. RISIKOTHEMA KERNENERGIE

Ein wesentlicher Grund, warum Kommunikation über Risiken so schwer fällt, ist dass die Risiken oft – wie auch im Falle von Kernenergie – in engem Zusammenhang mit der Komplexität der jeweiligen Technologien stehen. Zudem sind an den Debatten über Technologierisiken in der Regel verschiedenste Akteure beteiligt. So stehen einander in den Diskussionen nicht nur Technologieexperten und die grundsätzlich als Laien geltende Bevölkerung gegenüber, sondern es melden sich Experten aus den verschiedensten Wissenschaftsbereichen zu Wort. Jeder der Akteure hat einen anderen Zugang zu der Thematik, argumentiert vor einem anderen Hintergrund bzw. verfolgt eventuell auch unterschiedliche Interessen.

Aus diesen Gründen sollen nun – vor einer speziellen Betrachtung von Risikokommunikation im Zusammenhang mit Kernenergie - zuerst die grundlegenden Fakten zur Technik der Kernenergie dargelegt und das Verhältnis von Experten und Laien bzw. jenes von Experten und Gegenexperten besprochen werden.

5.1. Zur Technik der Kernenergie

Grundsätzlich gilt, dass Atomkraftwerk nicht gleich Atomkraftwerk ist. Es gibt verschiedenste Typen von Kernreaktoren. Unterschieden werden sie beispielsweise nach der Bewegungsenergie der Neutronen, der Vermischung oder Trennung von Brennstoff und Moderator oder nach der Art des Kühlmittels. Heute kommen in den meisten Kernkraftwerken Leichtwasserreaktoren zum Einsatz, bei denen Wasser als Kühlmittel und Moderator dient. Am häufigsten verwendet werden dabei zwei Typen – der Siedewasserreaktor und der Druckwasserreaktor.¹⁶³

Im Folgenden soll nun auf die grundsätzliche Funktionsweise von Kernreaktoren eingegangen werden.

Jedes Atomkraftwerk besteht aus zwei Hauptkomponenten - aus einem Nuklearteil und aus einem konventionellen Teil. Dabei unterscheidet sich nur der Nuklearteil, auch Primärteil

¹⁶³ Vgl. HSK, Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen, <http://www.hsk.ch/deutsch/infos/start2.htm>, entnommen am 18.9.08, 14:47 Uhr

genannt, von anderen Kraftwerken wie etwa Kohle-, Öl- oder Gaskraftwerken. Die Funktionsweise des konventionellen Teils ist generell mit jener anderer Kraftwerke vergleichbar. Im konventionellen oder auch Sekundärteil findet die Stromproduktion statt. Dazu wird Wärme in Strom umgewandelt. Diese Wärme wiederum entsteht im Nuklearteil eines Kernkraftwerkes. Der Unterschied zwischen Kernkraftwerken und anderen Kraftwerkstypen besteht also in der Art der Wärmeerzeugung. Während die Wärme in herkömmlichen Kraftwerken durch das Verbrennen von beispielsweise Kohle erzeugt wird, entsteht die Wärme bei Kernkraftwerken durch das Spalten von Atomkernen.¹⁶⁴

Als Brennstoff dient Uran. Wie jegliche Materie auch, besteht Uran aus Atomen. Der Atomkern wird mit Neutronen beschossen und so gespalten. Dabei entstehen einerseits radioaktive Teilchen und andererseits zusätzliche Neutronen. Diese Neutronen haben erneut das Potential, Atomkerne zu spalten und so kommt es zu einer Kettenreaktion. Damit diese Kettenreaktion kontrollierbar bleibt und immer nur ein Neutron nach dem anderen auf einen Atomkern trifft und diesen spaltet, werden die überflüssigen Neutronen von Regulierstäben eingefangen.¹⁶⁵ Damit jene Neutronen, die weitere Atomkerne spalten sollen, mit der richtigen Geschwindigkeit auf den Kern treffen, werden sie mit Hilfe eines so genannten Moderators, wie etwa Wasser, abgebremst.¹⁶⁶ Dieses Wasser dient aber nicht nur als Bremse, sondern gleichzeitig auch als Kühlmittel für die Brennstäbe, die das spaltbare Uran enthalten.¹⁶⁷

Die bei der Kernspaltung entstandenen radioaktiven Teilchen prallen auf die Uranatome in ihrer Umgebung und werden so abgebremst. Dabei entsteht eben jene Wärme, die im weiteren Prozess in Strom umgewandelt wird.¹⁶⁸

Mögliche Störfälle in Kernkraftwerken sind eng mit der Technologie des jeweiligen Kraftwerks verbunden. Als plakatives Beispiel sei an dieser Stelle der Reaktorunfall in Tschernobyl genannt. Dort wurde Wasser als Kühlmittel und Graphit als Moderator verwendet. Das Kühlmittel ist ausgefallen. Da Graphit als Moderator die Neutronen aber weiterhin gebremst hat, wurde die Kettenreaktion nicht aufgehalten. In der Folge wurden die Brennelemente überhitzt, sind geschmolzen und haben zudem das Graphit in Brand gesetzt.¹⁶⁹

¹⁶⁴ Vgl. Swissnuclear, <http://www.atomenergie.ch/de/akw-technik.html>, entnommen am 18.9.08, 14:21 Uhr

¹⁶⁵ Vgl. HSK, <http://www.hsk.ch/deutsch/infos/PDF-info/Basis/FunktionKKW.pdf>, S. 2f., entnommen am 18.9.08, 15:05 Uhr

¹⁶⁶ Vgl. Uhlenried, 2002, S. 77

¹⁶⁷ Vgl. Swissnuclear, <http://www.atomenergie.ch/de/akw-technik.html>, entnommen am 18.9.08, 14:21 Uhr

¹⁶⁸ Vgl. HSK, <http://www.hsk.ch/deutsch/infos/PDF-info/Basis/FunktionKKW.pdf>, S. 3, entnommen am 18.9.08, 15:05 Uhr

¹⁶⁹ Vgl. Uhlenried, 2002, S. 78

Tritt in einem Kernkraftwerk ein schwerwiegender Störfall ein, besteht prinzipiell die Gefahr, dass das bei der Kernspaltung entstandene radioaktive Material in die Umwelt gelangt. Damit dies nicht passiert, existieren sowohl passive zahlreiche Sicherheitsbarrieren als auch aktive Sicherheitssysteme. Sie sollen sicherstellen, dass auch im Falle eines Zwischenfalls kein radioaktives Material ins Freie gelangt. Die passiven Sicherheitseinrichtungen haben Zwiebelcharakter. Der Brennstoff, also Uran, befindet sich in Hüllrohren mit Zirkonlegierung, diese wiederum befinden sich in einem dicken Stahlbehälter, der Stahlbehälter wird von einem meterdicken Betongebilde umgeben, dieses wiederum wird von einer Stahlkugel umgeben, die ihrerseits nochmals von einem Betonmantel umschlossen wird. Ein zentraler Bestandteil der aktiven Sicherheitssysteme besteht beispielsweise darin, dass sie die Abschaltung des Reaktors innerhalb von Sekunden ermöglichen müssen. Zudem muss beispielsweise die Kühlung auch noch nach dem Herunterfahren des Reaktors funktionieren, da zwar in geringerem Maß aber doch so genannte Nachzerfallswärme produziert wird, die abgeführt werden muss.¹⁷⁰

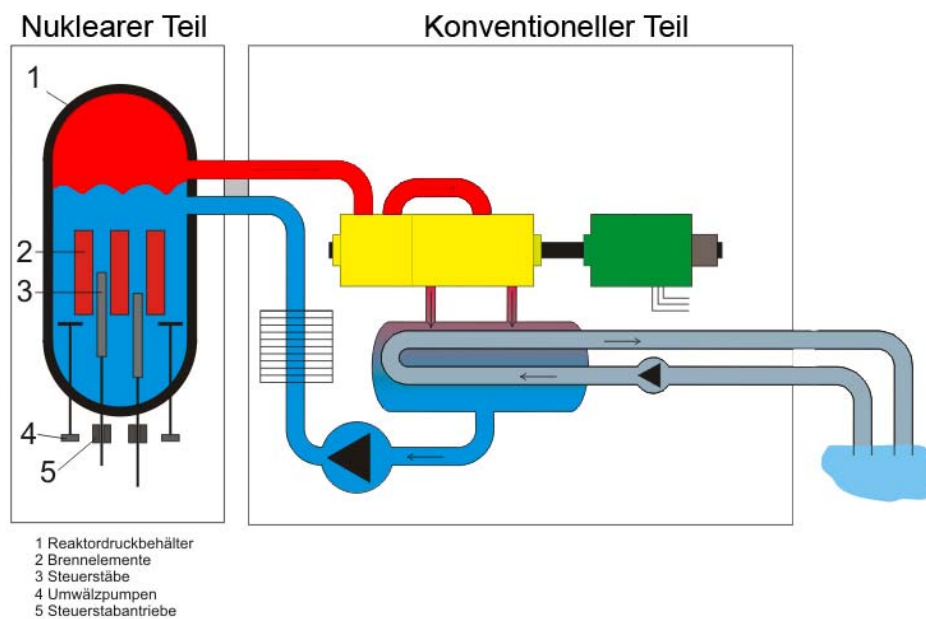


Abb. 1: Funktionsschema eines Kernkraftwerkes¹⁷¹

¹⁷⁰ Vgl. HSK, <http://www.hsk.ch/deutsch/infos/PDF-info/Basis/FunktionKKW.pdf>, S.4-6, entnommen am 18.9.08, 15:05 Uhr

¹⁷¹ Vgl. Swissnuclear, <http://www.atomenergie.ch/de/akw-technik.html>, entnommen am 18.9.08, 14:21 Uhr

5.2. Risikowahrnehmung von Experten und Laien

Eine der zentralen Konfliktlinien, die im Zusammenhang mit der Kommunikation über technische Risiken existiert, ist jene zwischen Experten und Laien. Egal aus welcher Fachrichtung Experten stammen oder vor welchem Hintergrund sich Laien für die Thematik interessieren – jeder beansprucht für sich, die Risiken „richtig“ einschätzen zu können.¹⁷² Deutlich wird dies beispielsweise daran, dass in Expertenkreisen immer wieder die Meinung vertreten wird, der Grund für die Meinungsverschiedenheiten liege in der Vermittlung und es müsste Experten im Rahmen der Risikokommunikation nur gelingen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse im Bereich der Technologien bzw. die damit verbundenen Risiken einer breiten Öffentlichkeit nachvollziehbar darzulegen.¹⁷³

Experten orientieren sich grundsätzlich an dem sicherheitstechnischen Risikobegriff. Dieser stammt, wie in Kap. 3.1 dargelegt, aus der Versicherungsmathematik und besteht aus den Faktoren Schadenshöhe und Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts. Werden die beiden Variablen miteinander multipliziert, erhält man den Risikowert. Viele Risiken, vor allem jene im Zusammenhang mit komplexen Technologien, lassen sich allerdings nicht einfach berechnen. Um auch in diesen Bereichen wissenschaftlich fundierte Risikoaussagen treffen zu können, wenden Experten unter anderem epidemiologische Untersuchungen und die Methode der probabilistischen Risikoanalyse an.¹⁷⁴

Epidemiologischen Untersuchungen liegt die Annahme zu Grunde, dass ein kausaler Zusammenhang zwischen einer Ursache und den Folgen nicht immer nachweisbar ist. Ist man gesundheitsschädlichen Stoffen ausgesetzt, kann nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass man an der jeweiligen Krankheit, die die Substanz auslösen kann, auch tatsächlich erkrankt – erhöht wird lediglich die statistische Wahrscheinlichkeit einer Erkrankung.¹⁷⁵ Vor diesem Hintergrund werden bei epidemiologischen Studien zwei Versuchsgruppen miteinander verglichen. Während eine Personengruppe der Risikoquelle ausgesetzt ist, ist die Kontrollgruppe dem Risiko nicht ausgesetzt. Aus dem Vergleich lassen sich schließlich Kausalitätsbeziehungen ablesen.¹⁷⁶

¹⁷² Vgl. Rohrmann, in: Jungermann, 1990, S. 336

¹⁷³ Vgl. Peters, in: Merten et. al., 1994, S. 338

¹⁷⁴ Ebenda, S. 338f.

¹⁷⁵ Vgl. Peters, in: Krüger/Ruß-Mohl, 1991, S. 22, zit. nach: Schmitt, 1986, o. S.

¹⁷⁶ Vgl. Peters, in: Merten et. al., 1994, S. 339

Schwierig ist es bei dieser Methode, eine ausreichend große Anzahl von Versuchspersonen zu gewinnen, da ja auch die Personen der Kontrollgruppe die benötigten gleichen Merkmale aufweisen müssen. Sind zu wenige Personen an der Untersuchung beteiligt oder stimmt auch nur ein Merkmal nicht überein, können keine zuverlässigen Kausalschlüsse gezogen werden. Zudem ist bei der Gruppe, die der Risikoquelle ausgesetzt war, nicht immer genau bekannt in welchem Ausmaß die einzelnen Personen dem Risiko, wie etwa radioaktiver Strahlung, ausgesetzt waren.

Die probabilistische Risikoanalyse kommt dann zur Anwendung, wenn man seltene Schadensfälle mit katastrophalem Ausmaß aus sicherheitstechnischer Perspektive analysieren will.¹⁷⁷ Dabei werden auf Grundlage der Versagenswahrscheinlichkeit einzelner Anlagenteile ganze Ereignisabläufe oder so genannte Fehlerbäume konstruiert, die letztlich Rückschlüsse darauf erlauben, mit welcher Wahrscheinlichkeit verschiedene Störfälle eintreten. Diese Methode ist sehr stark von der subjektiven Einschätzung der Wissenschaftler geprägt, da sie zu einem Teil schlicht auf den Annahmen der Wissenschaftler beruht.¹⁷⁸

Risikoaussagen sind oft mit einem erheblichen Risiko behaftet, falsch zu sein.

*Damit bleibt auch auf der Expertenseite sehr viel Raum für Irrtümer, falsche Annahmen, unvollständiges Wissen und subjektive Urteile.*¹⁷⁹

Das Risikoverständnis von Laien unterscheidet sich von jenem der Experten dadurch, dass Laien neben statistischen Berechnungen auch noch andere Variablen wie etwa „qualitative Risikomerkmale“ in die Risikoeinschätzung mit einbeziehen. Der Begriff „Qualitative Risikomerkmale“ meint dabei jene Gegebenheiten oder Rahmenbedingungen, unter denen Menschen mit Risiken konfrontiert werden. Ist aus statistischer Sicht eine gewisse „Riskanz“ gegeben, spielen Faktoren wie Hilflosigkeit, Kontrollmöglichkeiten, Freiwilligkeit oder die Relation von Kosten und Nutzen eine entscheidende Rolle. So werden jene Risiken hoch eingeschätzt, die einen Großteil der Bevölkerung treffen, von denen aber nur wenige profitieren. Hoch eingeschätzt werden Risiken auch dann, wenn sich potentiell Betroffene hilflos fühlen bzw. das Gefühl haben, nichts gegen das drohende Risiko tun zu können. Verhältnismäßig gering werden Risiken allerdings dann eingeschätzt, wenn sich

¹⁷⁷ Vgl. Peters, in: Merten et. al., 1994, S. 339

¹⁷⁸ Vgl. Peters, in: Merten et. al., 1994, S. 339f., zit. nach: Hauptmanns et. al., 1987, o. S.

¹⁷⁹ Peters, in: Merten et. al., 1994, S. 340

Menschen freiwillig und bewusst dafür entscheiden, ein Risiko einzugehen. Hohe Akzeptanz erfahren Risiken auch dann, wenn sich die Menschen davon großen Nutzen erhoffen.¹⁸⁰

Obwohl sich die Risikowahrnehmung von Laien nach verschiedensten Parametern richtet, korrelieren die Risikoeinschätzungen von Laien mit auf statistischen Berechnungen beruhenden Risikoabschätzungen. Dabei stimmt vor allem die Rangfolge der hohen bzw. geringen Risiken überein. Zahlenmäßig allerdings wurden gefährlichere Risiken unterschätzt, während weniger gefährliche Risiken überschätzt wurden.¹⁸¹

Bei der Bewertung der Risiken wird deutlich, dass Laien ein anderes Risikoverständnis haben.¹⁸²

*Laien bezeichnen also manche Dinge als riskant, die nach ihrer eigenen Einschätzung im statistischen Mittel nur wenige Todesfälle im Jahr verursachen, und andere als weniger riskant, die im Jahr sehr viele Todesfälle zur Folge haben. (...) Laien und Experten benutzen den Risikobegriff daher in unterschiedlicher Weise.*¹⁸³

Grundsätzlich kann aber festgehalten werden, dass für Laien bei der Bewertung eines Risikos eher das Ausmaß eines potentiell eintretenden Schadens entscheidend ist als die statistische Wahrscheinlichkeit, mit der der Schaden eintritt.¹⁸⁴

Unsicherheit wird sowohl von Experten als auch von Laien in die Risikokalkulation mit einbezogen. Allerdings wird der Begriff unterschiedlich aufgefasst. Für Experten ist Unsicherheit eine weitere Variable, die es in die statistischen Berechnungen mit einzubeziehen gilt. Laien hingegen verwenden einen Unsicherheitsbegriff, der keine definitiven Antworten erlaubt bzw. diese ungewiss erscheinen lässt.¹⁸⁵

5.2.1. Experten und Gegenexperten

Es gilt als Kennzeichen von Kontroversen rund um Risikotechnologien, dass die Auseinandersetzungen nicht nur zwischen Experten und Laien stattfinden, sondern dass sich auch die Experten untereinander widersprechen. Dabei tritt unweigerlich die Frage auf, wer

¹⁸⁰ Vgl. Renn, 1984, S. 69-77

¹⁸¹ Vgl. Peters, in: Merten et. al., 1994, S. 341, zit. nach: Lichtenstein et. al. 1987, o. S.

¹⁸² Vgl. Renn, 1984, S. 152

¹⁸³ Peters, in: Krüger/Ruß-Mohl, 1991, S. 19f.

¹⁸⁴ Vgl. Kemp, in: Bayerische Rück, 1993, S. 114

¹⁸⁵ Vgl. Peters, in: Merten et. al., 1994, S. 342

als Experte gilt und wer nicht. Von Konflikten unter Experten spricht man grundsätzlich dann, wenn die Argumentationen auf wissenschaftlichen Daten, Methoden oder Theorien basieren.¹⁸⁶ Dennoch unterscheiden sich Experten - etwa in ihrem Verständnis von Wissenschaft, ihren Untersuchungsmethoden und Beurteilungen und nicht zuletzt in ihren Zugängen zur Thematik.¹⁸⁷

*Verschiedene wissenschaftliche Disziplinen tragen jeweils andere Risikobrillen, und sie sehen daher Verschiedenes, selbst dann, wenn sie auf den gleichen Gegenstand blicken.*¹⁸⁸

Umgelegt auf den Gegenstand der Kernenergie beschäftigen sich beispielsweise Geistes- und Gesellschaftswissenschaftler mit den gesellschaftspolitischen Aspekten der Kernenergie. Technisch orientierte Wissenschaftler oder auch die Konstrukteure setzen sich vorwiegend mit der technischen Funktionsweise von Kernkraftwerken auseinander. Sicherheitswissenschaftler führen Risikostudien durch und die Wirkung radioaktiver Strahlung wird aus biomedizinischer Perspektive untersucht.¹⁸⁹

Der Grund, warum speziell in der Kernenergiekontroverse wichtige Meinungsverschiedenheiten nicht geklärt werden können, liegt für Wolf Häfele in der „Hypothetizität“ der Auseinandersetzung. Laut Häfele ist unter dem Begriff die Tatsache zu verstehen, dass sehr viele Argumente im Rahmen der Diskussion der mit Kernenergie verbundenen Risiken auf Annahmen basieren und so letztlich nicht als bewiesen gelten.¹⁹⁰ Der Hypothetizitätscharakter der Argumentationen lässt verschiedenste Interpretationen¹⁹¹ zu bzw. eröffnet Angriffsmöglichkeiten. So sind auch die rein wissenschaftlichen Debatten rund um technische Risiken nicht endgültig und mit Gewissheit zu entscheiden. Der Weg für Kritiker ist geebnet.¹⁹²

Die Erkenntnisse, mit denen von den Technologiebefürwortern die Akzeptierbarkeit der jeweiligen Technologie begründet wird, lassen sich häufig unter Rückgriff auf wissenschaftliche Verfahrensweisen angreifen, ohne dass

¹⁸⁶ Vgl. Peters, in: Krüger/Ruß-Mohl, 1991, S. 24-26

¹⁸⁷ Vgl. Nowotny, in: Soziale Welt, 1980, S. 452

¹⁸⁸ Holzheu/Wiedemann, in: Bayerische Rück, 1993, S. 10

¹⁸⁹ Vgl. Peters, in: Jungermann et. al., 1990, S. 62

¹⁹⁰ Vgl. Peters, in: Krüger/Ruß-Mohl, 1991, S. 27, zit. nach: Häfele, 1975, S. 555

¹⁹¹ An dieser Stelle ist allerdings festzuhalten, dass die prinzipielle Möglichkeit Ergebnisse unterschiedlich zu deuten kein Spezifikum der Kernenergiekontroverse und auch kein besonderes Merkmal technischer Kontroversen ist, sondern vielmehr als Normalfall wissenschaftlichen Arbeitens bezeichnet werden kann.

Vgl. Peters, in: Krüger/Ruß-Mohl, 1991, S. 27

¹⁹² Vgl. Peters, in: Krüger/Ruß-Mohl, 1991, S. 27

*die Kritik selber wissenschaftlich eindeutig zu widerlegen ist. Es ist daher eine Frage der Zuweisung der Beweislast, wem die Ambiguität wissenschaftlicher Erkenntnisse zustatten kommt – den Technologiebefürwortern oder – kritikern.*¹⁹³

5.3. Risikokommunikation und Kernenergie

Da dem Risikothema Kernenergie eine Art Pfadfinderrolle in der Risikokommunikationsforschung zuteil wurde, sind zahlreiche grundsätzliche Forschungsergebnisse in Zusammenhang mit Untersuchungen zur Kernenergie entstanden.¹⁹⁴

So wurde im Rahmen der Auseinandersetzung mit Kernenergie bereits in den 70er Jahren die Erkenntnis gewonnen, dass Risiko nicht gleich Risiko ist. Während das Risiko bei Kernenergie für Experten niedrig war, wurde es von Laien äußerst hoch eingeschätzt.¹⁹⁵

Charakteristisch für Kernenergie als Risikothema ist nicht nur, dass es eng mit dem Beginn der Risikokommunikationsforschung verknüpft ist und damit als das erste Risikothema schlechthin gilt, sondern auch, dass es jener Konflikt in Zusammenhang mit der Einführung neuer Technologien ist, der in der Gesellschaft die größte Aufmerksamkeit erlangt hat. An keiner anderen Technikkontroverse haben sich so viele Menschen beteiligt, keine andere hat es geschafft, so viele Menschen zu mobilisieren. Vor allem haben sich an der Debatte rund um Kernenergie im Laufe der Zeit sehr viele verschiedene Akteursgruppen beteiligt. Während die Auseinandersetzung ursprünglich eher naturwissenschaftlich-technisch dominiert war, wurde später auch unter sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten diskutiert. Teilgenommen haben an den Debatten Vertreter aus Politik und Industrie genauso wie Umweltbewegungen oder die breite Öffentlichkeit.¹⁹⁶

Außerdem ist Kernenergie durch einen hohen politischen Konfliktwert gekennzeichnet. Das hat zur Folge, dass immer wieder Aspekte in die Diskussion einfließen, die eigentlich nichts mit der Technik an sich zu tun haben. Gestritten wird dann beispielsweise über die unterschiedliche Einflussnahme verschiedener politischer Gruppen, das Bestehen auf Entscheidungsprivilegien oder das Profilieren von Randgruppen. Zudem sehen viele

¹⁹³ Peters, in: Krüger/Ruß-Mohl, 1991, S. 27

¹⁹⁴ Vgl. Wiedemann et. al., in: Jungermann et. al., 1990, S. 2

¹⁹⁵ Vgl. Jungermann, in: Jungermann et.al., 1990, S. 310

¹⁹⁶ Vgl. Rohrmann, in: Jungermann et. al., 1990, S. 335

Menschen durch Kernenergie ihre Sicherheit gefährdet. Rückt ein solch zentrales Bedürfnis der Bevölkerung in den Mittelpunkt der Diskussion, fördert das die Einbeziehung moralischer Argumente in die Debatte. Gleichzeitig wird dabei technischen Gutachten oder Untersuchungsergebnissen weniger Bedeutung zugewiesen. Außerdem besitzt das Risikothema Kernenergie – etwa im Gegensatz zu Informations- und Kommunikationstechnologien als weiteres Feld der Risikokommunikation – einen sehr hohen Symbolwert, es entstehen Bilder in den Köpfen der Menschen. Dies wiederum führt dazu, dass Kernenergie auf sehr geringem Wissensniveau diskutiert wird und durch die Reduktion von Komplexität eine anspruchsvolle Diskussion erschwert wird.¹⁹⁷

5.3.1. Argumentationslinien in der Kernenergiediskussion

So groß die Anzahl der an der Risikokommunikation über Kernenergie beteiligten Akteure und der zahlreichen Perspektiven ist, aus denen Kernenergie diskutiert wird, so vielfältig sind auch die Argumentationslinien.

Ein zentraler Diskussionsaspekt in Zusammenhang mit Kernenergie ist der Betrieb von kerntechnischen Anlagen selbst. Unterschieden wird hier zwischen den verschiedenen technischen Phasen der Kernenergiegewinnung - von den jeweiligen Risiken beim Uranabbau und der Urananreicherung über die Risiken bei der Herstellung von Brennelementen und dem tatsächlichen Betrieb von Atomkraftwerken bis hin zu den Risiken der Zwischenlagerung, Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente und jenen der Endlagerung. Vielt diskutiert ist dabei vor allem das Risiko eines „Super-GAU“, also eines Unfalls in einem Atomkraftwerk mit dem größten anzunehmenden Ausmaß, bei dem große Mengen radioaktiven Materials freigesetzt werden und Mensch sowie Umwelt mit katastrophalen Folgen zu rechnen hätten. Ein in zahlreichen Auseinandersetzungen rund um Kernenergie angesprochener Problembereich ist auch die Endlagerung radioaktiver Abfälle. Radioaktives Material müsste – je nach Grad der Radioaktivität – mehrerer Jahrtausende isoliert von der Biosphäre, also von allen Schichten der Erde, in denen sich Lebewesen befinden, isoliert werden - ein Sachverhalt, den heute wohl niemand mit Sicherheit garantieren kann.¹⁹⁸

¹⁹⁷ Vgl. Wiedemann, in: Jungermann et. al., 1990, S. 359

¹⁹⁸ Vgl. Peters, in: Jungermann et. al., 1990, S. 64-69

Eine weitere Risikoquelle der Kernenergie sehen viele Menschen in dem potentiellen Missbrauch von Kernenergie für militärische oder terroristische Zwecke. Einerseits sind kerntechnische Anlagen mögliche Ziele für terroristische Angriffe, andererseits können durch das illegale Abzweigen von Spaltmaterial und mit dem notwendigen technischen Wissen auch Atomwaffen hergestellt und verbreitet werden. Das hat unter anderem zur Folge, dass das Schadensausmaß im Kriegsfall steigt, die Erpressbarkeit eines Staates erhöht wird und auch internationale Spannungen gefördert werden.¹⁹⁹

Diskutiert wird im Rahmen der Risikokommunikation rund um Kernenergie auch über energiepolitische Konsequenzen. Allerdings werden in diesem Zusammenhang neben den Risiken verstärkt auch die Vorteile der Kernenergienutzung debattiert bzw. die Folgen eines Ausstiegs aus der Kernenergie. Verzichtet man auf Kernenergie, könnte das die Abhängigkeit von Öllieferländern fördern und damit auch zu politischen Spannungen führen. Ein mögliches Resultat des Verzichts auf Kernenergie wäre gleichzeitig eine Verknappung der allgemeinen Energieversorgung. Die sich daraus möglicherweise ergebende Steigerung der Energiekosten wiederum hätte Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaftslage eines Staates, so unter anderem auf den internationalen Wettbewerb, den Export oder den nationalen Wohlstand. Als energiepolitisches Risiko der Kernenergie gilt zudem die Tatsache, dass man sich mit der von Uran abhängigen Technologie in neue Abhängigkeiten begibt. Kernenergiekritiker argumentieren außerdem, dass zu wenige Ressourcen in die Erforschung alternativer Energien investiert werden und diese bei ausreichender Zuwendung finanzieller Mittel durchaus schon effektiver genutzt werden könnten.²⁰⁰

In der Kernenergiedebatte werden auch gesellschaftspolitische Argumente ins Rennen geführt. Zum einen werden die begrenzte Kontrollierbarkeit von Technik und die zu geringen Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung als Risiko diskutiert, zum anderen wird die Belastung künftiger Generationen im Sinne einer Gefährdung durch endabgelagerte radioaktive Substanzen kritisiert.

Vor allem in den vergangenen Jahren wurde Kernenergie immer wieder in Zusammenhang mit dem drohenden Klimawandel und der CO₂-Problematik diskutiert. Dabei wird Kernenergie immer wieder als mögliche Lösung zur Senkung der CO₂-Emissionen propagiert – eine bei weitem nicht unumstrittene Argumentation, die mit zahlreichen Gegenargumenten konfrontiert ist:²⁰¹

¹⁹⁹ Ebenda, S. 70-72

²⁰⁰ Ebenda, S. 73f.

²⁰¹ Vgl. Kriener, in: Peterman, 2006, S. 173f.

Um auch nur zehn Prozent der fossilen Energie bis zur Mitte dieses Jahrhunderts durch Atomkraft zu produzieren, müssten mehr als 1000 Atomkraftwerke rund um die Welt zugebaut werden. Die Kosten wären horrend. Die Atommüllproduktion würde sich ebenso vervielfachen wie die Sicherheitsprobleme, der militärische Missbrauch wäre kaum noch kontrollierbar. Und dennoch würde der Treibhauseffekt die Erde in den Schwitzkasten nehmen. Zudem: Benzin, Diesel und Heizöl kommen nun mal nicht aus der Steckdose. Deshalb kann Atomkraft schon theoretisch nur einen kleinen Teil der fossilen Energieträger mit ihren Klimalasten verdrängen.²⁰²

Zudem geben Kritiker zu bedenken, dass auch die Uranvorräte begrenzt sind. Würde man die derzeitige Anzahl der Reaktoren verdoppeln, wären die Bestände in 30 Jahren aufgebraucht.²⁰³

So kann Kernenergie aus derzeitiger Sicht keine Energiegewinnungsmethode der Zukunft, sondern lediglich eine Überbrückungshilfe sein, bis regenerative Energieträger und CO₂ neutrale Methoden der Energiegewinnung das Potential haben, fossile Energieträger zu ersetzen.²⁰⁴

²⁰² Kriener, in: Peterman, 2006, S. 174

²⁰³ Vgl. Kriener, in: Peterman, 2006, S. 174

²⁰⁴ Vgl. Vahrenholt, in: Peterman, 2006, S. 198f.

6. INTERNATIONALE PERSPEKTIVEN ZUR KERNENERGIE

6.1. Positionen innerhalb Europas

Weltweit sind heute etwa 440 Atomkraftwerke in Betrieb.²⁰⁵ Allerdings verfügen nur fünf Staaten - nämlich die USA, Frankreich, Japan, Russland und Deutschland - über zwei Drittel der Kernenergiekapazitäten. Insgesamt gibt es in 31 der weltweit 191 Nationen Atomkraftwerke. Sie liefern 16 Prozent des erzeugten Stroms.²⁰⁶

In Europa wird derzeit ein Drittel des Stroms durch Kernkraftwerke erzeugt. 15 der 27 EU-Mitgliedsländer betreiben Atomkraftwerke.²⁰⁷ Den zahlenmäßig größten Anteil an Atomkraftwerken findet man mit 59 Kraftwerken in Frankreich, gefolgt von 23 in Großbritannien und 17 in Deutschland.²⁰⁸

Die Meinungen zum Thema Kernenergie gehen innerhalb Europas weit auseinander. Befürwortet wird Atomkraft vor allem in jenen Ländern, die Atomkraftwerke betreiben. Besonders groß ist die Zustimmung zur Kernenergie in Tschechien, Litauen, Ungarn, Bulgarien, Schweden, Finnland und der Slowakei. Hier befürworten mindestens sechs von zehn Befragten die Energiegewinnung durch Kernkraftwerke.²⁰⁹

Auf große Ablehnung stößt Kernenergie in Zypern, Österreich und Malta – einige jener Länder in Europa, in denen keine Atomkraftwerke betrieben werden.²¹⁰

The lowest support for nuclear energy is, however, clearly found in countries that have no nuclear power plants. The least support for this type of energy is

²⁰⁵ Vgl. International Atomic Energy Agency, <http://www.iaea.org/cgi-bin/db.page.pl/pris.oprconst.htm>, entnommen am 23.12.08, 13:54 Uhr ebenso

Vgl. Kriener, in: Petermann, 2006, S. 167f.

²⁰⁶ Vgl. Kriener, in: Petermann, 2006, S. 168

²⁰⁷ Vgl. European Commission, Eurobarometer, 2008, S. 5

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_297_en.pdf, entnommen am 23.12.08, 14:47 Uhr

²⁰⁸ Vgl. Kriener, in: Petermann, 2006, S. 166f.

²⁰⁹ Vgl. European Commission, Eurobarometer, 2008, S. 6

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_297_en.pdf, entnommen am 23.12.08, 14:47 Uhr

²¹⁰ Ebenda

*found in Austria, Cyprus and Greece with around eight in ten respondents confirming that they are opposed to this type of energy.*²¹¹

Eine Ausnahme des genannten Schemas bilden Spanien und Rumänien. Zwar werden in den beiden Ländern Atomkraftwerke betrieben, die Bevölkerung lehnt diese Art der Energiegewinnung allerdings größtenteils ab.²¹²

Als zentraler Grund für die Ablehnung der Atomenergie gilt die bisher nicht gelöste Frage der Entsorgung radioaktiven Abfalls. 39 Prozent der Befragten gaben an, dass sich ihre Haltung zu Kernenergie zum positiven verändern würde, wenn die Entsorgungsproblematik gelöst werden könnte.²¹³

Im Vergleich zur letzten Eurobarometer-Umfrage zum Thema Kernenergie aus dem Jahr 2005 ist der Anteil der Atombefürworter gestiegen. Zurückgeführt wird dies im Bericht der Europäischen Kommission zur aktuellen Umfrage auf die zunehmende Sensibilisierung der Bevölkerung bezüglich des Klimaschutzes und der damit verbundenen notwendigen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Denn neben vehementen Befürwortern und Gegnern der Kernenergie gibt es zahlreiche Menschen, die Kernenergie nicht grundsätzlich befürworten, in ihr aber zumindest vorübergehend eine Möglichkeit zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes sehen.²¹⁴

6.2. Kernenergie in Österreich

Bis zur Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages im Jahr 1955 durfte Österreich im Bereich der Kernenergie nicht arbeiten.²¹⁵ Bereits ein Jahr darauf wurde die „Österreichische Studiengesellschaft für Kernenergie“ gegründet. Aufgabe der Gesellschaft war es, sich aus österreichischer Perspektive mit dem Thema Kernkraftwerke bzw. mit der

²¹¹ European Comission, Eurobarometer, 2008, S. 6

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_297_en.pdf, entnommen am 23.12.08, 14:47 Uhr

²¹² Vgl. European Comission, Eurobarometer, 2008, S. 6

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_297_en.pdf, entnommen am 23.12.08, 14:47 Uhr

²¹³ Ebenda, S. 11

²¹⁴ Ebenda, S. 8

²¹⁵ Vgl. AEIOU – das Kulturinformationssystem, <http://aeiou.iicm.tugraz.at/aeiou.encyclop.a/a806267.htm>, entnommen am 4.12.08, 11:39 Uhr, zit. nach: Kitzmüller, in: Mez, 1979, o. S.

Frage von Kernkraftwerken in Österreich auseinanderzusetzen.²¹⁶ Die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts waren von einer positiven Stimmung gegenüber Atomenergie geprägt. Skepsis gegenüber Technologie oder die damit potentiell verbundenen Gefahren wurden damals kaum thematisiert. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre wurden die Pläne für ein Kernkraftwerk in Österreich konkreter. Die KernkraftwerksplanungsgesmbH wurde gegründet, der Standort Zwentendorf festgelegt. Gleichzeitig wurden Ende der 60er Jahre allerdings erstmals Stimmen gegen den Bau eines Kernkraftwerks laut. Die mit Kernenergie verbundenen Gefahren wurden verstärkt auch in den Medien diskutiert. Immer wieder wurde über ein Anti-Atom-Volksbegehren debattiert. Der Widerstand gegen ein Atomkraftwerk in Österreich wurde zusehends vehementer und nachhaltiger. Trotzdem wurde mit dem Bau des Kernkraftwerks in Zwentendorf begonnen. Geplant war letztlich die Errichtung von drei Kernkraftwerken in Österreich bis zum Jahr 1990.²¹⁷

In den 70er Jahren wurde verstärkt auch mit Demonstrationen Widerstand gegen das Atomkraftwerk geleistet. Tausende Menschen nahmen an den Kundgebungen teil. Die Ablehnung bzw. Befürwortung des Atomkraftwerks war nicht unbedingt eine Frage der politischen Einstellung. Es konnte eine breite Basisbewegung mobilisiert werden. Ihr gehörten Bauern und Intellektuelle genauso an wie Hausfrauen, Schüler und Studenten.²¹⁸ Demonstriert wurde nicht nur gegen das Atomkraftwerk, sondern auch gegen ein geplantes Endlager im niederösterreichischen Allentsteig.²¹⁹

Für das Kernkraftwerk in Zwentendorf sprachen sich die damalige SPÖ-Alleinregierung unter Bruno Kreisky, die Gewerkschaft, die Elektrizitätswirtschaft oder auch die Industriellenvereinigung aus.²²⁰ Schließlich initiierte die Regierung eine groß angelegte Kampagne, deren Ziel es war, über die Vor- und Nachteile der Kernkraft zu informieren.²²¹

Im Jahr 1978 kam es schließlich zu einer Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks in Zwentendorf. Am 5. November 1978 entschied sich mit 50,47 % der abgegebenen gültigen Stimmen eine knappe Mehrheit der Österreicher gegen das Kernkraftwerk in Zwentendorf. Noch im selben Jahr wurde in Österreich das

²¹⁶ Vgl. Demokratiezentrum, http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/timelines/das_atomkraftwerk_zwentendorf.html, entnommen am 4.12.08, 11:15 Uhr

²¹⁷ Vgl. Ökoweb, <http://www.oekoweb.at/556>, entnommen am 4.12.08, 11:30 Uhr

²¹⁸ Vgl. Jorda, <http://burgenland.gruene.at/geschichte/oesterreich/>, entnommen am 4.12.08, 12:13 Uhr

²¹⁹ Vgl. Demokratiezentrum, http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/timelines/das_atomkraftwerk_zwentendorf.html, entnommen am 4.12.08, 11:15 Uhr

²²⁰ Vgl. Jorda, <http://burgenland.gruene.at/geschichte/oesterreich/>, entnommen am 4.12.08, 12:13

²²¹ Vgl. Nowotny, 1979, S. 21

Atomsperrgesetz beschlossen. Trotzdem gab es in den darauf folgenden Jahren immer wieder Versuche, das Atomkraftwerk in Betrieb zu nehmen – allerdings erfolglos. Im Jahr 1985 beschloss die Kraftwerksgesellschaft schließlich ihre „stille Liquidation“ – ein Jahr vor dem Unfall im ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl.²²²

Heute vertritt Österreich nach wie vor eine strikte Anti-Atom-Haltung. Von einem Zwischenfall in einem Atomkraftwerk der Nachbarländer wäre das Land aber dennoch betroffen, denn zahlreiche Atomkraftwerke stehen sehr Nahe an der Grenze zu Österreich.²²³

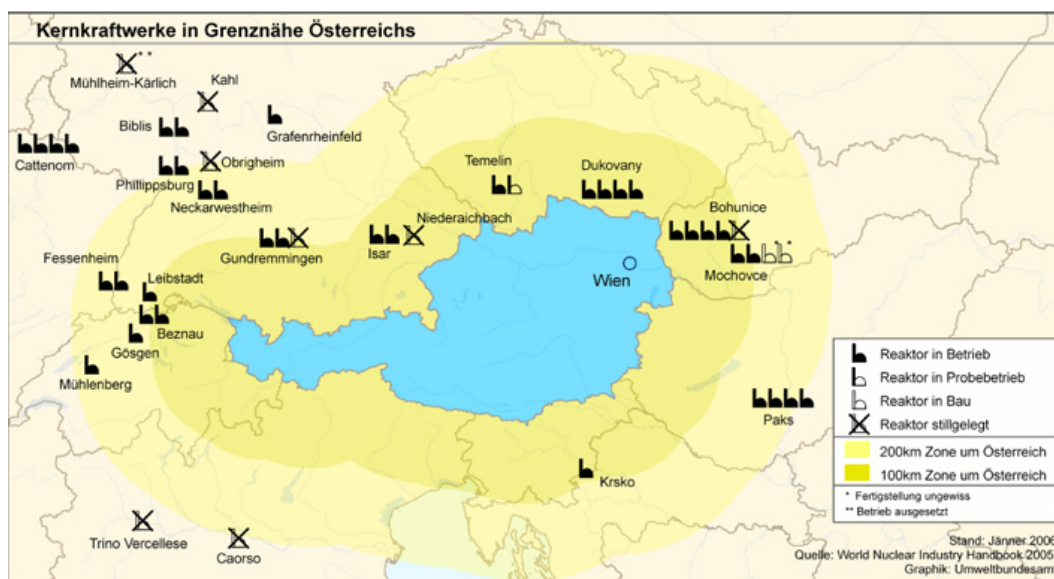


Abb. 2: Kernkraftwerke in Grenznähe Österreichs²²⁴

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jahr 1995 ging ein Beitritt zur Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM einher.²²⁵ Der EURATOM-Vertrag, der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vertrag zur Gründung der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gelten als die drei Gründungsverträge der heutigen Europäischen Union.²²⁶ Der Vertrag zur Gründung der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist mittlerweile ausgelaufen. Der

²²² Vgl. Demokratiezentrum, http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/timelines/das_atomkraftwerk_zwentendorf.html, entnommen am 4.12.08, 11:15 Uhr

²²³ Vgl. Abb. 2

²²⁴ Vgl. Umweltbundesamt, <http://www.umweltbundesamt.at/umweltschutz/kernenergie/akw/>, entnommen am 4.12.08, 11:34, zit. nach.: Tarlton, 2005.

²²⁵ Vgl. Grüne Partei, <http://www.gruene.at/umwelt/artikel/lesen/34095/>, entnommen am 9.12.08, 14:25 Uhr

²²⁶ Vgl. Stockinger, 1993, S. 5

EURATOM-Vertrag besitzt nach wie vor Gültigkeit, wurde allerdings – im Gegensatz zum EWG-Vertrag - seit seinem Abschluss im Jahr 1957 nicht geändert oder angepasst.²²⁷

Ziel des EURATOM-Vertrags ist es, die Entwicklung der Kernenergie in Europa zu unterstützen. Investiert wird dabei in die Forschung genauso wie in die Modernisierung und Errichtung von Atomkraftwerken. Als EU und damit EURATOM-Mitglied leistet auch Österreich seinen Beitrag. Gezahlt werden zwischen 40 und 50 Millionen Euro pro Jahr.²²⁸ Gleichzeitig besitzt in Österreich nach wie vor das in den 80er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts beschlossene Atomsperrgesetz Gültigkeit. Daraus ist allerdings nicht abzuleiten, dass die österreichische Stromversorgung frei von Atomstrom ist. Der Anteil von importiertem Atomstrom am heimischen Strommix beträgt rund 20 Prozent.²²⁹ Allerdings ist der Strommix von der jeweiligen Elektrizitätsgesellschaft abhängig. Tendenziell ist der Atomstromanteil im Osten Österreichs geringer als im Westen. Einen der größten Atomstromanteile verzeichnet etwa die Salzburger AG. Der burgenländische Stromkonzern BEWAG bezieht seinen Strom ausschließlich aus erneuerbarer Energie und Wasserkraft. Grundsätzlich wird in Österreich ein großer Teil des Stroms aus Wasserkraft und fossilen Energieträgern gewonnen.²³⁰

6.2.1. Haltung in der Gesellschaft

Wie bereits erwähnt, hat sich die österreichische Bevölkerung vor genau 30 Jahren gegen den Betrieb von Atomkraftwerken in Österreich ausgesprochen. Obwohl die damalige Volksabstimmung sehr knapp ausgegangen ist, scheint sich diese Haltung im Laufe der Zeit verfestigt zu haben. Denn aktuellen Umfragen zu Folge wird die Energiegewinnung durch Kernkraftwerke von immer weniger Österreicherinnen und Österreichern befürwortet.

Im Zuge einer Bevölkerungsbefragung der sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft aus dem Jahr 2008 wurden knapp über 1000 Österreicher befragt, ob in Österreich Kernkraftwerke zur Stromversorgung errichtet werden sollten – und zwar unter der Annahme, dass die Erdöl- und Erdgasreserven weltweit erschöpft sind. Die Frage wurde von 68 Prozent

²²⁷ Vgl. Global 2000/ Friends of the Earth Europe, 2007, S. 3, <http://www.global2000.at/pages/euratomneu.htm>, entnommen am 9.12.08, 11:40 Uhr

²²⁸ Vgl. Grüne Partei, <http://www.gruene.at/umwelt/artikel/lesen/34095/>, entnommen am 9.12.08, 14:25 Uhr

²²⁹ Vgl. Global 2000, http://www.global2000.at/pages/irrtum_atomstromfrei.htm, entnommen am 9.12.08, 15:15 Uhr

²³⁰ Vgl. Greenpeace, <http://www.greenpeace.at/4010.html?&type=98>, entnommen am 9.12.08, 15:35 Uhr

der Befragten mit Nein beantwortet.²³¹ Eine Befragung der Studiengesellschaft aus dem Jahr 2004 hat ergeben, dass 71 Prozent der Menschen in Österreich Kernenergie für eine sehr gefährliche Art der Energiegewinnung halten. Befragt wurden rund 1300 Leute.²³² Eine Umfrage der Arbeitsgemeinschaft für Sozialforschung und Bildstatistik aus demselben Jahr ergab, dass 78 Prozent der Bevölkerung der Meinung sind, Österreich solle auf die Einfuhr von Atomstrom verzichten. Hier wurden rund 1000 Österreicher befragt. Zudem gaben 72 Prozent der Befragten an, dass sie der Import von Atomstrom beunruhigt.²³³

Umfragen aus dem Jahr 2001 ergaben, dass 71 Prozent der Bevölkerung für eine Stilllegung der Atomkraftwerke sind, um ein atomfreies Mitteleuropa zu erreichen.²³⁴

Im Jahr 2000 wurde eine Bevölkerungsbefragung zur Osterweiterung durchgeführt. Gefragt wurde, von welchen Faktoren Österreich eine Zustimmung zur Osterweiterung abhängig machen sollte. Dabei haben sich 86 Prozent der Befragten dafür ausgesprochen, die Zustimmung zur Osterweiterung von einer sofortigen Abschaltung der Atomkraftwerke im Osten Europas, die nicht den westlichen Technologiestandards entsprechen, abhängig zu machen.²³⁵

6.2.2. Politische Positionen zur Kernenergie in Österreich

Da im Zuge der vorliegenden Arbeit untersucht werden soll, inwieweit sich die politischen Positionen zum Thema Kernenergie in der Berichterstattung widerspiegeln, sollen im Folgenden zunächst die Haltungen einzelner politischer Parteien in Österreich näher beleuchtet werden. Vergleichbar zur gesamtgesellschaftlichen Haltung zur Kernenergie sprechen sich in Österreich alle politischen Parteien – wenn auch mit unterschiedlicher Vehemenz - gegen Energiegewinnung durch Atomkraft aus. Die Darstellung der politischen Positionen soll nicht nur einen Eindruck über die Haltungen zur Kernenergie ermöglichen sondern auch die dominierenden Argumentationslinien aufzeigen.

²³¹ Vgl. Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, 2008, S. 65

²³² Vgl. Institut für Trendanalysen und Krisenforschung, 2004, S. 7, zit. nach: SWS, 2004

²³³ Vgl. Arbeitsgemeinschaft für Sozialforschung und Bildstatistik, 2004, S. 42

²³⁴ Vgl. Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, 2001, S. 11

²³⁵ Vgl. Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, 2000, S. 12

6.2.2.1. Sozialistische Partei

Sehr klar nimmt die Sozialistische Partei Österreichs zu Kernenergie Stellung. Im Grundsatzpapier bezieht sie Position gegen Kernenergie und damit für den Ausstieg aus der Atomenergie – und zwar auch auf internationaler Ebene.²³⁶

Auch im Wahlprogramm 2008 spricht sich die SPÖ gegen die friedliche Nutzung der Atomkraft aus. Das Argument, Kernenergie wäre eine Form der Energiegewinnung, mit der das Klima geschont werden könne, wird als kurzsichtig bezeichnet. Durch eine solche Sichtweise würden lediglich die notwendigen technologischen und ökonomischen Impulse für erneuerbare Energien gefährdet.²³⁷

Österreich muss sich mit allem Nachdruck für ein atomkraftfreies Europa einsetzen! Wir dürfen unseren Überzeugungskampf nicht aufgeben und müssen weitere BündnispartnerInnen gewinnen! Gerade im Zuge der Klimadebatte verspüren die BefürworterInnen der Atomkraft wieder Auftrieb – dagegen müssen wir vehement auftreten und andere gangbare Alternativen aufzeigen.

In diesem Sinne tritt die SPÖ für eine aktive Anti-Atom-Politik ein. Dazu gehören unter anderem die Förderung von Bündnissen mit atomfreien Staaten und die Forderung, dass Atomstrom europaweit eindeutig gekennzeichnet werden soll.²³⁸ Ein Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag wird allerdings weder im Grundsatzpapier, noch im Wahlprogramm, noch im Umweltprogramm dezidiert gefordert. Verlangt werden hingegen Änderungen im Vertrag wie etwa die Stärkung von Schutzziele wie Sicherheitskontrollen und Strahlenschutz oder die Eliminierung des Förderziels im Vertrag, also die Eliminierung der finanziellen Bevorteilung der Atomenergie durch Kredite.²³⁹

Weitere zentrale Argumente gegen Kernenergie sind für die SPÖ die damit verbundenen Risiken und die begrenzten Uranvorräte. Denn um die fossilen Kraftwerke durch Atomkraftwerke zu ersetzen müssten tausende neue Kraftwerke gebaut werden. Um diese zu

²³⁶ Vgl. SPÖ, Grundsatzpapier, S. 13

http://umwelt.spoe.at/bilder/d251/spoe_partei_programm.pdf, entnommen am 23.9.08, 11:30 Uhr

²³⁷ Vgl. SPÖ, Wahlprogramm, S. 28,

<http://spoe.at/bilder/d265/wahlmanifest08.pdf>, entnommen am 23.9.08, 11:26 Uhr

²³⁸ Vgl. Sima/Krainer, 2006, S. 5,

http://www.polhist.hu/pdf/au/Kurzfassung_SPoe_Forderungen_Umwelt_endversion.pdf, entnommen am 23.9.08, 11:42

²³⁹ Ebenda

betreiben würde allerdings das weltweit vorhandene Uran nicht reichen. Die SPÖ steht auf dem Standpunkt:²⁴⁰

*Atomkraft ist und bleibt gefährlich – auch ohne Unfälle, denn die Entsorgung des Atommülls ist nach wie vor ungeklärt.*²⁴¹

So fordert die sozialdemokratische Partei unter anderem, dass die Betriebsbewilligungen für alte Atomkraftwerke in der EU nicht verlängert werden und man stattdessen gemeinsam in neue Energieformen investiert.²⁴²

6.2.2.2. Grüne Partei

Auch die Grünen sprechen sich nachhaltig für eine Anti-Atom-Politik aus – und zwar sowohl im Grundsatzpapier als auch in Positionspapieren zum Thema Umwelt.²⁴³

Begründet wird die ablehnende Haltung zur Kernenergie unter anderem mit den großen Risiken, die mit der Technologie verbunden sind, mit der bisher nicht gelösten Frage der Entsorgung des Atommülls und mit hohen Kosten, die mit Kernenergie verbunden sind.²⁴⁴

*Atomkraftwerke sind gefährlich, teuer und keine nachhaltige Form der Energiegewinnung. (...) Bislang gibt es weltweit kein einziges genehmigtes Endlager für den Jahrtausende strahlenden Atommüll. Zahlreiche Unfälle belegen, dass Atomkraftwerke nie sicher sein können. Beim Störfall in einem schwedischen AKW im Juli 2006 konnte eine Katastrophe nur knapp verhindert werden. Die Pannenserie im AKW Temelin reißt nicht ab.*²⁴⁵

Hervorgehoben wird im Zusammenhang mit den Risiken der Kernenergie auch die Gefahr von Terrorangriffen auf Atomkraftwerke. Dies sei eine neue Dimension der Bedrohung.

²⁴⁰ Vgl. Bayr, 2008, S. 4

²⁴¹ Bayr, 2008, S. 4

²⁴² Vgl. Bayr, 2008, S. 4

²⁴³ Vgl. Grüne Partei, Grundsatzprogramm, S. 26

http://www.gruene.at/uploads/media/grundsatzprogramm2001_03.pdf, entnommen am 3.1.09, 12:58 Uhr

²⁴⁴ Vgl. Grüne Partei, Grundsatzprogramm, S. 26

http://www.gruene.at/uploads/media/grundsatzprogramm2001_03.pdf, entnommen am 3.1.09, 12:58 Uhr

²⁴⁵ Grüne Partei, Energie- und Klimaschutzprogramm, S. 13

http://www.gruene.at/uploads/media/gruenes_energieprogramm_web_03.pdf, entnommen am 13.2.09, 14:35 Uhr

Hingewiesen wird dabei vor allem darauf, dass davon auszugehen ist, dass kein Atomkraftwerk einem Terrorangriff würde standhalten können.²⁴⁶

Aus umweltspezifischer Sicht liegt der Fokus auf der Tatsache, dass Kernenergie keine Lösung der CO₂-Problematik darstellt. Die Energiegewinnung durch Kernenergie sei nicht klimaneutral, da allein bei der Gewinnung und der Aufbereitung von Uran große CO₂-Mengen freigesetzt würden.²⁴⁷ Zudem sei ein großflächiger Ausbau der Kernenergie allein in Anbetracht der begrenzten Uranreserven nicht möglich.²⁴⁸

Im Sinne einer konsequenten Anti-Atom-Politik müsse sowohl für Stromkunden als auch für Energieunternehmen die Möglichkeit bestehen, auf den Einkauf von Atomstrom zu verzichten. Eine Abkehr von der Atomenergie fordern die Grünen auch auf EU-Ebene.²⁴⁹

*Andererseits erfordert eine konsequente Anti-Atom-Politik die Vereinbarung von Ausstiegskonzepten aus der Atomenergie auf internationaler Ebene. Ein solcher Ausstieg und der Ausbau ökologisch verträglicher Formen der Energienutzung soll von der Staatengemeinschaft finanziell unterstützt werden. Neben konkreten Ausstiegskonzepten muss es – vor allem auf EU-Ebene – eine Trendumkehr weg von der massiven Förderung der Nuklearenergie hin zur Förderung erneuerbarer Energieträger geben.*²⁵⁰

In Anbetracht der durch den Klimawandel drohenden Schäden für Mensch und Umwelt sehen die Grünen die Energiepolitik gefordert. Im Sinne einer Energiewende sollte man so schnell wie möglich auf fossile Energieträger verzichten und stattdessen auf erneuerbare Energien setzen.²⁵¹

*Am solaren, erneuerbaren Energiezeitalter führt letztlich kein Weg vorbei. Wer rechtzeitig einsteigt, wird auf der Gewinnerseite sein. Wer stur auf dem fossil-nuklearen Weg weitergeht, wird verlieren.*²⁵²

²⁴⁶ Vgl. Grüne Partei, Energie- und Klimaschutzprogramm, S. 14

http://www.gruene.at/uploads/media/gruenes_energieprogramm_web_03.pdf, entnommen am 13.2.09, 14:35 Uhr

²⁴⁷ Ebenda

²⁴⁸ Vgl. Grüne, Positionen, <http://www.gruene.at/umwelt/energiewende/>, o. S., entnommen am 3.1.09, 13:03 Uhr

²⁴⁹ Vgl. Grüne Partei, Grundsatzprogramm, 2001, S. 26

http://www.gruene.at/uploads/media/grundsatzprogramm2001_03.pdf, entnommen am 3.1.09, 12:58 Uhr

²⁵⁰ Grüne Partei, Grundsatzprogramm, 2001, S. 26

http://www.gruene.at/uploads/media/grundsatzprogramm2001_03.pdf, entnommen am 3.1.09, 12:58 Uhr

²⁵¹ Vgl. Grüne Partei, Position zum Klimaschutz,

<http://www.gruene.at/umwelt/klimaschutz/>, entnommen am 3.1.09, 13:09 Uhr

²⁵² Vgl. Grüne Partei, Position zur Energiewende, o. S.

<http://www.gruene.at/umwelt/energiewende/>, entnommen am 3.1.09, 13:03 Uhr

Auch im Wahlprogramm 2008 ist Atomkraft ein zentraler Punkt. Hier treten die Grünen für ein atomkraftfreies Europa und den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM Vertrag ein.²⁵³ Was wirtschaftlich-finanzielle Aspekte der Kernenergie betrifft, so heben die Grünen besonders die Subventionen hervor, die schon seit Jahren in die Kernenergie fließen – weltweit aber auch in Österreich. Ohne sie könnte die Atomindustrie nicht überleben, so die Grünen.²⁵⁴

6.2.2.3. Österreichische Volkspartei

Die ÖVP hat ein Klimapaket mit 21 Maßnahmen zum Klimaschutz zusammengestellt. Darin spricht sich die Partei für CO₂-arme Energiegewinnung aus. Zu Kernenergie wird in dem Papier allerdings nicht Stellung genommen.²⁵⁵ Auf Nachfrage heißt es, dass Energiegewinnung durch Atomkraftwerke für Österreich nicht in Frage kommt.²⁵⁶

*Die bestmögliche Energieversorgung Österreichs, mit leistbarer und umweltverträglich produzierter Energie, ist die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit mit Energie und die Reduktion der Importe von fossiler Energie setzen wir verstärkt auf erneuerbare Energieträger, inländische Energieerzeugung, auf Energiesparen sowie auf intensive Energieforschung und neue Energietechnologien. Kernenergie ist für Österreich keine Option.*²⁵⁷

Thematisiert wird die Kernenergie im Grundsatzpapier der Partei. Dort wird darauf hingewiesen, dass die Volkspartei die Nutzung der Kernenergie zur Energiegewinnung ablehnt. Argumentiert wird hier mit der Tatsache, dass man diese Art der Energiegewinnung derzeit noch nicht so gut beherrsche, dass man Risiken für Mensch und Umwelt ausschließen könne.²⁵⁸

²⁵³ Vgl. Grüne Partei, Wahlprogramm, 2008,

http://www.gruene.at/uploads/media/GRUENES_PR_WAHL08.pdf, entnommen am 23.9.08, 11:10 Uhr

²⁵⁴ Grüne Partei, Energie- und Klimaschutzprogramm, S. 13

http://www.gruene.at/uploads/media/gruenes_energieprogramm_web_03.pdf, entnommen am 13.2.09, 14:35 Uhr

²⁵⁵ Vgl. ÖVP, Klimapaket, www.oevp.at/Common/Downloads/Klimapaket_2007-10-04.pdf, entnommen am 23.9.08, 12:35 Uhr

²⁵⁶ Vgl. Boever-Schmidt, 20.11.2007, Email

²⁵⁷ Boever-Schmidt, 20.11.2007, Email

²⁵⁸ Vgl. ÖVP, Grundsatzprogramm, S. 21, <http://www.oevp.at/download/000298.pdf>, entnommen am 23.9.08, 11:20 Uhr

Gesetzt soll in Zukunft vor allem auf erneuerbare und umweltschonende Energieträger werden, die im Inland genutzt werden können. Angesprochen werden dabei vor allem Wasser-, Biomasse-, Sonnen- und Windenergie. Ziel soll es sein, letztlich nicht mehr von Energieimporten aus dem Ausland abhängig zu sein.²⁵⁹

Zum EURATOM-Vertrag wird weder im Maßnahmenpaket zum Klimaschutz noch im Grundsatzprogramm Stellung genommen.

6.2.2.4. Freiheitliche Partei

Im Freiheitlichen Parteiprogramm wird nicht auf Kernenergie Bezug genommen.²⁶⁰ Auch im Wahlprogramm 2008 wird nicht gesondert darauf eingegangen.²⁶¹ Nach einer Nachfrage bei der FPÖ-Parteizentrale wurde in einer Stellungnahme klar gegen die Nutzung der Atomkraft Position bezogen.²⁶² Diese Haltung wird auch im Wahlprogramm aus dem Jahr 2006 bestätigt, in dem sich die FPÖ für einen sofortigen Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag ausspricht.²⁶³ Verwiesen wurde auf die Nachfrage hin auch auf das Buch der Freiheitlichen Partei „Energie- und Lebensmittel: Konzerndiktatur oder Selbstbestimmung“. Auch darin wird die Ablehnung des EURATOM-Vertrages deutlich. Hervorgehoben werden vor allem die Kosten, die für Österreich damit verbunden sind und laut FPÖ 40 Millionen Euro pro Jahr betragen. Kernenergie ist laut FPÖ aus wirtschaftlich-finanzieller Sicht nicht zu befürworten. Setzt man auf Energieproduktion im Inland, bleibt die Wertschöpfung in der Region.²⁶⁴

Anstatt als Mitglied des EURATOM-Vertrages Atomenergie zu fördern, sollten die dafür verwendeten finanziellen Mittel stattdessen in die Forschung am Energiesektor in Österreich investiert werden. Nur so kann laut FPÖ ein Weg in Richtung Energieautonomie

²⁵⁹ Ebenda, S. 15

²⁶⁰ Vgl. FPÖ, Parteiprogramm, 2006, http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Wahlprogramm_FP__2006.pdf, entnommen am 3.1.09, 18:15 Uhr

²⁶¹ Vgl. FPÖ, Wahlprogramm, 2008, <http://www.hcstrache.at/09/?id=54>, entnommen am 2. 2. 2009

²⁶² Vgl. Nachtmann, 2007, Email vom 20.11.2007

²⁶³ Vgl. FPÖ, Wahlprogramm, 2006, S. 10, http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Wahlprogramm_FP__2006.pdf, entnommen am 3.1.09, 18:15 Uhr

²⁶⁴ Vgl. Hofer (Hrsg.), 2007, S. 85f.

eingeschlagen werden.²⁶⁵ Zu bedenken sei zudem, dass Uranvorkommen in Europa sehr begrenzt sind und man damit wieder von Importen abhängig wäre.²⁶⁶

Das immer wieder angeführte Argument, Atomkraft würde CO₂-armer Energieproduktion entgegenkommen, wird als Propagandalüge abgetan. Zudem sei zu bedenken, dass auch Uran nicht unendlich vorhanden sei.²⁶⁷

*Die FPÖ spricht der Kernenergie jede Zukunftsfähigkeit ab. (...) Alleine die zur Neige gehenden Uranressourcen sind ein Anlass, der Atomenergie eine nachhaltige Absage zu erteilen.*²⁶⁸

Der zentrale Grund für die Ablehnung der Kernenergie sind für die FPÖ allerdings die schrecklichen Auswirkungen, die mit einem Unfall in einem Atomkraftwerk verbunden sein können.²⁶⁹

*Das entscheidende Argument gegen Kernkraftwerke ist und bleibt aber in jedem Fall das hohe Sicherheitsrisiko, das mit dieser Technik verbunden ist. Aus diesen Gründen kann die Kerntechnik nicht als ernsthafte Alternative zu den wirklichen Alternativen – Biomasse, Solar, Geothermie und Co. betrachtet werden.*²⁷⁰

Im Zuge der Argumentation gegen Kernenergie fordert die FPÖ auch ein Verbot von Atomstromimporten.²⁷¹

6.3. Kernenergie in der Schweiz

Die Elektrizitätswirtschaft der Nachkriegszeit war in der Schweiz vom Gedanken an Wachstum geprägt. Kraftwerke bauen, Strom produzieren und verkaufen lautete die Devise. Diese Haltung wurde auch von der Gesellschaft befürwortet. Mit der zunehmenden Unrentabilität von hydraulischen Kraftwerken wurde nach anderen technischen Lösungen gesucht. Gesetzt wurde dabei zunächst auf konventionelle thermische Technik. Die

²⁶⁵ Vgl. Nachtmann, 2007, Email vom 20.11.2007

²⁶⁶ Vgl. Hofer (Hrsg.), 2007, S. 106

²⁶⁷ Ebenda

²⁶⁸ Nachtmann, 2007, Email vom 20.11.2007

²⁶⁹ Vgl. Hofer (Hrsg.), 2007, S. 106

²⁷⁰ Hofer (Hrsg.), 2007, S. 106, zit. nach: Holler-Bruckner, 2007, o. S.

²⁷¹ Vgl. Hofer (Hrsg.), 2007, S. 106

Umsetzung konventioneller thermischer Anlagen scheiterte jedoch immer wieder am Widerstand jener Bevölkerung, in deren unmittelbarer Nähe die Kraftwerke hätten errichtet werden sollen. Gleichzeitig wurde die Elektrizitätswirtschaft auf den zunehmenden marktwirtschaftlichen Erfolg von Atomkraftwerken in den USA aufmerksam.²⁷²

Befürwortet wurde Atomenergie zudem von der Regierung²⁷³ und jenen gesellschaftlichen Gruppierungen, die sich in der Vergangenheit gegen hydraulische und konventionell-thermische Kraftwerke ausgesprochen hatten.²⁷⁴

An Widerstand gegen Atomenergie war zur damaligen Zeit nicht zu denken. Im Jahr 1959 etwa beschloss die Bundesversammlung das Bundesgesetz über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz. Dieses spiegelte die positive Haltung gegenüber Atomenergie wieder und war darauf bedacht, der Atomindustrie im Lande keine Schwierigkeiten zu bereiten bzw. sie zu unterstützen. So wurde etwa die Höhe der Haftpflicht von Kernkraftwerksbesitzern auf 40 Millionen Franken begrenzt.²⁷⁵

Gegenstimmen wurden erstmals 1969 im Zusammenhang mit dem geplanten Kernkraftwerk Kaiseraugst laut.²⁷⁶ Ein Umstand, der das Entstehen von Auseinandersetzungen rund um das Thema Atomenergie befürwortet hat, sind die föderalistischen Strukturen der Schweiz. So hat sich etwa die Region Basel gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst ausgesprochen. Denn errichtet wäre die Anlage in Aargau worden, allerdings direkt an der Kantonsgrenze zu Basel. Die steuerlichen Vorteile wären demnach bei Aargau gelegen und Basel wäre jegliches Mitspracherecht bezüglich des Atomkraftwerks versagt geblieben. Betroffen wäre die Region rund um Basel ob der räumlichen Nähe aber ebenso gewesen.²⁷⁷

Als zentraler Grund für die Entwicklung von Protesten gilt ein grundlegender Wandel in der Gesellschaft. Die Energiegewinnung durch Atomkraftwerke wurde mit Umweltdebatten in Zusammenhang gebracht bzw. schlossen die Atomgegner in ihren Ausführungen an die Argumentationslinien der Gewässerschutzdebatte in der Schweiz in den 1960er Jahren an.²⁷⁸ Proklamiert wurde dabei die Bedrohung der Natur, etwa durch eine thermische Überbelastung der Flüsse.²⁷⁹ Die Menschen waren verstärkt mit den Auswirkungen der Umweltbelastung konfrontiert. Die Beziehung zwischen Mensch und Natur erfuhr eine Sensibilisierung.²⁸⁰

²⁷² Vgl. Kupper, 2003, S. 53f.

²⁷³ Ebenda, S. 56

²⁷⁴ Ebenda, S. 64

²⁷⁵ Vgl. Graf, in: Eisner et. al. 2003, S. 126

²⁷⁶ Vgl. Kupper, 2003, S. 105

²⁷⁷ Vgl. Graf, in: Eisner et. al. 2003, S. 127

²⁷⁸ Vgl. Kupper, 2003, S. 109 u. 293

²⁷⁹ Vgl. Graf, in: Eisner et. al. 2003, S. 134f.

²⁸⁰ Vgl. Kupper, 2003, S. 135

In den Jahren um 1970 fand eine grundlegende Neudefinierung der Beziehung des Menschen zu seiner natürlichen Umwelt statt. Innerhalb dieser (...) Wende veränderten sich die gesellschaftlichen Bezüge, innerhalb derer die Atomenergie gesehen wurde. Aus der Hoffnungsträgerin wurde innerhalb kürzester Zeit ein ökologischer und gesellschaftlicher Problemfall. Die eigentlichen Ursachen des Protestes liegen also in der Gesellschaft selbst (...). Die gesellschaftliche Orientierungskrise, die zu Beginn der 1970er Jahre aufkam, bildete den Rahmen, in dem der Konflikt um das AKW Kaiseraugst zur gesellschaftspolitischen Arena wurde. Als solche prägte sie die schweizerische Innenpolitik.²⁸¹

Aber nicht nur den politischen Bereich hat das Thema Kernenergie lange geprägt. Auch in den Medien fand eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik statt. Dabei ist eine hohe Korrelation zwischen politischen Aktivitäten und medialer Thematisierung festzustellen – zumindest bis in die achtziger Jahre. Auf politischer Ebene setzte man sich bis Mitte der achtziger Jahre ausführlich mit der Kernenergie auseinander – vor allem auf Grund strikt geregelter Bearbeitungsabläufe innerhalb des politischen Systems. In den Medien hingegen ließ das Interesse an Atomenergie mit Beginn der achtziger Jahre langsam nach.²⁸²

Mit dem Höhepunkt des Konfliktes rund um Kaiseraugst hat sich die Bewegung gegen Atomenergie jedenfalls grundlegend geändert. Sie hat eine Stärkung erfahren und aus lokalen Protestkundgebungen gegen Atomenergie ist eine bundesweite Widerstandsbewegung entstanden.²⁸³

Mit dem Umdenkprozess in der Gesellschaft ging einher, dass auch das einst so angestrebte Wachstum einer Neubewertung unterzogen wurde. An die Stelle von höher, größer und mehr trat die Philosophie von Lebensqualität und einem maßvollen Blick auf die Dinge.²⁸⁴ Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der ökologischen Debatte. Denn allein aus ökologischer Sicht und im Sinne eines umsichtigen Umgangs mit der Natur sind dem Wachstum Grenzen gesetzt.²⁸⁵

Die veränderte Haltung zur Kernenergie spiegelte sich auch auf rechtlicher Ebene wider. Im Jahr 1984 trat das neue Kernenergiehaftpflichtgesetz in Kraft, das besagt, dass Besitzer von

²⁸¹ Kupper, 2003, S. 293

²⁸² Vgl. Graf, in: Eisner et. al. 2003, S. 131f.

²⁸³ Vgl. Graf, in: Eisner et. al. 2003, S. 139, zit. nach Kriesi, 1982, S. 30

²⁸⁴ Vgl. Kupper, 2003, S. 138

²⁸⁵ Ebenda, S. 144

Kernkraftwerken im Schadensfall eine unbeschränkte Haftung trifft.²⁸⁶ Dies war auch schon im Jahr 1979 gefordert worden. Damals war die von Atomkraftgegnern ins Leben gerufene Initiative von der Bevölkerung allerdings mit 51,2 Prozent knapp abgelehnt worden.²⁸⁷

Das endgültige Aus für das umstrittene Kernkraftwerk Kaiseraugst bahnte sich im Jahr 1988 an. Drei atombefürwortende Parteien, nämlich CVP, FDP und SVP, haben sich gegen den Bau des Atomkraftwerks ausgesprochen.²⁸⁸ In der Folge einigten sich der Bund und die „Kernkraftwerk Kaiseraugst AG“ über die Nichtrealisierung des Kraftwerks. Die „Kernkraftwerk Kaiseraugst AG“ erhielt im darauf folgenden Jahr eine Entschädigung in der Höhe von 350 Millionen Franken. Damit war ein zentrales Streitobjekt der Schweizer Kernenergiediskussion vom Tisch.²⁸⁹

Nahe liegt in diesem Zusammenhang die Frage, ob letztlich der Reaktorunfall in Tschernobyl ausschlaggebend für die Einstellung des Projektes Kaiseraugst war. Dass der Zwischenfall im ukrainischen Atomkraftwerk an der Schweizer Bevölkerung und damit auch an den politischen Kräften des Landes nicht spurlos vorübergegangen ist, liegt auf der Hand. Das Ereignis selbst kann aber nicht als Grund für das Scheitern des Projektes angesehen werden. Vielmehr hatte es eine Art Verstärkerfunktion. Die in der Schweizer Gesellschaft ohnehin seit vielen Jahren vorhandenen antinuklearen Kräfte wurden erneut gestärkt. Auf Grund des seit vielen Jahren auf der politischen und medialen Tagesordnung stehenden Themas „Kernkraftwerk Kaiseraugst“ wurde Kernenergie in der Schweiz heftig diskutiert. Die Menschen waren sensibilisiert. Der Zwischenfall hat Atomgegner bestärkt, gesellschaftliche Kräfte mobilisiert und die Menschen zum Nachdenken angeregt.²⁹⁰

Verebbt ist die Kernenergiediskussion in der Schweiz damit aber noch lange nicht. Im Jahr 1990 fanden zwei von Atomkraftwerksgegnern ins Leben gerufene Initiativen statt: Die Volksinitiative „für den Ausstieg aus der Atomenergie“ und die Volksinitiative „Stopp dem Atomkraftwerksbau“. Während die Ausstiegsinitiative abgelehnt wurde, fand die Volksinitiative „Stopp dem Atomkraftwerksbau“ Zustimmung in der Bevölkerung. Die zentrale Forderung der angenommenen Initiative bestand in einem zehnjährigen Bewilligungsverbot für den Bau von Atomkraftwerken. Der Gedanke hinter dieser

²⁸⁶ Vgl. Graf, in: Eisner et. al. 2003, S. 126

²⁸⁷ Ebenda, S. 144

²⁸⁸ Vgl. Moser, in: Eisner et. al. 2003, S. 200

²⁸⁹ Vgl. Kupper, 2003, S. 277 u. 279

²⁹⁰ Ebenda, S. 281f.

zehnjährigen Unterbrechung im AKW-Bau war es, Zeit und Raum für eine Art Nachdenkpause zu schaffen.²⁹¹

Im Jahr 2003 hat sich die Schweizer Bevölkerung zum wiederholten Mal gegen einen Ausstieg aus der Atomenergie ausgesprochen. Gleichzeitig wurde gegen eine Verlängerung des Baustopps für Atomkraftwerke gestimmt.²⁹²

Im Jahr 2005 ist das neue und auch heute noch geltende Kernenergiegesetz in Kraft getreten. Darin hat man sich weiter für den Betrieb von Kernkraftwerken ausgesprochen.²⁹³

Grundsätzlich ist im Kernenergiegesetz die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Schweiz festgelegt – von den Voraussetzungen des Baus eines neuen Kernkraftwerks und den damit verbundenen Sicherheitsbestimmungen über den Betrieb und die Entsorgung radioaktiver Abfälle bis hin zur Stilllegung von Atomkraftwerken.²⁹⁴

Eine der Erneuerungen besteht beispielsweise darin, dass für die Baugenehmigung eines Kernkraftwerks nun nur mehr die Bewilligung des Bundes notwendig ist. Bisher hatte es der Zustimmung der betroffenen Kantone bedurft um Kernkraftwerke zu bauen. Auch auf kommunaler Ebene durfte es keine Einwände geben. Allerdings ist in Art. 48 des Kernenergiegesetzes festgelegt, dass die Rahmenbewilligung für den Bau von Kernkraftwerken einem fakultativen Referendum unterliegt. Zudem besteht ein Referendumsrecht gegen die Errichtung von Endlagern für Atommüll. Neu ist außerdem die Festlegung eines Moratoriums bezüglich der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente – vorerst für zehn Jahre, mit der Möglichkeit der Verlängerung um weitere zehn Jahre.²⁹⁵

Verstummt sind die Debatten rund um Kernenergie in der Schweiz bis heute nicht.²⁹⁶ Allerdings werden in den heutigen Diskussionen zur Kernenergie andere Argumentationsschwerpunkte gesetzt.²⁹⁷ Zentrale Aspekte sind beispielsweise die

²⁹¹ Vgl. Moser, in: Eisner et. al. 2003, S. 208

²⁹² Vgl. Stiftung Risiko Dialog, in: riskBrief, 2005, S. 1

²⁹³ Vgl. Bundesamt für Energie, <http://www.bfe.admin.ch/themen/00544/00550/index.html?lang=de>, entnommen am 25.10.08, 19:34 Uhr

²⁹⁴ Vgl. Swissnuclear, http://www.atomenergie.ch/de/kernenergie-gesetz.html#anchor_MQSOVK, entnommen am 25.10.08, 19:47 Uhr

²⁹⁵ Vgl. Bundesversammlung der Schweizer Eidgenossenschaft, <http://www.admin.ch/ch/d/as/2004/4719.pdf>, entnommen am 25.10.08, 18:01 Uhr

²⁹⁶ Vgl. Kupper, 2003, S. 105

²⁹⁷ Vgl. Kupper, in: riskBrief, 2005, S. 1

klimafreundliche und damit CO₂-arme Energiegewinnung sowie das Problem der Endlagerung radioaktiver Stoffe.²⁹⁸

In den Vordergrund gerückt ist in der Kernenergie Diskussion beispielsweise auch die drohende Energieversorgungslücke in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts. Der Grund: Neben Wasserkraft ist die Kernenergie das zweite zentrale Element in der Schweizer Energieversorgung. Rund 40 % des Strombedarfs werden derzeit durch Atomstrom gedeckt.²⁹⁹ Allerdings wird etwa ein Drittel des Atomstroms aus dem Ausland importiert.³⁰⁰ Diese Importverträge laufen in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts aus. Zudem kommt, dass gleichzeitig die drei ältesten der insgesamt fünf Schweizer Kernkraftwerke stillgelegt werden sollen – und zwar Beznau I und II sowie Mühleberg.³⁰¹

6.3.1. Haltung in der Gesellschaft

Aus der Darstellung der Entwicklung der Kernenergie Diskussion in der Schweiz geht bereits hervor, dass es sich hierbei um ein viel strapaziertes Thema handelt, bei dem von Einigkeit keine Rede sein kann. Eine Aufweichung der Fronten hat sich bis heute nicht eingestellt. Nach wie vor stehen einander vehemente Befürworter und strikte Gegner der Atomenergie gegenüber. Die Atomlobby ist in der Schweiz nach wie vor sehr stark vertreten. Erst im Juni 2008 hat der Stromkonzern Atel ein Gesuch für ein neues Kraftwerk in Gösgen eingereicht und damit wiederholt Gegner und Befürworter auf den Plan gerufen.

Die Uneinigkeit bezüglich der Energiegewinnung durch Atomkraftwerke spiegelt sich auch in aktuellen Befragungen der Schweizer Bevölkerung wider. An dieser Stelle möchte ich näher auf zwei Befragungen eingehen. Eine wurde von dem Marktforschungsinstitut Demoscope im Oktober 2008 im Auftrag der Stromwirtschaft durchgeführt.³⁰² Die andere wurde vom Bundesamt für Energie in Auftrag gegeben und im Juli 2008 durchgeführt.³⁰³ Befragt wurden

²⁹⁸ Ebenda

²⁹⁹ Vgl. Schöneberg, 2008, S. 183

³⁰⁰ Vgl. Bundesamt für Energie,

<http://www.bfe.admin.ch/energie/00588/00589/00644/index.html?lang=de&msg-id=16105>, entnommen am 25.10.08, 16:39 Uhr

³⁰¹ Vgl. Schöneberg, 2008, S. 183

³⁰² Vgl. Eckwertstudie, 2008

http://www.swissnuclear.ch/upload/cms/user/MM_Eckwertstudie_20081.pdf, entnommen am 29.1.09 Uhr

³⁰³ Vgl. Federal Departement of the Environment: Attitudes towards radioactive waste in Switzerland. Report. Tns opinion, 2008.

<http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/13146.pdf>, entnommen am 26.10.08, 16:03 Uhr

jeweils Personen aus allen Regionen der Schweiz. In der Studie des Bundesamtes für Energie wurden rund 1000³⁰⁴, in der Studie der Stromwirtschaft rund 2000 Menschen befragt.³⁰⁵ Trotz des Unterschiedes in der Anzahl der Befragten können beide Umfragen als repräsentativ gelten, da beide Grundgesamtheiten an Befragten ausreichend groß gewählt wurden. Zwar kann die unterschiedliche Anzahl an Befragten Auswirkungen auf die Umfrageergebnisse haben, allerdings handelt es sich maximal um wenige Prozentpunkte, auf die grundsätzlichen Ergebnisse ergeben sich dadurch aber keine nennenswerten Auswirkungen.

Auf den ersten Blick scheinen sich die Umfrageergebnisse von Grund auf zu unterscheiden. Während die Umfrage aus dem Sommer 2008 zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung eine skeptische Haltung gegenüber Kernenergie einnimmt, bescheinigt die Studie der Stromwirtschaft vom Oktober 2008 zunehmendes Vertrauen in die Kernenergie.

Grundsätzlich betont die letztgenannte Studie die positive Entwicklung bezüglich der Haltung zu Kernenergie im Vergleich zu den vergangenen Jahren. Laut Eckwertstudie erachten über 70 % der Befragten Atomenergie für notwendig, um die Stromversorgung in der Schweiz zu sichern. Um die Stromversorgung aufrecht zu erhalten, sprechen sich 52 Prozent der Befragten für den Bau eines neuen Atomkraftwerkes aus. Allerdings glauben 51,9 Prozent gleichzeitig, dass sich das Schweizer Volk bei einer Abstimmung am kommenden Wochenende gegen neue Kernkraftwerke aussprechen würde.³⁰⁶

Demgegenüber stehen die Ergebnisse der Umfrage im Auftrag des Bundesamtes für Energie. Laut dieser Befragung tendieren 52 Prozent der Schweizer Bevölkerung dazu, Kernenergie abzulehnen oder lehnen sie zur Gänze ab.³⁰⁷ Die größten Nachteile der Kernenergie liegen laut der Umfrage im Unfallrisiko und in der Gefahr von terroristischen Anschlägen.³⁰⁸ Gleichzeitig werden aber auch die Vorteile der Kernenergie gesehen.³⁰⁹

The results show, that the vast majority of the Swiss public think that nuclear power allows European countries to diversify their energy sources (66%), that it is advantageous because it emits less greenhouse gases than, for instance, oil and coal (65%) and decreases their dependency on oil (57%).³¹⁰

³⁰⁴ Ebenda

³⁰⁵ Vgl. Eckwertstudie 2008, S. 1f.

³⁰⁶ Ebenda

³⁰⁷ Vgl. Federal Departement of the Environment, Report, 2008. S. 5

³⁰⁸ Ebenda, S. 20

³⁰⁹ Ebenda, S. 13, 15 u. 17

³¹⁰ Federal Departement of the Environment, Report, 2008. S. 12

Besonders wichtig ist den Befragten das Finden einer Lösung bezüglich der Endlagerung radioaktiver Abfälle. 97 Prozent sind der Meinung, dass dies möglichst rasch passieren muss und keinesfalls späteren Generationen überlassen werden darf. 77 Prozent glauben aber gleichzeitig, dass es keinen absolut sicheren Weg gibt, radioaktive Abfälle zu entsorgen.³¹¹ Wichtig ist es der Bevölkerung auch, selbst in Entscheidungsprozesse eingebunden zu werden – etwa bezüglich der Standortauswahl eines geologischen Tiefenlagers für radioaktive Abfälle.³¹²

Bei genauerer Betrachtung der beiden Umfragen stößt man allerdings durchaus auf Ergebnisse, die nicht grundsätzlich voneinander abweichen. In der Umfrage aus dem Jahr 2008 lehnen 52 Prozent der Befragten Kernenergie ab. Laut der Umfrage aus dem Jahr 2007 glauben 51,9 Prozent der Befragten, dass sich das Schweizer Volk bei einer Abstimmung am kommenden Wochenende gegen neue Kernkraftwerke aussprechen würde. Zwar sprechen sich 52 Prozent der Befragten gleichzeitig für den Bau eines neuen Atomkraftwerkes aus, um die Stromversorgung aufrecht zu erhalten. Allerdings heißt das ja auch, dass 48 Prozent den Bau eines Kernkraftwerks ablehnen. Die Tatsache, dass laut Eckwertstudie über 70 Prozent der Befragten Atomenergie für notwendig erachten, um die Stromversorgung in der Schweiz zu sichern, sagt nicht notwendigerweise etwas über die Haltung zu Atomenergie aus. Denn derzeit stammen 40 Prozent der Schweizer Energie aus Kernkraftwerken. So ist Kernenergie im Moment zweifellos notwendig, um die Stromversorgung aufrecht zu erhalten. Die Bewertung dieses Faktums ist hier allerdings nicht definitiv enthalten.

Die aktuellen Meinungsumfragen bestätigen damit, dass Atomenergie bis heute eine Thematik ist, bei der sich in der Schweizer Gesellschaft die Geister scheiden. Patrick Kupper hat in seinem 2006 erschienen Buch „Atomenergie und gesplante Gesellschaft“ diagnostiziert, dass der geplante Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst ein Streitgegenstand ersten Ranges war, der die Gesellschaft gespalten hat – und diese Uneinigkeit kennzeichnet die Schweizer Gesellschaft auch heute noch.

6.3.2. Politische Positionen zur Kernenergie in der Schweiz

Um zu untersuchen, inwieweit sich die politischen Positionen zum Thema Kernenergie in der Berichterstattung widerspiegeln, sollen im Folgenden auch die Haltungen und

³¹¹ Ebenda, S. 24

³¹² Ebenda, S. 39

Argumentationslinien einzelner politischer Parteien in der Schweiz näher beleuchtet werden. Besprochen werden sollen jene Parteien, die bei den vergangenen Wahlen im Jahr 2007 in den Bundesrat gewählt wurden und somit zu den stimmenstärksten Parteien zählen. Grundsätzlich lehnen in der Schweiz sozial und grün orientierte Parteien Kernenergie ab. Volkspartei und Liberale sprechen sich dafür aus. Die Christdemokraten geben sich in der Frage der Kernenergie eher reserviert, wollen sie die Option aber prinzipiell offen halten.³¹³

6.3.2.1. Soziale Partei

Die Soziale Partei der Schweiz spricht sich definitiv gegen neue Atomkraftwerke und damit für einen Ausstieg aus der Atomenergie aus. Sie vertritt die Überzeugung, dass die bestehenden Kernkraftwerke durch eine Kombination von erneuerbaren Energien ersetzt werden können – auch unter der Annahme eines steigenden Energieverbrauchs.³¹⁴

*Bis zum Jahr 2030 ist eine Diversifikation der Stromerzeugung zu erwarten. An die Stelle des Tandems Wasserkraft/Atomenergie tritt eine Vielzahl neuer Techniken. (...) Die Hauptbeiträge leisten in Zukunft neben der Wasserkraft die Biomasse, Geothermie und Windenergie.*³¹⁵

Im Hinblick auf eine künftige Energiepolitik spielt für die SP aber gleichzeitig die Energieeffizienz eine wesentliche Rolle. Denn je geringer der Stromverbrauch ist, desto weniger muss produziert werden und das wiederum erleichtert die Versorgung mit erneuerbaren Energien. So wird neben den genannten erneuerbaren Energien auch auf Effizienzgewinne aus einer Bestgeräte-Strategie und durch den Ersatz von Elektro-Widerstandsheizungen gesetzt.³¹⁶ Die Energieversorgung der Schweiz sieht die SP auch ohne Strom aus neuen Kernkraftwerken nicht gefährdet. So könnte laut der Sozialen Partei das letzte Atomkraftwerk schon 2024 geschlossen werden.

³¹³ Vgl. Lenzin, 2007, S. 11

³¹⁴ Vgl. Rechsteiner, 2006, S. 3, http://www.rechsteiner-basel.ch/uploads/media/Studie_RR_Vollversorgung_EE_def.pdf, entnommen am 22.11.07, 18:06 Uhr

³¹⁵ Rechsteiner, 2006, S. 10, http://www.rechsteiner-basel.ch/uploads/media/Studie_RR_Vollversorgung_EE_def.pdf, entnommen am 22.11.07, 18:06 Uhr

³¹⁶ Vgl. Rechsteiner, 2006, S. 7, http://www.rechsteiner-basel.ch/uploads/media/Studie_RR_Vollversorgung_EE_def.pdf, entnommen am 22.11.07, 18:06 Uhr

6.3.2.2. Freisinnige Demokratische Partei

Die FDP weist in ihrem Energiepapier auf das in der Bundesverfassung verankerte Hauptziel der Schweizer Energiepolitik hin. Dieses besteht in der³¹⁷

*...Gewährleistung einer ausreichenden, breit gefächerten, sicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung sowie eines sparsamen und rationellen Energieverbrauchs.*³¹⁸

Aus Sicht der FDP ist der derzeitige Strommix der Schweiz sowohl wirtschaftlich und technisch als auch ökologisch sinnvoll. Ein wichtiges Ziel – vor allem angesichts der aktuellen Knappheitsverhältnisse und der politisch instabilen Regionen, aus denen Erdgas und Erdöl bezogen werden – ist die Versorgungssicherheit der Schweiz.³¹⁹ In diesem Sinne plädiert die FDP dafür, sich für die Zukunft alle Optionen offen zu halten. Dazu gehört auch die Kernenergie. Vor allem im Hinblick auf die drohende Versorgungslücke ab dem Jahr 2020 und der Notwendigkeit einer CO₂-armen Energieproduktion sollte möglichst schnell der Bau eines neuen Kernkraftwerks in Angriff genommen werden, argumentiert die FDP. Für die FDP ist die Kernenergie neben der Wasserkraft und erneuerbaren Energien das dritte zentrale Element der Schweizer Energiepolitik. Der hohe Standard und die strengen Kontrollen würden außerdem ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleisten. Um die Akzeptanz der Kernenergie zu fördern, erachtet es die FDP zudem als notwendig, die Entwicklung neuer Kernkraftwerkstypen zu forcieren, bei denen ein besonderes Augenmerk auf die Aspekte Ressourcenschonung, Sicherheit und Abfallreduktion gelegt wird.³²⁰ Gleichzeitig betont die FDP, dass die Frage der Abfallentsorgung dringend gelöst werden muss. Die geologischen Gegebenheiten in der Schweiz ermöglichen die Errichtung eines Tiefenlagers. Somit sollte ein solches Tiefenlager zur Endlagerung nuklearer Abfälle errichtet werden.³²¹

³¹⁷ Vgl. FDP, Energiepapier, 2006, S. 3,

<http://fdp.ch/platform/content/element/68602/NachhaltigeEnergie.pdf> entnommen am 21.11.07, 16:20 Uhr

³¹⁸ FDP, 2006, S. 3, <http://fdp.ch/platform/content/element/68602/NachhaltigeEnergie.pdf> entnommen am 21.11.07, 16:20 Uhr

³¹⁹ Vgl. FDP, Energiepapier, 2006, S. 2-4, <http://fdp.ch/platform/content/element/68602/NachhaltigeEnergie.pdf> entnommen am 21.11.07, 16:20 Uhr

³²⁰ Ebenda, S. 5-7

³²¹ Ebenda, S. 7f.

6.3.2.3. Schweizer Volkspartei

Die Schweizer Volkspartei will auch in Zukunft auf den derzeitigen Strommix des Landes setzen. Die Kombination aus Wasserkraft und Kernenergie hat sich bewährt und ist sicher – deshalb sollen diese Arten der Energiegewinnung auch ausgebaut werden, so die SVP. Gleichzeitig entspricht dieser Strommix den Anforderungen einer CO₂-neutralen Energiegewinnung.³²²

Wie die FDP argumentiert auch die SVP mit der ab 2020 drohenden Lücke in der Stromversorgung. Der geplanten Abschaltung der Kraftwerke Beznau I und II sowie Mühleberg und dem gleichzeitig steigenden Stromverbrauch müsse Rechnung getragen werden – und zwar unter anderem mit der Errichtung neuer Kernkraftwerke.³²³ In diesem Zusammenhang weist die SVP auf die im internationalen Vergleich sehr hohen Sicherheitsstandards der Schweizer Kernkraftwerke hin.³²⁴

Zudem müsse auf Grund der unsicheren politischen Weltlage auf den Ausbau der Stromversorgung im Inland gesetzt werden. Die SVP bezieht sich dabei auf Konflikte im arabischen Raum und auch auf Russland, das seine reichhaltigen Öl- und Gasvorkommen immer wieder benutzt, um politische und finanzielle Interessen durchzusetzen.³²⁵

*In einer solchen Situation muss das Hauptziel unseres Landes auf einer günstigen und sicheren Versorgung liegen. Der Abbau der Energieabhängigkeit vom Ausland sollte deshalb oberste Priorität genießen. Denn eine nicht gesicherte, vom Ausland abhängige Energiepolitik gefährdet den wirtschaftlichen Aufschwung und damit auch Arbeitsplätze.*³²⁶

Das für den Betrieb von Kernkraftwerken benötigte Uran kommt zwar in der Schweiz nicht vor, stammt allerdings aus politisch stabilen Ländern, wie etwa Australien oder Kanada. Mit ihnen hat die Schweiz langfristige Lieferverträge abgeschlossen.³²⁷ Bestehende Kernkraftwerke sollen nach Meinung der SVP so lange betrieben werden, wie ihre Sicherheit gewährleistet werden kann. Neue Auflagen soll es nicht geben.

³²² Vgl. SVP, Positionspapier, 2006, S.3, <http://www.udc.ch/file/060721-energiepapier-d.pdf>, entnommen am 21.11.07, 10:35 Uhr

³²³ Ebenda, S. 4 u. 9

³²⁴ Ebenda, S. 8

³²⁵ Ebenda, S. 5

³²⁶ SVP, Positionspapier, 2006, S. 5, <http://www.udc.ch/file/060721-energiepapier-d.pdf>, entnommen am 21.11.07, 10:35 Uhr

³²⁷ Vgl. SVP, Positionspapier, 2006, S. 8, <http://www.udc.ch/file/060721-energiepapier-d.pdf>, entnommen am 21.11.07, 10:35 Uhr

Die Endlagerung radioaktiver Abfälle ist laut SVP lediglich aus politischen Gründen noch nicht gelöst. Aus wissenschaftlicher Sicht wäre die Einrichtung von Endlagern in der Schweiz möglich. Die SVP tritt für eine rasche Klärung der Endlagerungsdiskussion ein. Den Atomausstieg von der Endlagerungsfrage abhängig zu machen, lehnt die SVP definitiv ab.³²⁸

Laut SVP soll Strom auch preisgünstig sein, denn eine Verteuerung des Stroms – etwa durch Steuern und Abgaben – würde ebenso wie die Abhängigkeit vom Ausland das wirtschaftliche Wachstum der Schweiz und damit auch Arbeitsplätze im Land gefährden.³²⁹

Ein weiteres Argument für eine Kombination aus Wasserkraft und Kernenergie ist laut SVP, dass so eine CO₂-arme Stromproduktion möglich ist. Das schützt die Umwelt und fördert die wirtschaftliche Attraktivität der Schweiz.³³⁰

Angesichts des Zieles einer umweltfreundlichen Stromproduktion spricht sich die SVP auch nicht grundsätzlich gegen den Einsatz von erneuerbaren Energien aus. Allerdings geht die Schweizer Volkspartei davon aus, dass dem Einsatz erneuerbarer Energien - zumindest in den nächsten Jahrzehnten - Grenzen gesetzt sind.³³¹

6.3.2.4. Christlichdemokratische Volkspartei

Die Christdemokraten gehen in der Schweiz grundsätzlich davon aus, dass das Land in absehbarer Zukunft nicht auf Kernkraftwerke verzichten kann. Sie sprechen sich allerdings nicht für den Bau von zusätzlichen Kraftwerken aus. Vielmehr sollten bestehende Kraftwerke, die über kurz oder lang ausgedient haben, ersetzt werden. Damit würde die Anzahl der Kraftwerke letztlich gleich bleiben. Trotzdem müsse mit dem Bau der neuen Kernkraftwerke auf Grund sehr langer Planungs- und Realisierungsphasen sowie Bewilligungsverfahren so rasch wie möglich begonnen werden. Nur so könne laut CVP ein Versorgungsengpass im Energiebereich vermieden werden. Gleichzeitig wird betont, dass es mit dem Neubau von Kraftwerken einer raschen Entscheidung in der Frage der Entsorgung von radioaktiven Abfällen bedarf.³³²

Die Nutzung der Kernenergie steht für die CVP nicht im Widerspruch zur Förderung erneuerbarer Energien. Genannt werden hier vor allem Windkraft, Biomasse und Geothermie.

³²⁸ Ebenda, S. 9

³²⁹ Ebenda, S. 3

³³⁰ Ebenda

³³¹ Ebenda, S. 6f.

³³² Vgl. CVP, Energiepapier, 2007, S. 17, <http://www.cvp.ch/upload/prj/document/Fraktion-Energiepapier-d.pdf>, entnommen am 21.11.07, 16:42 Uhr

Als weiteres zentrales Standbein in der Energieversorgung der Schweiz will die CVP in Zukunft auch auf Wasserkraft setzen.³³³

*Gemäß dem (...) Bundesamt für Energie wird sich der Stromkonsum bis 2035 um 23% erhöhen (...) Ein sinnvoller Strommix für das Jahr 2035 besteht damit für die CVP Fraktion aus 55 % Wasserkraft, 35 % Kernkraft und einer Steigerung der neuen erneuerbaren Energien auf mindestens 10 Prozent.*³³⁴

6.3.2.5. Bürgerlich Demokratische Partei

Ein zentrales Anliegen der bürgerlich demokratischen Partei ist die Sicherstellung der Energieversorgung der Schweiz. Begründet wird dies mit der Tatsache, dass Energie heute in allen Lebensbereichen benötigt wird - egal ob im Privatbereich oder im Berufsleben.³³⁵

*Eine ausreichende, wirtschaftliche, vielseitige und umweltschonende Energieversorgung bildet deshalb die Voraussetzung für eine prosperierende Entwicklung der Volkswirtschaft.*³³⁶

Befürwortet werden von der BDP dabei Erneuerbare Energien genauso wie die Förderung der Energieeffizienz.³³⁷ Der Energiegewinnung durch Kernkraftwerke steht die bürgerlich demokratische Partei positiv gegenüber. Sie spricht sich für den Ersatz von älteren Kernkraftwerken durch neue Kraftwerke aus. Zentrale Argumente für Kernenergie sind für die BDP die Versorgungssicherheit und der Klimaschutz. Denn nur mit Kernkraftwerken kann neben der Versorgungssicherheit auch die Erreichung der CO₂-Reduktionsziele gewährleistet werden.³³⁸ Forciert soll laut BDP zudem die Energiegewinnung im eigenen Land werden.³³⁹

Eine Abstützung der Energieversorgung auf Importen ist nicht erstrebenswert, weil bei dieser Lösung die Investitionen und die Wertschöpfung exportiert

³³³ Ebenda, S. 16

³³⁴ CVP, Energiepapier, 2007, S. 5, <http://www.cvp.ch/upload/prj/document/Fraktion-Energiepapier-d.pdf>, entnommen am 21.11.07, 16:42 Uhr

³³⁵ Vgl. BDP, Positionspapier, <http://www.bdp.info/index.php?page=110>, entnommen am 7.2.09, 19:15 Uhr

³³⁶ BDP, Positionspapier, <http://www.bdp.info/index.php?page=110>, entnommen am 7.2.09, 19:15 Uhr

³³⁷ Vgl. BDP, Positionspapier, <http://www.bdp.info/index.php?page=110>, entnommen am 7.2.09, 19:15 Uhr

³³⁸ Vgl. BDP, Medienmitteilung, http://bdp-be.info/media/archive1/pdf_doc/mm_081211.pdf, entnommen am 7.2.09, 19:23 Uhr

³³⁹ Vgl. BDP, Positionspapier, <http://www.bdp.info/index.php?page=110>, entnommen am 7.2.09, 19:15 Uhr

würden und bei Versorgungsengpässen Lieferschwierigkeiten zu erwarten wären.³⁴⁰

Zusätzlich zu den Bundesratsparteien soll an dieser Stelle noch auf die Grüne Partei eingegangen werden. Sie zählt zwar nicht zu den stimmenstärksten Parteien, nimmt aber gerade im Atomenergiekonflikt eine wichtige Rolle ein.

6.3.2.6. Grüne Partei

Die Grünen treten für eine grundlegende Energiewende in der Schweiz ein. Sie fordern die Vollversorgung der Schweiz mit erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050.³⁴¹

*Fossile Energieträger und Atomenergie sollen vollständig durch Sonnenenergie, Windenergie, Wasserkraft, Biomasse/Biogas und Geothermie ersetzt werden. Erneuerbare Energieträger sind nicht gefährlich, können umweltfreundlich genutzt werden, lassen sich dezentral installieren, schaffen neue Arbeitsplätze und lassen sich auch problemlos rückbauen, sollten sie nicht mehr gebraucht werden.*³⁴²

Ein rascher Atomausstieg ist für die Grüne Partei der Schweiz sowohl aus ökonomischer als auch aus sicherheitspolitischer Sicht ein Muss³⁴³ – allerdings muss er, um auch tatsächlich umgesetzt werden zu können, rechtzeitig vorbereitet werden.³⁴⁴

Gleichzeitig fordern die Grünen eine Senkung des Energieverbrauchs um zwei Drittel. Erreicht werden soll dies durch die effizientere Nutzung von Energie – im Haushalt und im Verkehr genauso wie in der Industrie oder im Dienstleistungsbereich. Im technologischen Bereich soll auf effizientere Techniken und Verfahren umgestellt werden.³⁴⁵

Zentrale Kritikpunkte der Grünen in Sachen Atompolitik sind, dass es einerseits keine definitiv festgelegten Abschaltkriterien für die Atomkraftwerke in der Schweiz gibt und dass

³⁴⁰ BDP, Positionspapier, <http://www.bdp.info/index.php?page=110>, entnommen am 7.2.09, 19:15 Uhr

³⁴¹ Vgl. Grüne, Grundlagenpapier zur Energiepolitik, 2005, S. 4

http://www.gruene.ch/d/pdf/klima_grundlagenpapier_energiepolitik_d.pdf, entnommen am 25.11.08, 15:43 Uhr

³⁴² Grüne, Grundlagenpapier zur Energiepolitik, 2005, S. 5

http://www.gruene.ch/d/pdf/klima_grundlagenpapier_energiepolitik_d.pdf, entnommen am 25.11.08, 15:43 Uhr

³⁴³ Vgl. Grüne, Grundlagenpapier zur Energiepolitik, 2005, S. 10

http://www.gruene.ch/d/pdf/klima_grundlagenpapier_energiepolitik_d.pdf, entnommen am 25.11.08, 15:43 Uhr

³⁴⁴ Ebenda, S. 5

³⁴⁵ Ebenda, S. 19

die Endlagerung radioaktiver Abfälle noch nicht gelöst ist. Der Beschluss eines Lagerkonzeptes müsse sowohl von der Gesellschaft als auch von politischer Seite mitgetragen werden. Dabei ist es für die Grünen von zentraler Bedeutung, dass das Entscheidungsverfahren über den Standort transparent abläuft. Die Bevölkerung muss umfassend informiert sein und das Recht zur Mitbestimmung haben. Zudem sei es Teil einer umfassenden Entsorgungsstrategie, die Atommüllproduktion an sich zu verringern. Die Grüne Partei der Schweiz tritt in diesem Sinne in einem ersten Schritt für den Ausstieg aus der Atomenergie ein. In der Folge sei dann die Lagerfrage zu klären.³⁴⁶

6.4. Zusammenfassende Betrachtung der politischen Positionen in Österreich und der Schweiz

Aus der Darstellung der Positionen der politischen Parteien zur Kernenergie in Österreich und der Schweiz wird grundsätzlich deutlich, dass Kernenergie in Österreich einstimmig abgelehnt wird, während die Technik unter den Parteien in der Schweiz umstritten ist.

Trotz aller Unstimmigkeit ist das zentrale Argument, das in der Schweiz immer wieder in die Diskussion eingebracht wird die Energiesicherheit. Während SVP, CVP, FDP und BDP die Meinung vertreten, die drohende Stromversorgungslücke könnte nur mit Kernenergie verhindert werden, sind SP und Grüne davon überzeugt, dass man auf Erneuerbare Energien und Energieeffizienz setzen sollte.

Ausschlaggebend für die Ablehnung der Kernenergie in Österreich ist in erster Linie das Risiko, das mit der Technologie verbunden ist. Jede Partei bringt sicherheitstechnische Überlegungen in die Diskussion ein. Aufgegriffen wird dabei die Sicherheit der Technologie selbst, die Entsorgung des radioaktiven Abfalls oder auch die Bedrohung, die von Atomkraftwerken im Falle eines Terroranschlages ausgeht. Sicherheitstechnische Überlegungen fließen – wenn auch nicht so häufig – auch in der Schweiz in die Diskussion mit ein. Argumentiert wird dabei allerdings aus einem anderen Blickwinkel. Denn im Gegensatz zu den Risiken der Kernenergie werden in der Schweiz verstärkt die guten sicherheitstechnischen Standards der dortigen Atomkraftwerke hervorgehoben.

³⁴⁶ Ebenda, S. 10

Wirtschaftlich-finanzielle Überlegungen stehen grundsätzlich nicht im Mittelpunkt der Diskussion – weder in Österreich noch in der Schweiz. Im Sinne einer Befürwortung der Atomenergie wird hier etwa argumentiert, dass Kernenergie wirtschaftlich sinnvoll sei.

Atomgegner fordern, dass nicht Kernenergie sondern Erneuerbare Energien verstärkt subventioniert werden sollten.

Umweltspezifische Überlegungen stehen sowohl in Österreich als auch in der Schweiz hoch im Kurs. Dass CO₂ reduziert und damit das Klima geschont werden muss ist unumstritten – der Weg dies zu erreichen allerdings weniger. Während für jene Parteien in der Schweiz, die Kernenergie befürworten ein klarer Vorteil der Technik darin liegt, dass sie CO₂-arme Stromproduktion ermöglicht, lassen die Parteien in Österreich dieses Argument nicht gelten. Argumentiert wird hier einerseits damit, dass bei der Urangewinnung und Uranaufbereitung CO₂ erzeugt wird. Andererseits wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die Uranvorräte begrenzt seien und man mit den vorhandenen Ressourcen fossile Energiequellen nicht zur Gänze ersetzen kann.

7. KONZEPTION DER UNTERSUCHUNG

Die Einführung von neuen Technologien ist in einer demokratischen Gesellschaft nicht möglich, ohne dass darüber ausführlich diskutiert wird. Vor- und Nachteile werden einander gegenüber gestellt, Chancen und Risiken debattiert.³⁴⁷ Die Vergangenheit allerdings hat gezeigt, dass die Tatsache, dass eine Technik dann auch tatsächlich zum Einsatz kommt, nicht heißt, dass über den Einsatz Einigkeit herrscht und von allen diskutierenden Parteien bzw. potentiell Betroffenen befürwortet wird. Ein Paradebeispiel hierfür ist sicherlich Kernenergie. Der Einsatz von Kernenergie hat in vielen Ländern zu hitzigen Diskussionen zwischen Gegnern und Befürwortern geführt.

Zudem gilt Kernenergie, wie bereits weiter oben ausgeführt, als klassisches Risikothema schlechthin. Risikokommunikation hat sich in den 80er Jahren in Zusammenhang mit den Debatten rund um Großtechnologien wie Kernenergie entwickelt.³⁴⁸

Obwohl Atomenergie mittlerweile seit vielen Jahren in unzähligen Ländern genutzt wird und der Höhepunkt der Diskussionen und Proteste überschritten ist, ist die Debatte darüber keineswegs verstummt. Vor allem Zwischenfälle in Atomkraftwerken sorgen immer wieder für Diskussionen. Vor dem besprochenen theoretischen Hintergrund zur Thematik soll im Rahmen der vorliegenden Arbeit nun untersucht werden, wie sich die mediale Diskussion über das wegweisende Thema der Risikokommunikation heute gestaltet. Was die Untersuchung dieses Diskurses betrifft, werden aus jeweils einer überregionalen Tageszeitung in Österreich und in der Schweiz Artikel analysiert. Konkret sollen aus Österreich die Zeitung *Der Standard* und aus der Schweiz die *Neue Zürcher Zeitung* (als einzige in der Österreichischen Nationalbibliothek erhältliche Schweizer Tageszeitung) untersucht werden. Der Untersuchungszeitraum wird in beiden Ländern von unabhängigen Ereignissen abhängig gemacht, die das Thema Kernkraft betreffen und zu einer verstärkten Thematisierung der Materie geführt haben.

Wie bereits in Kapitel 2 dargelegt, besteht das konkrete Erkenntnisinteresse der Arbeit darin herauszufinden, inwieweit sich die unterschiedlichen politischen Haltungen der beiden Länder Österreich und Schweiz zum Risikothema Kernenergie in der Medienberichterstattung der beiden Länder widerspiegeln.

³⁴⁷ Vgl. Wiedemann et.al., in: Jungermann et.al., 1990, S. 2

³⁴⁸ Vgl. Mayr/Schütz, 2004, S. 2

7.1. Forschungsfragen und Hypothesen

Entsprechend des zentralen Erkenntnisinteresses der Arbeit lautet die übergeordnete leitende Forschungsfrage wie folgt:

Inwieweit spiegeln sich die unterschiedlichen politischen Haltungen der beiden Länder Österreich und Schweiz zum Risikothema Kernenergie in der Medienberichterstattung der beiden Länder wider?

Die der Arbeit zu Grunde liegende leitende Hypothese lautet folgendermaßen:

Wenn die politischen Vertreter der beiden Länder Österreich und Schweiz zum Risikothema Kernenergie eine unterschiedliche Haltung vertreten, dann spiegelt sich diese Haltung auch in der Medienberichterstattung der beiden Länder wider.

Um die leitende Forschungsfrage bzw. die Hypothese zu konkretisieren und hervorzuheben, welchen Aspekten in der Untersuchung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll, wurden nachstehende Unterfragen und Hypothesen formuliert:

FF 1: Wodurch wird die Diskussion um Kernenergie in den Medien begünstigt?

H 1: Wenn im Themenbereich Kernenergie ein aktuelles Ereignis gegeben ist, dann wird verstärkt über das Risikothema Kernenergie berichtet.

FF 2: In welchem Kontext wird Kernenergie in den Medien thematisiert?

H 2: Wenn Kernenergie in den Medien thematisiert wird, dann passiert dies meist in einem parteipolitischen Zusammenhang.

FF 3: Inwieweit wird im Zuge der Berichterstattung über Kernenergie auch über die Hintergründe des Themas informiert?

H 3: Wenn Kernenergie in den Medien thematisiert wird, werden die Hintergründe der Berichterstattung nicht thematisiert.

Die drei erstgenannten Forschungsfragen und Hypothesen basieren auf der Theorie des Risikokommunikationsansatzes, wonach Berichterstattung über Risikothemen in der Regel

von starkem Ereignis- und Politikbezug geprägt ist und damit kaum Hintergrundberichterstattung beinhaltet.

FF 4: Welchen Stellenwert hat die Atomlobby in der medialen und politischen Diskussion?

H 4: Je mehr die politischen Vertreter eines Landes Atomenergie befürworten, desto öfter kommen in der medialen Diskussion zur Kernenergie Vertreter der Atomlobby zu Wort.

FF 5: Inwieweit kommen Umweltaktivisten und Vertreter von Anti-Atom-Organisationen in der medialen und politischen Diskussion zu Wort?

H 5: Je ablehnender die politischen Vertreter eines Landes der Atomenergie gegenüber stehen, desto stärker ist die mediale Diskussion zum Thema Kernenergie von Umweltaktivisten und Vertretern von Anti-Atom-Organisationen geprägt.

FF 6: Wird das Betreiben von Atomkraftwerken in der Politik und der medialen Debatte als akzeptabler Weg zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes gesehen?

H 6: Je positiver die politischen Vertreter eines Landes Atomenergie gegenüber stehen, desto wahrscheinlicher wird das Betreiben von Atomkraftwerken in Medien als akzeptabler Weg zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes gesehen.

FF 7: Inwieweit hat die Befürwortung der Kernenergie in einem Land Auswirkungen auf den inhaltlichen Schwerpunkt der Argumentationslinien?

H 7: Je positiver die politischen Vertreter eines Landes der Nutzung von Atomenergie gegenüber stehen, desto mehr werden Energiesicherheit und wirtschaftlich-finanzielle Argumente in die mediale Diskussion eingebracht.

FF 8: Inwieweit hat die Ablehnung der Kernenergie in einem Land Auswirkungen auf den inhaltlichen Schwerpunkt der Argumentationslinien?

H 8: Je negativer die politischen Vertreter eines Landes der Nutzung von Atomenergie gegenüber stehen, desto mehr werden sicherheitstechnische und umweltspezifische Argumente in die Diskussion eingebracht.

FF 9: Inwieweit sind in der Berichterstattung der beiden Länder befürwortende oder ablehnende Tendenzen zur Kernenergie zu erkennen?

H 9: Wenn die Artikel als meinungsvermittelnd gekennzeichnet sind, ist eine Befürwortung oder Ablehnung der Kernenergie zu erkennen.

FF 10: Inwieweit wird in Österreich und der Schweiz neutral über Kernenergie berichtet?

H 10: Wenn in Form einer Nachricht informiert wird, wird neutral berichtet.

7.2. Untersuchungsdesign

Um die vorliegenden Hypothesen zu beantworten, erscheint weder eine rein qualitative noch eine rein quantitative Untersuchung Ziel führend. Um die mediale Auseinandersetzung mit dem Thema Kernenergie zu untersuchen, soll grundsätzlich eine kombinierte Methode angewandt werden, im Zuge derer die Titel der Artikel bis einschließlich Leadtext untersucht werden. Sollte die Analyse der genannten Einheiten in bestimmten Fällen nicht ausreichen, um die Hypothesen zu beantworten, wird der Artikel so lange analysiert, bis dies möglich ist. Die Entscheidung für dieses Vorgehen beruht auf der Annahme, dass zwei Qualitätszeitungen analysiert werden und im Sinne eines professionellen Journalismus davon ausgegangen werden kann, dass sich das zentrale Thema des Berichts und die im Artikel angeführten Hauptargumente bereits in den angegebenen Texteinheiten befinden.

Wie sich im Pretest herausgestellt hat, ist es bei einer nicht zu vernachlässigenden Anzahl von Artikeln durchaus notwendig, über den Leadtext des Artikels hinaus zu analysieren, um zu reliablen Ergebnissen zu kommen.

Dieser Erkenntnis wurde schließlich die Anzahl der für die Untersuchung ausgewählten Artikel angepasst. Analysiert werden Artikel aus der Österreichischen Qualitätszeitung *Der Standard* und aus dem Schweizer Qualitätsblatt *Neue Zürcher Zeitung*. Untersucht werden pro Zeitung jeweils Artikel, die im Zeitraum von einem Jahr erschienen sind. Allerdings wurde dabei nicht der durchgehende Zeitraum von einem Jahr gewählt. Die Festlegung der Zeiträume wurde nach Möglichkeit von zentralen Ereignissen im Zusammenhang mit Atomenergie im jeweiligen Land abhängig gemacht. Da für die Untersuchung gemäß den Hypothesen allerdings nicht nur das Artikelaufkommen rund um markante Ereignisse von Interesse ist, wurden die Untersuchungszeiträume rund um das jeweilige Ereignis auf ein halbes Jahr ausgedehnt.

In Österreich orientieren sich die Untersuchungszeiträume an verstärkten Grenzblockaden in Ober- und Niederösterreich, bei denen für die Stilllegung des AKW Temelin demonstriert wurde und an der Tatsache, dass sich im November 2008 das Volksnein zum AKW Zwentendorf zum dreißigsten Mal geäußert hat.

In der Schweiz hat das Thema Atomkraft derzeit grundsätzlich höhere Brisanz als in Österreich. Als Grund kann die Tatsache angesehen werden, dass die Schweiz derzeit selbst fünf Atomkraftwerke betreibt, von denen drei auf Grund ihres Alters in nicht allzu ferner Zukunft abgeschaltet werden müssen. Das Thema einer drohenden Energieversorgungslücke steht in der Schweiz damit sozusagen auf der Tagesordnung. Im zweiten Untersuchungszeitraum kann etwa die Einreichung eines Ansuchens für die Errichtung eines Ersatzkraftwerks in Gösgen als besonderes Ereignis angesehen werden. Der erste Untersuchungszeitraum wurde als Parallelzeitraum zur Untersuchungsperiode in Österreich gewählt.

Daraus haben sich letztlich folgende Untersuchungszeiträume ergeben: In der Neuen Zürcher Zeitung werden die Zeiträume vom 1. Jänner 2007 bis zum 30. Juni 2007 und vom 1. April 2008 bis zum 30. September 2008 untersucht. Im Standard wird ebenfalls die Zeit vom 1. Jänner 2007 bis zum 30. Juni 2007 untersucht. Als zweiter Untersuchungszeitraum wurde die Zeit vom 1. Juni 2008 bis zum 15. November 2008 gewählt.

Untersucht werden so insgesamt 142 Artikel – und zwar mit Hilfe einer Microsoft Access Datenbank. Für die Untersuchung ausgewählt wurden jeweils Artikel, die sich mit der friedlichen Nutzung der Atomenergie im Zusammenhang mit Energiegewinnung auseinandersetzen.

Anhand des genannten Untersuchungsdesigns kann die mediale Thematisierung des Risikothemas Kernenergie analysiert werden. Anhand der Untersuchungsergebnisse können schließlich die untergeordneten Hypothesen 1-10 beantwortet werden.

Die politischen Haltungen zum Thema in Österreich und in der Schweiz wurden bereits in Kapitel 6 besprochen. Die Beantwortung der leitenden Hypothese wird letztlich durch die Gegenüberstellung der medialen Thematisierung und der politischen Positionen in der Schweiz und in Österreich möglich.

Zu beachten ist, dass eine Verifizierung oder eine Falsifizierung der untergeordneten Hypothesen nicht notgedrungen einer Bestätigung oder Widerlegung der leitenden Hypothese entspricht.

8. DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE

Im Folgenden sollen nun die einzelnen Hypothesen im Detail besprochen sowie aus den Untersuchungsergebnissen ersichtliche Häufungen und Korrelationen dargestellt werden. Im Anschluss soll schließlich die der Arbeit zu Grunde liegende leitende Hypothese diskutiert werden.

Vor der Beantwortung der einzelnen Hypothesen sind an dieser Stelle einige grundsätzliche Daten zu den untersuchten Artikeln festzuhalten. Von den insgesamt 142 bearbeiteten Texten sind 112 in der Neuen Zürcher Zeitung und 30 im Standard erschienen. Damit entfallen etwa vier von fünf untersuchten Artikel auf die Neue Zürcher Zeitung. Im Detail wurden im Jahr 2007 16 Artikel im Standard und 61 in der Neuen Zürcher Zeitung und im darauf folgenden Jahr 14 Artikel im Standard und 51 in der Neuen Zürcher Zeitung untersucht. Allein dieses ungleiche Artikelaufkommen zum Thema Kernenergie in den beiden Zeitungen lässt auf die unterschiedliche Brisanz des Themas in der Schweiz und in Österreich schließen.

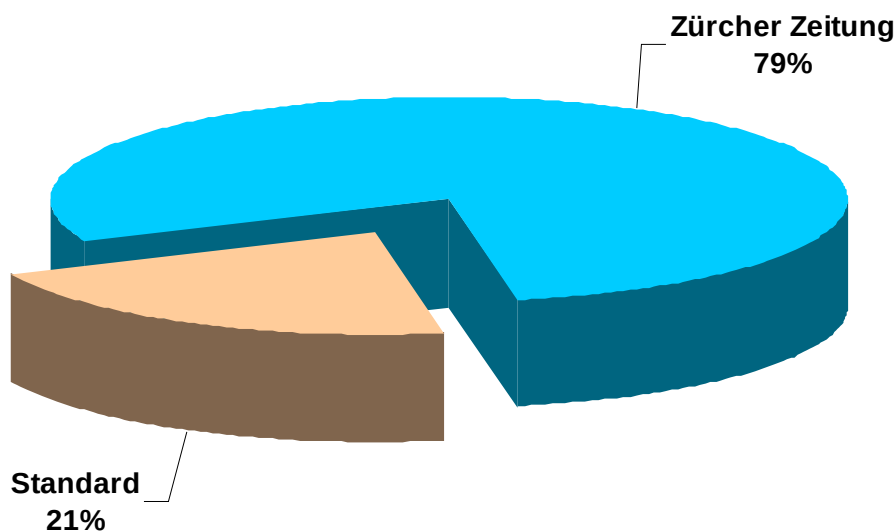


Abb. 3: Artikelaufteilung nach Zeitungen

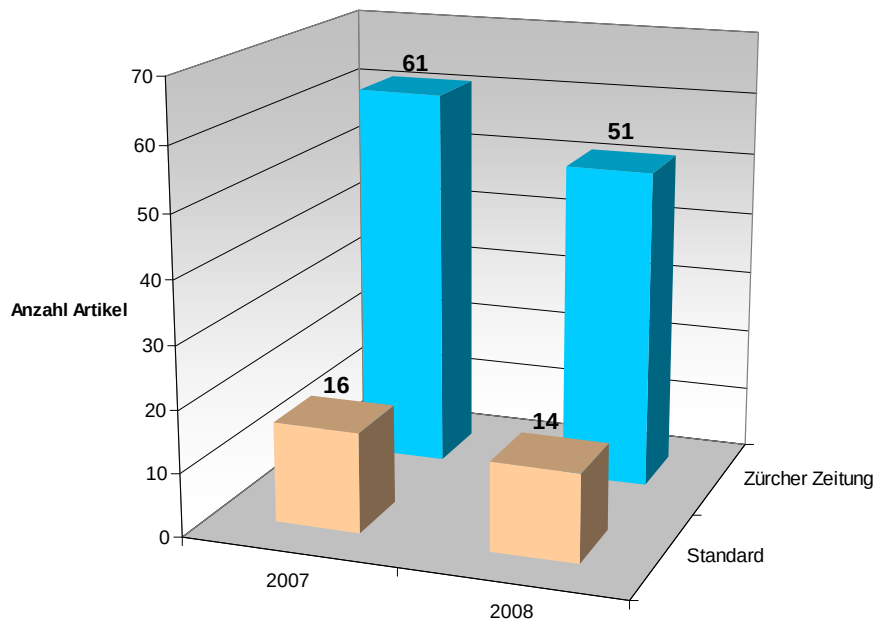


Abb. 4: Artikelaufteilung nach Untersuchungszeiträumen

8.1. Besprechung der Hypothesen

Die ersten drei Hypothesen beschäftigen sich mit Kernenergie als Risikothema. Dahinter steht ein grundsätzliches Interesse der Arbeit. Es liegt darin herauszufinden, wie über das klassische Risikothema Kernenergie heute diskutiert wird. Konkret soll anhand der ersten drei Hypothesen überprüft werden, ob jenes Thema, in dessen Zusammenhang sich in den 80er Jahren das Forschungsfeld der Risikokommunikation entwickelt hat, auch heute noch den charakteristischen Merkmalen der Risikokommunikation entspricht.

8.1.1. Hypothese 1

Hypothese 1 geht davon aus, dass Kernenergie als Risikothema vorwiegend in Zusammenhang mit einem aktuellen Ereignis thematisiert wird. Diese Annahme konnte durch die Untersuchung verifiziert werden. In 128 von 142 untersuchten Artikeln war ein aktuelles Ereignis Anlass für die Berichterstattung. Das Ergebnis gilt gleichermaßen für beide Zeitungen und auch für alle vier Untersuchungszeiträume. Nennenswerte Unterschiede lassen sich hier nicht feststellen.

Unterschiede gibt es in den beiden Zeitungen hingegen sehr wohl, was die Art der aktuellen Ereignisse betrifft. Im Standard liegen die Ereignisse, die Anlass für die Berichterstattung geben, in der Regel im Ausland bzw. spielen sich auf EU-Ebene ab. In der Zürcher Zeitung liegen die Anlässe für die Berichterstattung zu einem Großteil im Inland. Dabei geht es um die Planung, den Bau, die Rahmenbedingungen und die Potentiale von Kernkraftwerken ebenso wie um Grundsatzdiskussionen – und zwar sowohl von Regierungsseite wie auch von der Seite der Energiekonzerne. Auffallend ist in der Neuen Zürcher Zeitung zudem, dass einzelne Artikel zum Thema immer wieder Anlass zu Meinungsäußerungen und Reaktionen geben – sowohl in Form von Leserbriefen als auch von Expertenstellungnahmen.

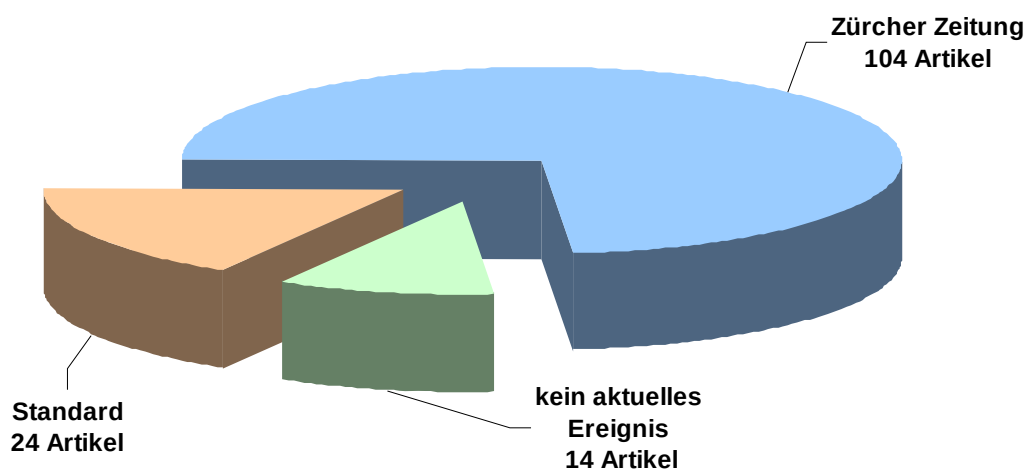


Abb. 5: Aktuelles Ereignis als Anlass für die Berichterstattung

8.1.2. Hypothese 2

Hypothese 2 liegt die Annahme zu Grunde, dass über Kernenergie vorwiegend dann berichtet wird, wenn ein parteipolitischer Zusammenhang besteht. Diese Hypothese konnte nicht verifiziert werden. In zwei Drittel der analysierten Artikel stand die Berichterstattung in keinem parteipolitischen Zusammenhang. Am größten war der Anteil jener Artikel, in denen ein parteipolitischer Zusammenhang festzustellen war, in der Neuen Zürcher Zeitung im Jahr 2008. In diesem Untersuchungszeitraum stand mehr als jeder zweite Artikel in einem parteipolitischen Zusammenhang. Damit haben sich die Artikel mit parteipolitischem Zusammenhang in der Neuen Zürcher Zeitung vom Untersuchungs-zeitraum im Jahr 2007 zum Untersuchungszeitraum im Jahr 2008 nahezu verdoppelt. Ein Vergleich der

Untersuchungszeiträume im Standard zeigt, dass sich die Anzahl der Artikel mit parteipolitischem Zusammenhang vom Jahr 2007 auf das Jahr 2008 mehr als halbiert hat.

Ein Zusammenhang mit landesweiten Wahlen ist dabei weder in Österreich noch in der Schweiz feststellbar. In der Schweiz fanden 2007 Parlamentswahlen statt, in Österreich wurde im Jahr 2008 eine neue Regierung gewählt. Damit fallen die Untersuchungszeiträume, in denen eine höhere Anzahl von Artikeln mit parteipolitischem Zusammenhang festzustellen war, in keinem der beiden Länder in die Zeit eines landesweiten Wahlkampfes – was grundsätzlich eine mögliche Erklärung für ein erhöhtes bzw. vermindertes Artikelaufkommen mit parteipolitischem Zusammenhang sein könnte.

Ein besonders häufiger Bezug auf eine bestimmte Partei ist im Standard nicht zu erkennen. Auch in der Neuen Zürcher Zeitung gibt es keine politische Partei, die sehr viel häufiger als andere Parteien Anlass zur Berichterstattung über Kernenergie ist. SP und Grüne treten ebenso vehement gegen wie FDP, CVP, BDP und SVP für Kernenergie ein – eine Tatsache, die die Strittigkeit der Kernenergie in der Schweiz widerspiegelt.

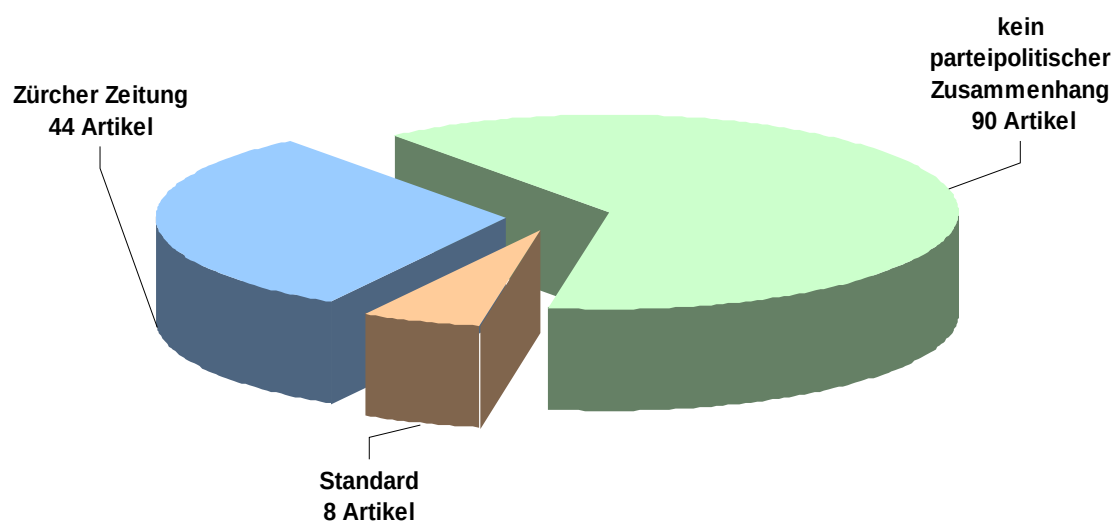


Abb. 6: Berichterstattung über Kernenergie mit parteipolitischem Zusammenhang

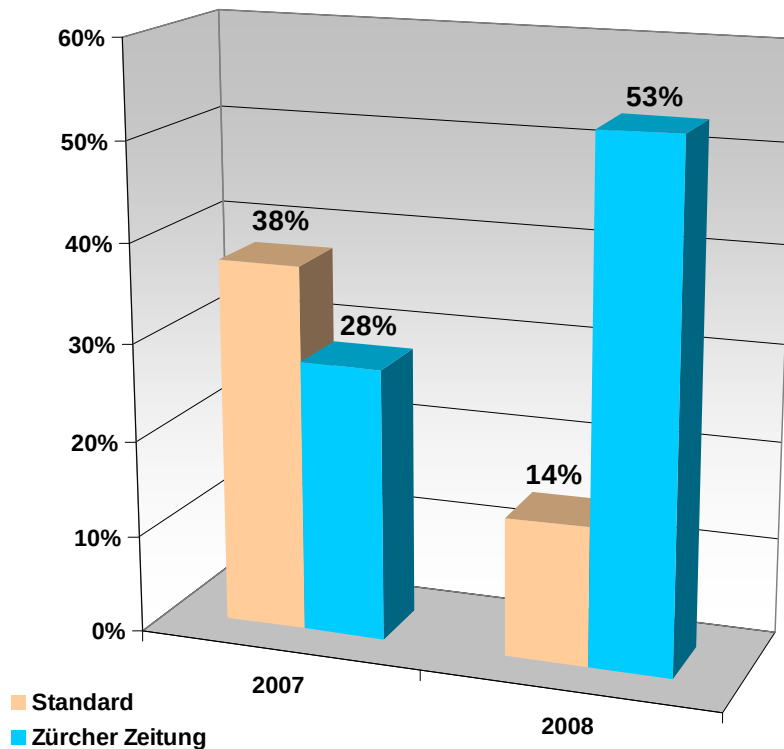


Abb. 7: Parteipolitischer Zusammenhang der Berichterstattung in Prozent

8.1.3. Hypothese 3

Ebenfalls im Sinne des Risikokommunikationsansatzes geht Hypothese 3 davon aus, dass im Falle einer Berichterstattung über Kernenergie nicht über Hintergründe der Thematik informiert wird. Diese Annahme konnte bestätigt werden. Lediglich in 13 von 142 Artikeln wurden auch die Hintergründe des Themas beleuchtet bzw. war der vordergründige Sinn des Artikels die Information über Hintergründe. Nennenswerte Unterschiede zwischen den einzelnen Untersuchungszeiträumen gibt es dabei nicht. Auch eine besondere Häufung bestimmter Themenaspekte ist nicht zu erkennen. Thematisiert wird im Rahmen der Hintergrundberichterstattung etwa die Geschichte der Kernenergie in dem jeweiligen Land, die aktuellen Aktivitäten im Bereich der Kernenergie oder das Konfliktpotential der Thematik. Ebenso findet Hintergrundberichterstattung in Form einer Auseinandersetzung mit technischen Aspekten der Kernenergie statt.

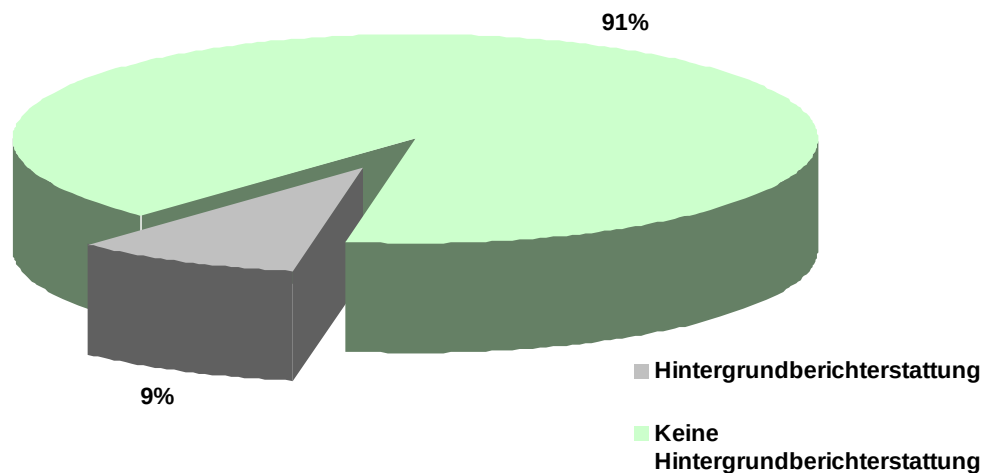


Abb. 8: Berichterstattung über die Hintergründe der Kernenergie-debatte

Die ersten drei Hypothesen zeigen, dass die untersuchte Berichterstattung über Kernenergie nicht zur Gänze den Regeln der Berichterstattung über Risikothemen entspricht. Zwar weist die Berichterstattung hohen Ereignisbezug mit einem gleichzeitigen Fehlen der Hintergrundberichterstattung auf – der parteipolitische Zusammenhang ist allerdings nicht in der erwarteten Häufigkeit aufgetreten.

Deutlich erkennbar ist, dass - wenn die Berichterstattung in einem parteipolitischen Zusammenhang steht - gleichzeitig auch nahezu immer ein aktuelles Ereignis ausschlaggebend für die Berichterstattung ist – und zwar in 94% der Fälle.

8.1.4. Hypothese 4

Hypothese 4 liegt die Annahme zu Grunde, dass eine starke Befürwortung der Kernenergie durch die politischen Vertreter in einem Land in der medialen Diskussion um Kernenergie mit einer häufigen Bezugnahme auf Vertreter der Atomlobby einhergeht. Demzufolge müsste die Atomlobby in der Berichterstattung der Neuen Zürcher Zeitung häufiger Erwähnung finden als im Standard. Zwar wird Kernenergie in der Schweiz nicht vorbehaltlos und einstimmig befürwortet – Volksentscheide der Vergangenheit und auch die aktuellen Positionen politischer Parteien zeigen allerdings, dass die Kernenergie in der Schweiz auf hohe Akzeptanz trifft und vielfach befürwortet wird.

Die Analyse der Artikel hat gezeigt, dass die tendenzielle Befürwortung der Kernenergie in der Schweiz nicht mit einer häufigeren Bezugnahme auf Vertreter der Atomlobby in der Berichterstattung einhergeht. Hypothese 4 kann somit als falsifiziert betrachtet werden. Die Erwähnung der Atomlobby in der Berichterstattung liegt sowohl im Standard als auch in der Neuen Zürcher Zeitung bei 33 Prozent. Der Unterschied zwischen den beiden Ergebnissen besteht allerdings darin, dass die Befürworter der Kernenergie, auf die im Standard Bezug genommen wird, nicht in Österreich zu finden sind. Genannt werden etwa ausländische Stromkonzerne oder die Internationale Atomenergieorganisation IAEO. In der Schweiz hingegen treten fast ausschließlich inländische Energiekonzerne bzw. deren Vertreter als Befürworter der Kernenergie auf. Sowohl im Standard als auch in der Neuen Zürcher Zeitung gab es vom Jahr 2007 auf das Jahr 2008 eine Zunahme der Bezugnahme auf die Atomlobby. In der Neuen Zürcher Zeitung hat sich die Bezugnahme auf die Atomlobby verdoppelt.

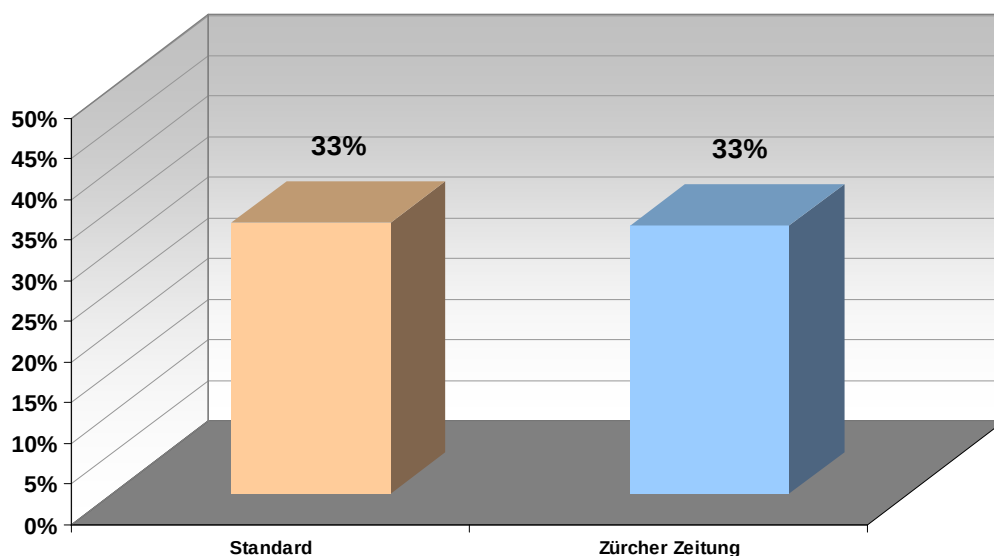


Abb. 9: Bezug auf Atomlobby in der Berichterstattung

Somit kann zwar keine Parallele zwischen der Haltung eines Landes zur Kernenergie und der Häufigkeit der Thematisierung der Atomlobby in der Berichterstattung gezogen werden. Hervorgehoben wird durch dieses Ergebnis allerdings die Präsenz der Atomlobby – selbst in Ländern, die Energiegewinnung durch Atomkraftwerke entschieden ablehnen.

8.1.5. Hypothese 5

Hypothese 5 geht davon aus, dass die ablehnende Haltung der politischen Vertreter eines Landes zur Kernenergie die Berücksichtigung der Meinung von Umweltaktivisten und Vertretern von Anti-Atom-Organisationen in der medialen Berichterstattung begünstigt bzw. verstärkt. Auch diese Hypothese konnte - ebenso wie Hypothese 4 - nicht verifiziert werden. Egal ob im Standard oder in der Neuen Zürcher Zeitung - die Bezugnahme auf Umweltaktivisten bzw. Umweltschutzorganisationen und Anti-Atom-Organisationen bleibt in der Berichterstattung über Kernenergie eher die Ausnahme. In nur 15 Prozent aller untersuchten Artikel kommen Umweltaktivisten bzw. Umweltschutzorganisationen und Anti-Atom-Organisationen zu Wort – die anteilmäßige Verteilung auf die beiden Zeitungen ist dabei annähernd gleich. Sie liegt bei 13 Prozent im Standard und 16 Prozent in der Neuen Zürcher Zeitung. Nennenswerte Unterschiede vom Jahr 2007 auf das Jahr 2008 bestehen nicht. Bezug genommen wird in der Berichterstattung etwa auf Greenpeace, den WWF, die Allianz „Stopp Atom“ in der Schweiz, zu der neben 28 anderen atomkritischen Organisationen auch die beiden erstgenannten Organisationen gehören, oder Atomstopp Oberösterreich, eine österreichische Anti-Atom-Organisation.

Eine belegbare Begründung für die geringe Berücksichtigung von Umweltaktivisten bzw. Umweltschutzorganisationen und Anti-Atom-Organisationen in der Berichterstattung kann an dieser Stelle nicht gegeben werden. Eine mögliche Erklärung für dieses Ergebnis wäre in Österreich die Tatsache, dass die Anti-Atom-Haltung im Land derart gefestigt ist, dass von der Seite der Atomgegner zumindest im Land kein allzu großer Handlungsbedarf gesehen wird. Die Einflussnahme auf Nachbarländer wiederum ist - zumindest für österreichische Organisationen - begrenzt. In der Schweiz mögen Atomgegner zwar Handlungsbedarf sehen, allerdings stehen sie dort einer nicht zu unterschätzenden Atomlobby bzw. einer Reihe vehementer Befürworter der Kernenergie gegenüber.

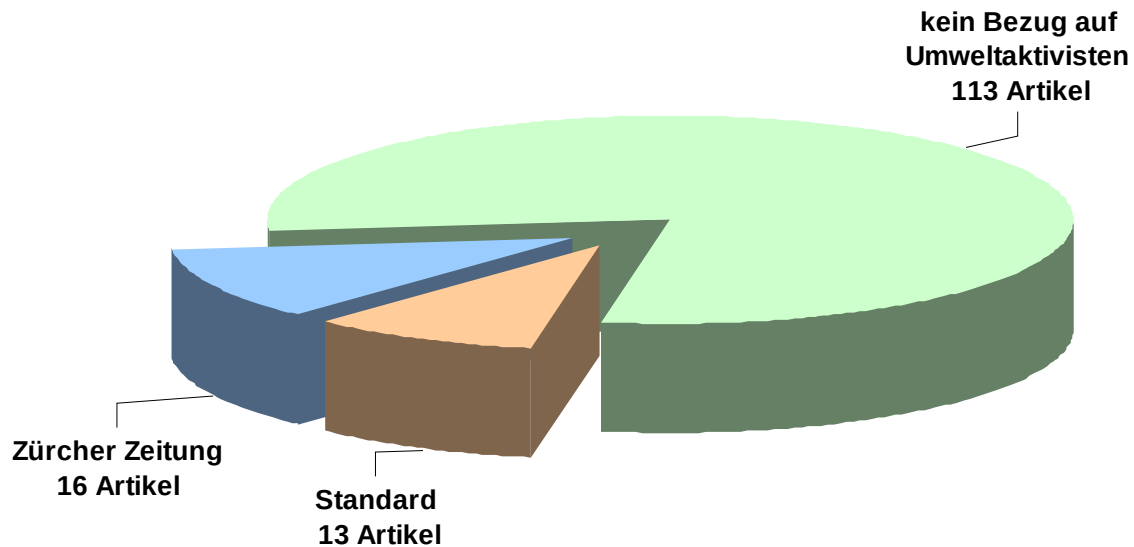


Abb. 10: Bezug auf Umweltaktivisten in der Berichterstattung

Da die Untersuchung des parteipolitischen Zusammenhangs in der Berichterstattung nicht grundsätzlich mit der Bezugnahme auf Politiker gleichzusetzen ist, wurde auch die Anzahl jener Artikel erhoben, in denen Politiker lediglich Erwähnung gefunden haben – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. Diese Erhebung hatte zwar nicht die Beantwortung einer einzelnen Hypothese zum Ziel, ermöglicht jedoch einen konkreten Vergleich der Bezugnahme auf drei zentrale Akteure in der Berichterstattung zur Kernenergie – nämlich Vertreter der Atomlobby, Umweltaktivisten bzw. Umweltschutzorganisationen und Anti-Atom-Organisationen und Politiker.

Was die Bezugnahme auf Politiker betrifft, so hat sich gezeigt, dass diese in 46 Prozent der untersuchten Artikel Erwähnung finden. Stärker vertreten sind sie dabei im Standard – und zwar mit 67 Prozent, im Gegensatz zur Neuen Zürcher Zeitung mit 40 Prozent. Auffällig ist dabei, dass die Häufigkeit der Erwähnung von Politikern in der Neuen Zürcher Zeitung der Häufigkeit der Bezugnahme auf einen parteipolitischen Zusammenhang entspricht. So werden in 40 Prozent der Artikel, die in der Neuen Zürcher Zeitung untersucht wurden, Politiker erwähnt und in 39 Prozent wurde die Berichterstattung in einen parteipolitischen Zusammenhang gesetzt. Im Standard werden Politiker weitaus öfter erwähnt. Die Anzahl jener Artikel, in denen ein parteipolitischer Zusammenhang diagnostiziert werden konnte, ist allerdings geringer. Das Verhältnis beträgt hier 67 zu 27 Prozent.

Ein Grund für dieses Ergebnis mag sein, dass man sich auf politischer Ebene in Österreich einig ist, was die Haltung zur Kernenergie betrifft. In der Schweiz kann von einer solchen Einigkeit keine Rede sein - dementsprechend umstritten ist das Thema zwischen den einzelnen Parteien und damit zwischen den einzelnen Politikern.

Vergleicht man die Bezugnahme auf die drei genannten Akteure in der Berichterstattung, so zeigt sich, dass Politiker mit 46 Prozent am häufigsten Erwähnung finden – gefolgt von der Atomlobby mit 33 und den Umweltaktivisten bzw. Umweltschutzorganisationen sowie Anti-Atom-Organisationen mit 15 Prozent.

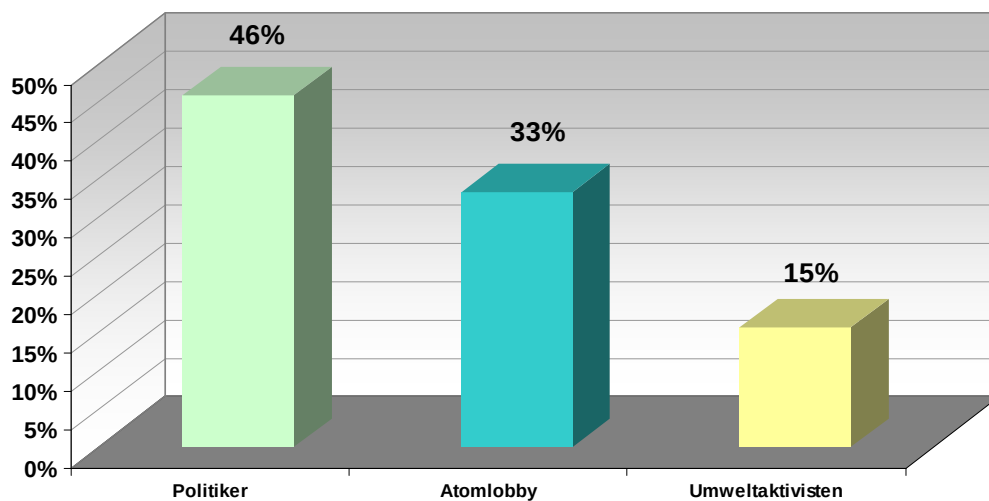


Abb. 11: Akteure im Vergleich

8.1.6. Hypothese 6

Hypothese 6 setzt sich mit Kernenergie in Verbindung mit der CO₂-Problematik auseinander. Konkret wird davon ausgegangen, dass die positive Haltung der politischen Vertreter eines Landes gegenüber Kernenergie die Tatsache begünstigt, dass die Energiegewinnung durch Atomkraftwerke als ein akzeptabler Weg zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes gesehen wird. Die CO₂-Problematik wird in 60 von 142 analysierten Artikeln thematisiert. Im Vergleich findet das Thema etwas häufiger im Standard Erwähnung – und zwar mit 46 Prozent im Vergleich zur Neuen Zürcher Zeitung mit 41 Prozent. Im Jahresvergleich hat die Thematisierung der CO₂-Problematik im Standard abgenommen und in der Neuen Zürcher Zeitung zugenommen.

Als geeigneter Weg zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes wird Kernenergie mit 65 Prozent verstärkt in der Neuen Zürcher Zeitung gesehen. In nur 13 Prozent der Artikel, in denen die CO₂-Problematik in der Neuen Zürcher Zeitung thematisiert wird, wird Kernenergie als kein akzeptabler Weg zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes gesehen. Damit kann Hypothese 6 allerdings nur teilweise bestätigt werden. Ein Umkehrschluss für den Standard, nach dem hier jene Artikel überwiegen müssten, die in der Kernenergie keinen akzeptablen Weg zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes sehen, gilt nicht. Im Standard hält sich der Anteil jener Artikel, in denen Kernenergie als Möglichkeit zur Lösung der CO₂-Problematik gesehen bzw. nicht gesehen wird, mit 43 zu 43 Prozent die Waage.

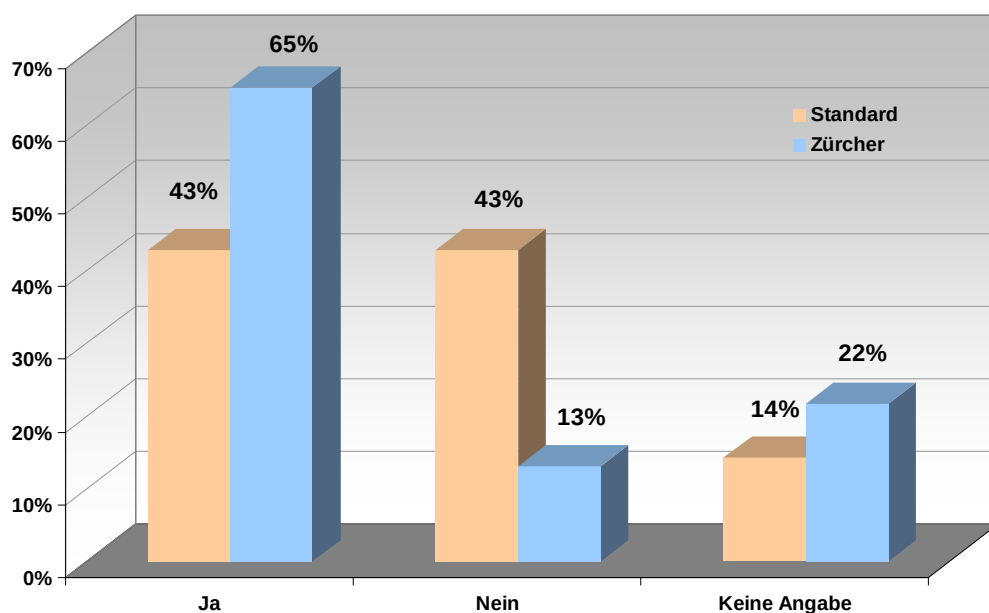


Abb. 12: Kernenergie als akzeptabler Weg zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes

8.1.7. Hypothese 7

Hypothese 7 setzt sich mit den Argumentationslinien in der Kernenergiedebatte auseinander. Ausgegangen wird dabei von der Annahme, dass das Argument der Energiesicherheit und wirtschaftlich-finanzielle Argumente verstärkt in die mediale Diskussion eingebracht werden, wenn die politischen Vertreter eines Landes der Nutzung von Atomenergie tendenziell positiv gegenüber stehen. Diese Hypothese konnte durch die Artikelanalyse bestätigt werden. Das Argument der Energiesicherheit kommt in der Neuen Zürcher Zeitung mehr als doppelt so oft vor wie im Standard. Auch die wirtschaftlich-finanzielle Argumentation ist in der Neuen

Zürcher Zeitung stärker ausgeprägt. Im Jahresvergleich haben sich die beiden Argumentationslinien kaum verändert.

Mit dem Argument der Energiesicherheit ist sowohl im Standard als auch in der Neuen Zürcher Zeitung die Diskussion der Energieabhängigkeit verknüpft. In der Neuen Zürcher Zeitung ist ein zweites Thema, das in diesem Zusammenhang oftmals Erwähnung findet, die drohende Stromlücke in der Schweiz. Befürworter der Atomenergie argumentieren, dass Kernenergie die Lösung beider Probleme wäre. Mit einem Ausbau der Kernenergie könnte man die Abhängigkeit vom Ausland verringern und man könnte der Stromversorgungslücke entgegenwirken, deren Ursache ja zum Teil die Auslandsabhängigkeit bzw. das Auslaufen von Lieferverträgen mit anderen Ländern ist. Gegner der Kernenergie wiederum betonen, dass Energiesicherheit mit Kernenergie nicht zu erreichen ist, da auch Uran endlich ist. Gleichzeitig würde man damit die Abhängigkeit von ausländischen Ressourcen verstärken, da Uran in der Schweiz nicht vorhanden ist. Langfristig sollte laut Kernenergiegegnern in erster Linie auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz gesetzt werden, um Energiesicherheit zu gewährleisten.

Im Bereich der wirtschaftlich-finanziellen Argumentation wird besonders über den Strompreis diskutiert – im Standard wie auch in der Neuen Zürcher Zeitung. So wird die Befürwortung von Kernkraftwerken unter anderem damit gerechtfertigt, dass Atomkraftwerke relativ günstige Energie liefern – daran sei vor allem in Zeiten steigender Ölpreise zu denken. Daraus folgend wird in der Schweiz argumentiert, dass steigende Energiepreise die Schweizer Wirtschaft schwächen würden. Immer wieder thematisiert werden auch Haftpflichtversicherungen und die Rentabilität des Kraftwerkbaus. Kritisiert werden vor allem die Versicherungen der Atomkraftwerke, die im Falle eines schweren Unfalls entstehenden Schäden niemals abdecken können. In der Neuen Zürcher Zeitung wird auch immer wieder die Frage der Wirtschaftlichkeit des Kraftwerkbaus aus heutiger Sicht in den Raum gestellt – vor allem angesichts der Tatsache, dass immer wieder der Bau eines neuen Kernkraftwerks im Gespräch ist.

8.1.8. Hypothese 8

Ebenso wie Hypothese 7 beschäftigt sich auch Hypothese 8 mit den Argumentationslinien in der Kernenergiedebatte. Konkret wird hier allerdings davon ausgegangen, dass eine eher ablehnende Haltung der politischen Vertreter eines Landes zur Kernenergie das Vorkommen sicherheitstechnischer und umweltspezifischer Argumente in der Diskussion begünstigt. Diese Annahme kann für den Bereich der sicherheitstechnischen Argumentation tendenziell bestätigt werden. Was die umweltspezifische Argumentation betrifft, so ist diese sowohl im Standard als auch in der Neuen Zürcher Zeitung mit 40 bzw. 41 Prozent gleich stark vertreten. Auch im Jahresvergleich sind keine wesentlichen Unterschiede feststellbar.

In beiden untersuchten Zeitungen steht im Zusammenhang mit der sicherheitstechnischen Argumentation das mit dem Betrieb von Kernkraftwerken verbundene Risiko im Vordergrund. Auf die katastrophalen Auswirkungen eines schweren Zwischenfalls in einem Atomkraftwerk wird dabei immer wieder hingewiesen. Während im Standard verstärkt Störfälle und Pannen thematisiert werden, wird in der Neuen Zürcher Zeitung intensiv über die mit einer Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke verbundenen Risiken diskutiert. Erwähnung finden in der Berichterstattung über Kernenergie aber nicht nur sicherheitstechnische Argumente in Zusammenhang mit dem Betrieb von Kernkraftwerken. Auch das Problem der sicheren Endlagerung radioaktiver Stoffe, das bisher noch nicht gelöst werden konnte, wird immer wieder diskutiert.

Diskutiert wird die Endlagerung auch aus umweltspezifischer Sicht. Denn nur wenn die geologischen Voraussetzungen für ein Endlager gegeben und die sicherheitstechnischen Vorkehrungen in Ordnung sind, ist die Einrichtung eines Endlagers aus umweltspezifischer Sicht zu rechtfertigen. Im Vordergrund stehen in Zusammenhang mit der umweltspezifischen Argumentation allerdings die CO₂-Problematik sowie die Potentiale, die die Kernenergie in diesem Zusammenhang bietet.

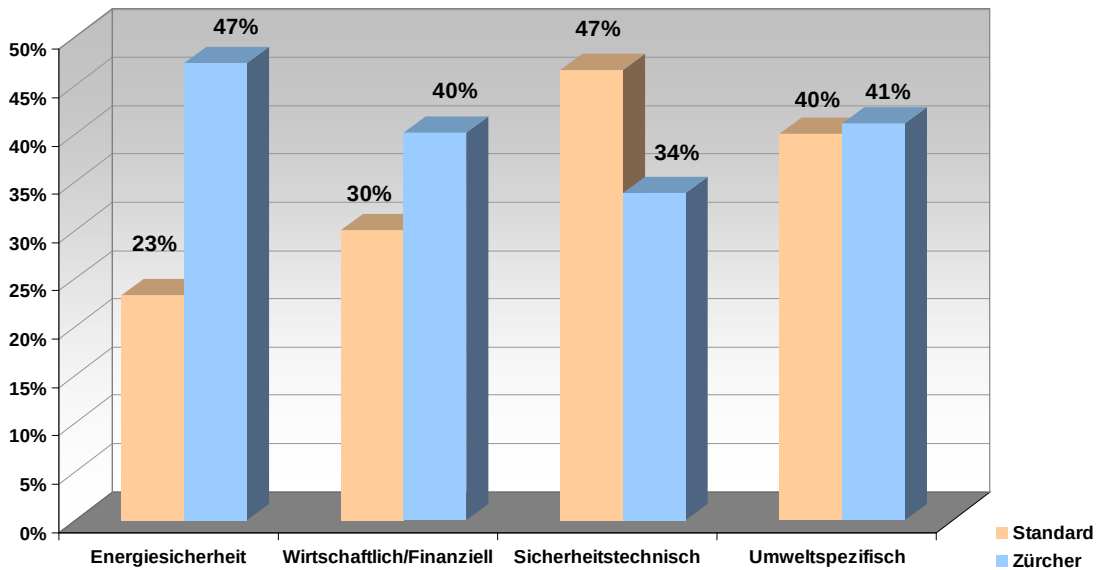


Abb. 13: Argumentationslinien im Vergleich

Die Hypothesen 9 und 10 setzen sich mit den Tendenzen in der Berichterstattung sowie mit ihrem Zusammenhang zu meinungsvermittelnden bzw. neutralen Texten auseinander. Als Meinung oder Kommentar wurden Artikel nur dann eingestuft, wenn sie dezidiert als solche gekennzeichnet waren. Dabei wurden auch Leserbriefe in die Analyse mit einbezogen, da es ja letztlich redaktionellen Entscheidungen obliegt, ob ein Leserbrief gedruckt wird oder nicht. Eine befürwortende oder ablehnende Tendenz wurde Artikeln dann zugeschrieben, wenn im Artikel eine eindeutige Einstellung oder Haltung vertreten wurde, die niemandem zugeschrieben werden konnte, sondern lediglich in den Raum gestellt wurde und somit als Meinung des Autors gelten muss.

8.1.9. Hypothese 9

Hypothese 9 beschäftigt sich mit der Vermittlung einer Haltung zur Kernenergie im Rahmen der Berichterstattung. Konkret wird davon ausgegangen, dass in Artikeln, die als meinungsvermittelnd gekennzeichnet sind, eine Befürwortung oder Ablehnung der Kernenergie zu erkennen ist. Insgesamt waren 34 der 142 analysierten Artikel als Meinung oder Kommentar gekennzeichnet. In 11 der 34 war keine eindeutige Haltung zu erkennen. Somit kann Hypothese 9 tendenziell bestätigt werden – und zwar zu 67 Prozent.

Geht man davon aus, dass eine Meinung ausschließlich in jenen Artikeln enthalten ist, die als Meinung oder Kommentar gekennzeichnet sind, dürften also lediglich 23 Texte eine Meinung enthalten. Insgesamt war jedoch in 37 Texten eine befürwortende oder ablehnende Haltung zur Kernenergie zu erkennen. Somit sind 14 Texte als Nachricht gekennzeichnet, enthalten aber trotzdem eine Tendenz - 5 davon in der Neuen Zürcher Zeitung und 9 davon im Standard. In Prozent ausgedrückt bedeutet dies, dass in 13 Prozent der nicht als Meinung gekennzeichneten Artikel dennoch eine Tendenz zu erkennen ist. Bezieht man diesen Vergleich auf die beiden Zeitungen, enthalten im Standard 30 Prozent der Artikel eine Meinung, sind aber nicht als meinungsvermittelnd gekennzeichnet - in der Neuen Zürcher Zeitung enthalten 4,5 Prozent eine Meinung, ohne als meinungsvermittelnd gekennzeichnet zu sein.

Was die bevorzugten Tendenzen der Zeitungen betrifft, so sind hier in Bezug auf den Jahresvergleich zwar keine markanten Unterschiede zu erkennen – wohl aber, wenn man die beiden Zeitungen einander grundsätzlich gegenüber stellt. Sämtliche Texte, die im Standard eine Meinung vermitteln, sind ablehnend. In der Neuen Zürcher Zeitung ist der Anteil der befürwortenden Artikel mehr als doppelt so groß wie die Anzahl der ablehnenden Artikel. Sämtliche Artikel, die in der Neuen Zürcher Zeitung eine Meinung enthalten haben, aber nicht als Meinung gekennzeichnet waren, waren ablehnend.

8.1.10. Hypothese 10

Hypothese 10 geht davon aus, dass - wenn ein Artikel als Nachricht gekennzeichnet ist - die Berichterstattung neutral ausgerichtet ist. Insgesamt waren 108 Artikel als Nachricht eingestuft. In 94 davon wurde auch neutral berichtet. Somit kann Hypothese 10 zu 87 Prozent verifiziert werden.

Ein Schluss, der daraus gezogen werden kann ist, dass sowohl Hypothese 9 als auch Hypothese 10 auf einen Großteil der Artikel zutreffen. Überraschend war, dass in 32 Prozent der Artikel, die als meinungsvermittelnd gekennzeichnet waren, nicht eindeutig zum Thema Kernenergie Stellung bezogen wurde.

8.2. Diskussion der forschungsleitenden Hypothese

Wenn die politischen Vertreter der beiden Länder Österreich und Schweiz eine unterschiedliche Haltung zum Thema Kernenergie vertreten, dann spiegelt sich diese unterschiedliche Haltung auch in der Medienberichterstattung der beiden Länder wider.

Dass Österreich und die Schweiz in Bezug auf Kernenergie eine sehr unterschiedliche Haltung vertreten, wurde bereits vor der Artikelanalyse im ersten Teil der Arbeit bestätigt bzw. im Detail dargelegt – und zwar anhand einer Auseinandersetzung mit der Geschichte der Kernenergie, der Besprechung der Haltungen in der Gesellschaft und der Darstellung der politischen Positionen in dem jeweiligen Land.

Die leitende Hypothese konnte im Rahmen der Untersuchung größtenteils bestätigt werden. So verschieden die Behandlung des Themas Kernenergie in der Schweiz und in Österreich auf politischer Ebene ist, so unterschiedlich ist die Auseinandersetzung mit Kernenergie in der medialen Berichterstattung. Mit einer ausnahmslosen Widerspiegelung der politischen Positionen in der Berichterstattung ist diese grundsätzliche Erkenntnis allerdings nicht gleichzusetzen.

In der Schweiz ist Kernenergie unter den führenden politischen Parteien ebenso umstritten wie in der Bevölkerung. Derzeit haben die Befürworter der Kernenergie zumindest auf politischer Ebene noch die Oberhand. So hat sich zum Beispiel im Februar 2007 der von den bürgerlichen Parteien dominierte Bundesrat für die Notwendigkeit der Kernkraft zur Bekämpfung der drohenden Stromversorgungslücke ausgesprochen. Thematisiert wird Kernenergie von allen politischen Parteien – in Grundsatz- ebenso wie in Positionspapieren. Umfragen in der Schweizer Bevölkerung zeigen, dass sich der Anteil der Befürworter und jener der Gegner im Großen und Ganzen die Waage hält. Je nach Umfrage überwiegen Gegner oder Befürworter leicht. Eine eindeutige Dominanz einer der beiden Gruppen ist nicht feststellbar, das Thema Kernenergie war und ist strittig. Dementsprechend viel diskutiert ist Atomkraft auch auf medialer Ebene. Hier stehen einander vorwiegend CVP, FDP, und SVP als Befürworter und SP und Grüne als Gegner der Kernenergie gegenüber. Dass auf eine bestimmte Partei besonders häufig Bezug genommen wurde, konnte allerdings nicht festgestellt werden.

In Österreich wurde die Entscheidung zur Kernenergie schon vor vielen Jahren getroffen. Bis heute vertreten alle politischen Parteien eine strikte Anti-Atom-Haltung. Auch Bevölkerungsumfragen zeigen eine überwiegende Ablehnung der Kernenergie. Dementsprechend halten sich auch die Diskussionen über Kernenergie in Grenzen – sowohl auf politischer als auch auf medialer Ebene. Zum Thema wird Kernenergie vorwiegend dann, wenn Ereignisse in anderen Ländern bzw. auf EU-Ebene Anlass zur Diskussion geben oder man sich selbst gefährdet sieht. Wenn Kernenergie in politischen Grundsatz- oder Positionspapieren berücksichtigt wird, dann hat dies in der Regel den Charakter einer Bekräftigung der ablehnenden Haltung. Ein konkreter Streitpunkt in Bezug auf Atomenergie ist der EURATOM –Vertrag. Vor allem FPÖ und Grüne fordern immer wieder einen Ausstieg aus dem Vertrag.

Dass sich die Auseinandersetzung mit Kernenergie in Österreich und in der Schweiz nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch in der medialen Berichterstattung markant unterscheidet, wird unter anderem durch das ungleiche Artikelaufkommen deutlich. Während in gleich großen Untersuchungszeiträumen in der Neuen Zürcher Zeitung 112 Artikel zum Thema Kernenergie erschienen sind, waren es im Standard 30.

Dies sagt zwar noch nichts über eine Widerspiegelung konkreter politischer Haltungen zur Kernenergie im Sinne einer Befürwortung oder Ablehnung in den Medien aus – sehr wohl wird dadurch aber der grundsätzlich verschiedene Stellenwert des Themas in der Gesellschaft und dessen Widerspiegelung in den Medien offensichtlich.

Im Detail wird die leitende Hypothese besonders durch die Beantwortung von Hypothese 9 bestätigt. Dabei wurden vorhandene Tendenzen in der Kernenergieberichterstattung erfasst. So ist unter den tendenziösen Artikeln im Standard kein einziger Text, der Kernenergie befürwortet. In der Neuen Zürcher Zeitung ist der Anteil der befürwortenden Artikel mehr als doppelt so groß wie jener der ablehnenden Artikel. Alle Texte, die in der Neuen Zürcher Zeitung eine Tendenz enthalten, aber nicht als Meinung gekennzeichnet sind, sind ablehnend. Die Untersuchung der in der Berichterstattung vorkommenden Akteure hat keinen Zusammenhang mit einer befürwortenden oder ablehnenden Haltung der politischen Vertreter eines Landes zur Kernenergie ergeben. Weder hat die größtenteils atombefürwortende Haltung der Parteien in der Schweiz die Bezugnahme auf Atombefürworter in der Berichterstattung begünstigt, noch ging die Anti-Atom-Haltung österreichischer Politiker mit einer verstärkten Bezugnahme auf Atomgegner im Standard einher. In den politischen Stellungnahmen der Parteien zur Kernenergie wird auf Umweltaktivisten bzw. Vertreter von Anti-Atom-Organisationen und die Atomlobby nicht Bezug genommen. Im Vordergrund steht

hier schlicht die eigene Positionierung. Gleichzeitig ist sowohl im Standard als auch in der Neuen Zürcher Zeitung die Atomlobby stärker in der Berichterstattung vertreten als Umweltaktivisten bzw. Umweltschutzorganisationen und Anti-Atom-Organisationen.

Die Tatsache, dass die Berichterstattung zum Großteil in keinen parteipolitischen Zusammenhang gebracht wird, widerspricht grundsätzlich einer Widerspiegelung der politischen Positionen der beiden Länder in der Berichterstattung.

Die konkrete Analyse der Argumentationslinien zeigt allerdings, dass es Parallelen zwischen den vorherrschenden Argumenten in der politischen Debatte und den thematisierten Aspekten in der Berichterstattung gibt. Am deutlichsten wird dies beim Argument der Energiesicherheit. Es ist das dominierende Argument in den „pro-Atom-orientierten“ politischen Positionen in der Schweiz und kommt gleichzeitig in der Neuen Zürcher Zeitung mehr als doppelt so oft vor wie im Standard. In politischen Stellungnahmen zur Kernenergie in Österreich wird kaum mit dem Aspekt der Energiesicherheit argumentiert. Tendenziell bestätigt wird die leitende Hypothese auch im Bereich der sicherheitstechnischen Argumentation. Sicherheitstechnische Aspekte werden verstärkt im Standard diskutiert. Gleichzeitig sind die hohen Sicherheitsrisiken, die mit dieser Technik verbunden sind, ein zentraler Grund für die Ablehnung der Kernenergie durch österreichische Parteien. Wirtschaftlich-finanzielle Argumente wurden von den politischen Parteien weder in Österreich noch in der Schweiz häufig in die Diskussion eingebracht. In der untersuchten Zeitungsberichterstattung wurden sie allerdings immer wieder aufgegriffen - in der Neuen Zürcher Zeitung öfter als im Standard. In diesem Bereich konnte die leitende Hypothese somit nicht bestätigt werden. Gefunden konnte eine Parallele zwischen der politischen Thematisierung und der Berücksichtigung in der Berichterstattung allerdings im Rahmen der Untersuchung der umweltspezifischen Argumentation werden. Umweltspezifische Argumente sind im Standard und in der Zürcher Zeitung etwa gleich stark vertreten und werden auch von sämtlichen politischen Parteien in den beiden Ländern immer wieder aufgegriffen. Spezielle Argumente in der Diskussion rund um Kernenergie, die nur in der Berichterstattung, nicht aber in den politischen Positionierungen angeführt wurden, gab es nicht.

Ein zentrales Argument, dass sowohl von politischen Vertretern in der Schweiz, die Kernenergie befürworten, als auch in der Neuen Zürcher Zeitung immer wieder genannt wird, ist die Möglichkeit der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes durch Kernenergie. Umgekehrt entspricht das Vorkommen dieses Arguments im Standard nicht der Ablehnung der Kernenergie durch österreichische Politiker. Ebenso oft wie die Kernenergie im Standard als Möglichkeit zur Lösung der CO₂-Problematik dargestellt wird, werden auch

Argumentationslinien wiedergegeben, die dem widersprechen. Somit ist eine Parallele zwischen politischer Haltung und Thematisierung in der Berichterstattung in diesem Bereich nur in der Neuen Zürcher Zeitung gegeben.

9. FAZIT UND AUSBLICK

Die Untersuchung hat ergeben, dass die unterschiedlichen Einstellungen politischer Parteien zum Thema Kernenergie in Österreich und der Schweiz zu einem Großteil in der medialen Berichterstattung der beiden Länder wieder zu finden sind. Besonders deutlich wird dies im Bereich jener Artikel, die meinungsvermittelnde Aspekte enthalten sowie in einem Vergleich der in den politischen Positionen und der in den Medien verstärkt thematisierten Argumentationslinien. Von einer vollständigen Verifizierung der leitenden Hypothese kann allerdings vor allem deswegen nicht gesprochen werden, weil wie die detaillierte Besprechung der Ergebnisse zeigt, manche Erkenntnisse nicht zu hundert Prozent, sehr wohl aber in ihren Tendenzen die leitende Hypothese bestätigen.

Der Theorie des Risikokommunikationsansatzes, wonach Berichterstattung über Risikothemen in der Regel von starkem Ereignis- und Politikbezug geprägt ist und gleichzeitig kaum Hintergrundberichterstattung beinhaltet, entspricht die untersuchte Berichterstattung über Kernenergie nur zum Teil. Zutreffend ist, dass die Berichterstattung sehr häufig in Zusammenhang mit einem aktuellen Ereignis steht und dass Hintergrundberichterstattung in den untersuchten Artikeln kaum zu finden ist. Besonders hoher Politikbezug ist nicht gegeben – weder in Bezug auf den parteipolitischen Zusammenhang noch auf die Bezugnahme auf Politiker in der Berichterstattung.

Um ein umfassendes Bild des Stellenwerts der Kernenergie in Österreich und der Schweiz zu erhalten, erfolgte in Kapitel sechs auch eine Auseinandersetzung mit der Meinung der Bevölkerung zur Kernenergie. Ein Widerspruch zu den politischen Positionierungen in den beiden Ländern ist dabei nicht zu erkennen. Ebenso wenig, wie politische Vertreter hinsichtlich ihrer Entscheidungen und Einstellungen bezüglich Kernenergie in den Medien in besonderem Maße kritisiert werden, passiert dies von Seiten der Bevölkerung.

Die grundsätzlich höhere Strittigkeit des Themas in der Schweiz steht dabei außer Frage und wurde ausführlich besprochen. In Österreich entsteht vielmehr der Eindruck, als hätte die Ablehnung der Kernenergie den Charakter eines Dogmas, das niemand in Frage zu stellen wagt – noch mehr auf politischer Ebene als in der Bevölkerung oder in der Berichterstattung. Auf detaillierte Unterschiede in der Analyse der Berichterstattung im Jahresvergleich wurde im Rahmen der Beantwortung der Einzelhypothesen eingegangen. Was die grundsätzliche

Widerspiegelung politischer Positionen in der medialen Berichterstattung betrifft, waren hier im Jahresvergleich keine entscheidenden Unterschiede auszumachen.

Ein interessanter Anknüpfungspunkt an die vorliegende Untersuchung wäre es, die Berichterstattung in verschiedenen Zeitungen bzw. unterschiedlichen Medien eines Landes zu analysieren und der Frage nachzugehen, inwieweit es hinsichtlich der Widerspiegelung politischer Positionen Unterschiede oder Gemeinsamkeiten gibt.

Angesichts der Tatsache, dass bis jetzt kaum internationale Vergleiche der Kernenergiekontroversen vorliegen, könnte man zudem die aktuellen Debatten rund um Kernenergie auch in anderen Ländern beleuchten – vor allem jetzt, da die Diskussionen rund um Kernenergie durch weltweite Diskussionen zum Klimaschutz neuen Antrieb bekommen haben.

Spannend wäre es auch zu untersuchen, wie heute angesichts aktueller Debatten über das Risikothema Kernenergie informiert wird bzw. ob verschiedenste in die Kernenergiediskussion involvierte Institutionen - von Umweltschutzorganisationen über Regierungen bis hin zu Energiekonzernen - überhaupt die Notwendigkeit sehen, über Atomkraft zu informieren. Interessant scheint dies vor allem vor dem Hintergrund, dass das Thema Kernenergie ja kein unbeschriebenes Blatt ist und davon ausgegangen werden kann, dass sich viele Menschen bereits eine Meinung zu dieser Thematik gebildet haben. Nachgehen könnte man unter anderem der Frage, auf welche Kommunikationsstrategien die verschiedenen Institutionen setzen.

Es zeigt sich also, auch wenn Kernenergie als Paradethema der Risikokommunikation zu einem vielfach untersuchten Forschungsgebiet zählt, gibt es dennoch Bereiche, in denen nach wie vor Forschungsbedarf besteht. Neue Brisanz erfährt das Thema vor allem angesichts aktueller Diskussionen über den Klimaschutz sowie Debatten über die Energieabhängigkeit von politisch instabilen Ländern. Mit der vorliegenden Arbeit soll ein Beitrag zu einem internationalen Vergleich der Kernenergiekontroverse geleistet werden.

10. LITERATURVERZEICHNIS

- Arbeitsgemeinschaft für Sozialforschung und Bildstatistik. Telefonumfrage Nr. 51. Wien. 2004.
- Atteslander, Peter : Methoden der empirischen Sozialforschung. 10. Auflage. Berlin. 2008.
- Beck, Ulrich: Risikokommunikation. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main. 1986.
- Beck, Ulrich: Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt am Main. 2007.
- Boever-Schmidt, Elke: Stellungnahme zur Nutzung von Atomenergie. E-mail vom 20.11.07. Siehe Anhang. [Elke Boever-Schmidt ist Klimaschutzbeauftragte der ÖVP Bundespartei]
- Combs, Barbara/Slovic, Paul: Newspaper coverage of causes of death. In: Journalism Quarterly. 56(4). 1979. S. 837-843, 849.
- Covello, Vincent/ Von Winterfeldt, Detlof/ Slovic, Paul: Risk communication – A review of the literature. In: Risk Abstracts. 3. 1986. S. 171-182.
- Dunwoody, Sharon/ Peters, Hans Peter: Massenmedien und Risikowahrnehmung. In: Becker, Ulrike: Bayerische Rückversicherung Aktiengesellschaft & München: Risiko ist ein Konstrukt. München. Knesbeck. 1993. S. 317-341.
- Elkington, John/ Burke Tom: Umweltkrise als Chance. Ökologische Herausforderung für die Industrie. Zürich. 1987.
- Hofer, Norbert (Hrsg.): Energie und Lebensmittel: Konzerndiktatur oder Selbstbestimmung. Wien. 2007.
- Früh, Werner: Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. UVK Verlagsgesellschaft mbH. Konstanz. 2004
- Görke, Alexander: Risikojournalismus und Risikogesellschaft. Sondierung und Theorieentwurf. Studien zur Kommunikationswissenschaft. Bd. 36. Opladen. 1999.
- Hauptmanns, Ulrich/ Hertrich, Michael/ Werner, Wolfgang: Technische Risiken. Ermittlung und Beurteilung. Berlin. 1987.

- Häfele, Wolf: Hypothetizität und neue Herausforderungen – Kernenergie als Wegbereiter. In: Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft. Nr. 64/4. 1975. S. 541-564.
- Holzheu, Franz/ Wiedemann Peter: Perspektiven der Risikowahrnehmung. In: In: Bayerische Rück (Hrsg.): Risiko ist ein Konstrukt. Wahrnehmung zur Risikowahrnehmung. München. 1993. S. 9-19.
- Institut für Trendanalyse und Krisenforschung: Energiepolitik auf dem Prüfstand – Strategien für die Zukunft. Wien. 2004.
- Jungermann, Helmut: Inhalte und Konzepte der Risikokommunikation. In: Jungermann, Helmut (Hrsg.): Risiko-Konzepte, Risiko-Konflikte, Risiko-Kommunikation. Forschungszentrum Jülich. 1990. S. 309f.
- Keck, Otto: Der schnelle Brüder. Ein Lehrstück für die Technologiepolitik. In: Politische Vierteljahresschrift. 25. Jg. 3. 296-315.
- Kemp, Ray: Risikowahrnehmung: Die Bewertung von Risiken durch Experten und Laien – ein zweckmäßiger Vergleich? In: Bayerische Rück (Hrsg.): Risiko ist ein Konstrukt. Wahrnehmung zur Risikowahrnehmung. München. 1993. S. 109-127.
- Kitzmüller, Erich.: Österreich – Verspäteter Atomzweig oder nicht-atomarer Anfänger. In: Mez, Lutz (Hg.): Der Atomkonflikt. Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atombewegung im internationalen Vergleich. Berlin. 1979.
- Kriener, Manfred: Kernkraft gegen Klimaschäden? In: Petermann, Jürgen (Hrsg.): Sichere Energie im 21. Jahrhundert. Hamburg. 2006. S. 165-175.
- Kriesi, Hanspeter: AKW-Gegner in der Schweiz. Diessenhofen. Rügger. 1982.
- Kupper, Patrick: Atomenergie und gesplante Gesellschaft. Die Geschichte des gescheiterten Projektes Kernkraftwerk Kaiseraugst. Zürich. 2003.
- Kupper, Patrick: Clear & Brief: Daten zur Kernenergie in der Schweiz. In: Stiftung Risiko Dialog St. Gallen (Hrsg.): riskBrief. Notizen aus dem Risiko Dialog. St. Gallen. 2005.
- Lichtenstein, Sara/ Slovic, Paul/ Fischhoff Baruch/ Layman Marl/ Combs Barbara: Judged Frequency of lethal events. In: Journal of Experimental Psychology: Human Learning an Memory 4. 1987. S. 551-578.
- Luhmann, Niklas: Soziologie des Risikos. Berlin. 2003.

- Marcinkowski, Frank: Technisierungskonflikte. Öffentliche Kommunikation als präventive Risikoerzeugung – politikwissenschaftlich relevante Ansätze der Risikokommunikationsforschung und neue empirische Befunde. In: Simonis, Georg/ Martinsen, Renate/ Saretzki, Thomas (Hrsg.): Politik und Technik. Analysen zum Verhältnis von technologischem, politischem und staatlichem Wandel am Anfang des 21. Jahrhunderts. Wiesbaden. 2001. S. 147-166.
- Meier, Werner A.: Umweltrisiken als Medienthema. Der Einzelfall im Scheinwerferlicht. In: riskVOX. Nr.001/99-3. Stiftung Risiko-Dialog. St. Gallen. 1999.
- Meier, Werner A.: Tschernobyl in den Medien: Eine internationale Perspektive. In: Meier, Werner A./ Schanne, Michael: Gesellschaftliche Risiken in den Medien. Zur Rolle des Journalismus bei der Wahrnehmung und Bewältigung gesellschaftlicher Risiken. Zürich. 1996. S. 109-119.
- Moser, Peter: „Tschernobyl ist überall“ – Die schweizerische Kernkraftdiskussion nach der Katastrophe. In: Eisner, Manuel/Graf, Nicole/ Moser, Peter: Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Zürich. 2003. S.183-212.
- Nachtmann, Gerfried: Stellungnahme zur Nutzung von Atomenergie. E-mail vom 20.11.07. Siehe Anhang. [Gerfried Nachtmann ist stellvertretender Klubchef im FPÖ Parlamentsklub]
- Nowotny, Helga: Kernenergie: Gefahr oder Notwendigkeit. Anatomie eines Konfliktes. Frankfurt am Main. 1979.
- Nowotny, Helga: Experten in einem Partizipationsversuch. Die Österreichische Kernenergie-debatte. In: Soziale Welt. Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis. Nr. 31/4. 1980. S. 442-458.
- Petermann, Jürgen (Hrsg.): Sichere Energie im 21. Jahrhundert. Hamburg. 2006.
- Peters, Hans Peter: Risiko-Kommunikation: Kernenergie. In: Jungermann, Helmut (Hrsg.): Risiko-Konzepte, Risiko-Konflikte, Risiko-Kommunikation. Forschungszentrum Jülich.1990. S. 59-148.
- Peters, H.P.: Risikokommunikation in den Medien.
In: Merten, K.; Schmidt, S.J.; Weischenberg, S. (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag. 1994. S. 329-351.

- Peters, Hans Peter: Durch Risikokommunikation zur Technikakzeptanz? Die Konstruktion von Risiko“wirklichkeiten“ durch Experten, Gegenexperten und Öffentlichkeit. In: Krüger, Jens/ Russ-Mohl, Stephan (Hrsg.): Risikokommunikation. Technikakzeptanz, Medien und Kommunikationsrisiken. Berlin. 1991. S. 11-67.
- Plough, Alonzo/ Krimsky Sheldon: The emergency of risk communication studies – social and political kontext. In: Science, Technology, and Human Values. 12. 4-10.
- Renn, Ortwin: Risikowahrnehmung der Kernenergie. Frankfurt am Main. 1984.
- Rohrmann, Bernd: Akteure der Risikokommunikation. In: Jungermann, Helmut (Hrsg.): Risiko-Konzepte, Risiko-Konflikte, Risiko-Kommunikation. Forschungszentrum Jülich. 1990. S. 329-344.
- Ruhrmann, Georg: Risikokommunikation. In: Publizistik. Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung. Zeitschrift für die Wissenschaft von Presse, Rundfunk, Film, Rhetorik, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, Meinungsbildung. Hrsg. in Verbindung mit der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Zeitungswissenschaft. Jg. 37/1. Konstanz. 1992. S. 5-25.
- Ruhrmann, Georg: Risikokommunikation. In: Bentele, Günter/ Brosius, Hans Bernd/Jarren Otfried (Hrsg.): Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft. Wiesbaden. 2003. S. 539-549.
- Saretzki, Thomas: Entstehung, Verlauf und Wirkung von Technisierungskonflikten: Die Rolle von Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und politischen Parteien. In: Politische Vierteljahresschrift. Jg. 41/2000. Sonderheft 3/2000: Politik und Technik. S. 185-210.
- Schmitt, Anne-Marie: Verwertbarkeit und Zuverlässigkeit von Ergebnissen vorliegender epidemiologischer Untersuchungen für die Abschätzung des Strahlenbedingten Krebsrisikos.I Das Strahlnebedingte Lungenkrebsrisiko. Forschungsbericht des Instituts für Strahlenhygiene des Bundesgesundheitsamtes (ISH-Heft 87) Neuherberg. Januar 1986.
- Schöneberg, Heinz-Albers: Kernkraft – was sonst? Zahlen und Fakten zur Energie- und Klimapolitik. Bern. 2008.
- Schulz von Thun, Friedemann: Miteinander reden. Störungen und Klärungen. 41. Auflage. Reinbek bei Hamburg. 2005.
- Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft: Fragebogen Nr. 379. Einstellungen der ÖsterreicherInnen zu verschiedenen Themen. Tabellenband. Wien. 2008.

- Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft: Fragebogen Nr. 359. Einstellungen der ÖsterreicherInnen zum Thema Energie. Wien. 2004.
- Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft: Fragebogen Nr. 340. Wien. 2001.
- Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft: Telefonumfrage Nr. 122. Wien. 2000.
- Stiftung Risiko Dialog St. Gallen (Hrsg.): Clear & Brief: Daten zur Kernenergie in der Schweiz. In: riskBrief. Notizen aus dem Risiko Dialog. St. Gallen. 2005.
- Stockinger, Heinz: Atomstaat – zweiter Anlauf? Zivile und militärische Integration Österreichs in die Europäische Atomgemeinschaft. Die Euratom-Information. Wien. Anti Atom International. Wien. 1993.
- Tarlton, Stephen: World Nuclear Industry Handbook. 2005.
- Teichert, Will (1987): Tschernobyl in den Medien. Ergebnisse und Hypothesen zur Tschernobyl-Berichterstattung. In: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 35/3. 1987. S.185-204.
- Uhlenried, Karl-Heinrich M.: Kernenergie und „Dritte Kraft“. Vorträge aus dem Arbeitskreis Selbsterkenntnis – Welterkenntnis. Basel. 2002. S.77-107.
- Vahrenholt, Fritz: Braucht die Welt Atomkraft. In: Petermann, Jürgen (Hrsg.): Sichere Energie im 21. Jahrhundert. Hamburg. 2006. S. 193-199.
- Wiedemann, Peter/ Rohrmann, Bernd/ Jungermann, Helmut: Das Forschungsgebiet „Risiko-Kommunikation“. In: In: Jungermann, Helmut (Hrsg.): Risiko-Konzepte, Risiko-Konflikte, Risiko-Kommunikation. Forschungszentrum Jülich.1990. S.1-9.
- Wildavsky, Aaron: Die Suche nach einer fehlerlosen Risikominderungsstrategie. In: Krohn, Wolfgang/Krücken, Georg (Hrsg.): Riskante Technologien. Reflexion und Regulation. Frankfurt a.M. 305-318.

Internetquellen

- Aeiou - das Kulturinformationssystem. Österreich Lexikon. Atomenergie.
<http://aeiou.iicm.tugraz.at/aeiou.encyclop.a/a806267.htm>, entnommen am 4.12.08, 11:39 Uhr.
- Bayr, Petra: Positionen der SPÖ Umweltsprecherin zu den aktuell wichtigsten Umweltthemen.
<http://www.petrabayr.at/parlament/2008/Umwelt%20-%20Positionen%20Petra%20Bayr.pdf>, entnommen am 13.2.09, 15:56 Uhr
- Bundesamt für Energie: Kernenergiegesetz und Kernenergieverordnungen.
<http://www.bfe.admin.ch/themen/00544/00550/index.html?lang=de>, entnommen am 25.10.08, 19:34 Uhr
- Bundesamt für Energie,
<http://www.bfe.admin.ch/energie/00588/00589/00644/index.html?lang=de&msg-id=16105>, entnommen am 25.10.08, 16:39 Uhr
- Bundesversammlung der Schweizer Eidgenossenschaft: Kernenergiegesetz.
<http://www.admin.ch/ch/d/as/2004/4719.pdf>, entnommen am 25.10.08, 18:01 Uhr
- Bürgerlich Demokratische Partei: Positionspapier.
<http://www.bdp.info/index.php?page=110>, entnommen am 7.2.09, 19:15 Uhr
- Bürgerlich Demokratische Partei: Medienmitteilung.
http://bdp-be.info/media/archive1/pdf_doc/mm_081211.pdf, entnommen am 7.2.09, 19:23 Uhr
- Christlichdemokratische Volkspartei: Energiepapier der CVP Fraktion. 2007.
<http://www.cvp.ch/upload/prj/document/Fraktion-Energiepapier-d.pdf> entnommen am 21.11.07, 16:42 Uhr
- Demokratiezentrum Wien. Das Atomkraftwerk Zwentendorf. Zeittafel.
http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/timelines/das_atomkraftwerk_zwentendorf.html, entnommen am 4.12.08, 11:15 Uhr

- Eckwertstudie. Im Auftrag von Swissnuclear. 2008.
http://www.swissnuclear.ch/upload/cms/user/MM_Eckwertstudie_20081.pdf,
entnommen am 29.1.09, 20:31 Uhr, ebenso:
http://www.swissnuclear.ch/upload/cms/user/Eckwertstudie2008_kurzeZusammenstellung.pdf, entnommen am 29.1.09, 20:31 Uhr
- European Commission: Eurobarometer. Attitudes towards radioactive waste. 2008.
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_297_en.pdf, entnommen am
23.12.08, 14:47 Uhr
- Federal Department of the Environment: Attitudes towards radioactive waste in
Switzerland. Report. Tns opinion, 2008.
<http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/13146.pdf>
entnommen am 26.10.08, 16:03 Uhr
- Freiheitliche Partei Österreichs: Parteiprogramm. 2006.
[http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/
PDF/Wahlprogramm_FP__2006.pdf](http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Wahlprogramm_FP__2006.pdf), entnommen am 3.1.09, 18:15 Uhr
- Freiheitliche Partei Österreichs: Wahlprogramm. 2008.
<http://www.hcstrache.at/09/?id=54>, entnommen am 2. 2. 2009
- Freiheitliche Partei Österreichs: Wahlprogramm. 2006. [http://www.fpoe-
parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Wahlprogramm_FP__2006.pd
f](http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Wahlprogramm_FP__2006.pdf), entnommen am 3.1.09, 18:15 Uhr
- Freisinnig Demokratische Partei: Energiepapier. 2006.
<http://fdp.ch/platform/content/element/68602/NachhaltigeEnergie.pdf> entnommen am
21.11.07, 16:20 Uhr
- Global 2000/ Friends of the Earth Europe: Euratom. 50 Jahre sind genug.
Hintergrundpapier. <http://www.global2000.at/pages/euratomneu.htm>, entnommen am
9.12.08, 11:40 Uhr
- Global 2000, http://www.global2000.at/pages/irrtum_atomstromfrei.htm entnommen am
9.12.08, 15:15 Uhr
- Greenpeace, <http://www.greenpeace.at/4010.html?&type=98>, entnommen am 9.12.08,
15:35 Uhr
- Grüne Partei: Energie- und Klimaschutzprogramm. 2006.
http://www.gruene.at/uploads/media/gruenes_energieprogramm_web_03.pdf,
entnommen am 13.2.09, 14:35 Uhr

- Grüne Partei, <http://www.gruene.at/umwelt/artikel/lesen/34095/>, entnommen am 9.12.08, 14:25 Uhr
- Grüne Partei: Grundsatzprogramm. 2001.
http://www.gruene.at/uploads/media/grundsatzprogramm2001_03.pdf, entnommen am 3.1.09, 12:58 Uhr
- Grüne Partei: Positionen, <http://www.gruene.at/umwelt/energiewende/>, o. S., entnommen am 1.3.09, 13:03 Uhr
- Grüne Partei: Position zum Klimaschutz.
<http://www.gruene.at/umwelt/klimaschutz>, entnommen am 1.3.09, 13:09 Uhr
- Grüne Partei: Wahlprogramm. 2008.
http://www.gruene.at/uploads/media/GRUENES_PR_WAHL08.pdf, entnommen am 23.9.08, 11:10 Uhr
- Grüne Partei: Grundlagenpapier zur Energiepolitik. 2005.
http://www.gruene.ch/d/pdf/klima_grundlagenpapier_energiepolitik_d.pdf, entnommen am 25.11.08, 15:43 Uhr
- HSK, Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen.: Kurzdarstellung der Funktion eines Kernkraftwerks.
<http://www.hsk.ch/deutsch/infos/PDF-info/Basis/FunktionKKW.pdf>, entnommen am 18.9.08, 15:05 Uhr
[HSK = Schweizer Atomaufsichtsbehörde = Eine Hauptabteilung des Schweizer Bundesamtes für Energie]
- HSK, Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen.: Basiswissen.
<http://www.hsk.ch/deutsch/infos/start2.htm> entnommen am 18.9.08, 14:47 Uhr
- Instituts für Risikoforschung der Universität Wien. Risiko. Beschreibung und Definition.
<http://www.irf.univie.ac.at/>, entnommen am 3.1.08, 10:46 Uhr
- International Atomic Energy Agency. Number of Reactors in Operation Worldwide.
<http://www.iaea.org/cgi-bin/db.page.pl/pris.oprconst.htm>, entnommen am 23.12.08, 13:54
- Jordan, Gerhard: Geschichte der Grünen Österreich.
<http://burgenland.gruene.at/geschichte/oesterreich/>, entnommen am 4.12.08, 12:13

- Lenzin René: Streit um die Atomkraft. In: Schweizer Revue. Juni 2007. Nr.3,
www.revue.ch/de/archives/2007/revue/sr_de_2007_03_politik.pdf, entnommen am
 3.10.08, 10:46 Uhr
- Mayr, Günther/ Schütz, Bertram: Risikokommunikation in der Wissenschaft. Workshop.
 Arbeitsgemeinschaft der Hochschulpressestellen in Deutschland. Jahrestagung 2004 an
 der TU Wien.
<http://www.unipr.ac.at/docs/presentationen/schuetz.pdf>, entnommen am 29.7.08, 14:08
 Uhr
- Meyers Lexikon, <http://lexikon.meyers.de/meyers/Partizipation>, entnommen am
 12.9.08, 10:18 Uhr
- Neverla, Irene: Aktuell ist ein Wald erst, wenn er stirbt. Der Beitrag des Journalismus
 zur öffentlichen Risikokommunikation. Beiträge zur Risikokommunikation. Hamburg.
 2003.
http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_dsw_ijk/PDFs/irne-risi.pdf,
 entnommen am 29.7.08, 13:40 Uhr
- Ökoweb. Österreichs zentrales Umweltportal.
<http://www.oekoweb.at/556>, entnommen am 4.12.08, 11:30 Uhr
- Österreichische Volkspartei: Klimapaket.
www.oevp.at/Common/Downloads/Klimapaket_2007-10-04.pdf, entnommen am
 23.9.08, 12:35 Uhr
- Österreichische Volkspartei: Grundsatzprogramm. 1995.
<http://www.oevp.at/download/000298.pdf>, entnommen am 23.9.08, 11:20 Uhr
- Rechsteiner, Rudolf: Unterwegs zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energien.
 Perspektivpapier der SP Schweiz.
[http://www.rechsteiner-
 basel.ch/uploads/media/Studie_RR_Vollversorgung_EE_def.pdf](http://www.rechsteiner-basel.ch/uploads/media/Studie_RR_Vollversorgung_EE_def.pdf), entnommen am
 22.11.07, 18:06 Uhr
- Schweizerische Volkspartei: Positionspapier. Schweizer Strom aus Eigenproduktion.
 2006.
<http://www.udc.ch/file/060721-energiepapier-d.pdf>, entnommen am 21.11.07, 10:35
 Uhr

- Sima, Ulli/ Krainer, Jan: Neustart für Österreichs Umweltpolitik. 12 Punkte Programm des SPÖ Kompetenzteams „Umwelt“. 2006.
http://www.polhist.hu/pdf/au/Kurzfassung_SPoe_Forderungen_Umwelt_endversion.pdf
 , entnommen am 23.9.08, 11:42 Uhr
- Sozialistische Partei Österreichs: Grundsatzpapier.
http://umwelt.spoe.at/bilder/d251/spoe_partei_programm.pdf, entnommen am 23.9.08, 11:30 Uhr
- Sozialistische Partei Österreichs: Wahlprogramm. 2008.
<http://spoe.at/bilder/d265/wahlmanifest08.pdf>, entnommen am 23.9.08, 11:26 Uhr
- Swissnuclear: So funktioniert ein Atomkraftwerk. <http://www.atomenergie.ch/de/akw-technik.html>, entnommen am 18.9.08, 14:21 Uhr
 [Swissnuclear = Fachgruppe Kernenergie der Swisselectric]
- Swissnuclear: Kernenergiegesetz und Kernenergieverordnungen.
http://www.atomenergie.ch/de/kernenergie-gesetz.html#anchor_MQSOVK, entnommen am 25.10.08, 19:47 Uhr
- Umweltbundesamt: Kernkraftwerke.
<http://www.umweltbundesamt.at/umweltschutz/kernenergie/akw/>, entnommen am 4.12.08, 11:34

11. ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1: Funktionsschema eines Kernkraftwerkes.....	38
Abb. 2: Kernkraftwerke in Grenznähe Österreichs.....	50
Abb. 3: Artikelaufteilung nach Zeitungen.....	79
Abb. 4: Artikelaufteilung nach Untersuchungszeiträumen.....	80
Abb. 5: Aktuelles Ereignis aus Anlass für die Berichterstattung.....	81
Abb. 6: Berichterstattung über Kernenergie mit parteipolitischem Zusammenhang.....	82
Abb. 7: Parteipolitischer Zusammenhang der Berichterstattung in Prozent.....	83
Abb. 8: Berichterstattung über die Hintergründe der Kernenergiedebatte.....	84
Abb. 9: Bezug auf Atomlobby in der Berichterstattung.....	85
Abb. 10: Bezug auf Umweltaktivisten in der Berichterstattung.....	87
Abb. 11: Akteure im Vergleich.....	88
Abb. 12: Kernenergie als akzeptabler Weg zur Reduktion des CO ₂ -Ausstoßes.....	89
Abb. 13: Argumentationslinien im Vergleich.....	92

ANHANG

Kategoriensystem

1. *Laufende Nummer*
2. *Datum des Artikels*
3. *Name des Mediums*
 - 3.1. Der Standard
 - 3.2. Neue Zürcher Zeitung
4. *Ressort*
 - 4.1. Politik
 - 4.2. Wirtschaft
 - 4.3. Wissenschaft
 - 4.4. Titelblatt
 - 4.5. Meinung/Kommentar
 - 4.6. Thema
 - 4.7. Extra
 - 4.8. Sonstiges
5. *Größe des Artikels*
 - 5.1. bis 100
 - 5.2. 100 - 500
 - 5.3. 500 - 1000
 - 5.4. über 1000
6. *Aktuelles Ereignis ist Anlass für Berichterstattung*
 - 6.1. Ja → Zusatztext
 - 6.2. Nein
7. *Parteil politischer Zusammenhang der Berichterstattung*
 - 7.1. Ja → Zusatztext
 - 7.2. Nein

8. *Hintergrundberichterstattung*

- 8.1. Ja → Zusatztext
- 8.2. Nein

9. *Akteure*

9.1. Bezug auf Vertreter der Atomlobby in der Berichterstattung

- 9.1.1. Ja → Zusatztext
- 9.1.2. Nein

9.2. Bezug auf Umweltaktivisten in der Berichterstattung

- 9.2.1. Ja → Zusatztext
- 9.2.2. Nein

9.3. Bezug auf Politiker in der Berichterstattung

- 9.3.1. Ja → Zusatztext
- 9.3.2. Nein

10. *CO2 Problematik*

- 10.1. CO2 Problematik wird thematisiert
- 10.2. CO2 Problematik wird nicht thematisiert

10.1.1. Kernenergie wird als mögliche Lösung für die CO2 Problematik thematisiert

- 10.1.1.1. Ja → Zusatztext
- 10.1.1.2. Nein
- 10.1.1.3. beides → Zusatztext

11. *Argumentationslinien*

11.1. Energiesicherheit

- 11.1.1. Ja → Zusatztext
- 11.1.2. Nein

11.2. Wirtschaftlich-Finanziell

- 11.2.1. Ja → Zusatztext
- 11.2.2. Nein

11.3. Sicherheitstechnisch

- 11.3.1. Ja → Zusatztext
- 11.3.2. Nein

11.4. Umweltspezifisch

- 11.4.1. Ja → Zusatztext

11.4.2. Nein

12. Tendenz in der Kernenergieberichterstattung

- 12.1. befürwortend
- 12.2. ablehnend
- 12.3. neutral

13. Besonderheiten

Datenbank (Beispiel)

Nr.: 12	Anlagedatum: 22.12.2008	Anz. 142	Letzte Nr. 145
Datum des Artikels: 13.01.2007		Name des Mediums: Der Standard	Ressort: Wirtschaft
Größe des Artikels: 501 - 1.000			
Aktuelles Ereignis ☐ Nein ☒ Ja Russen drehen am Gashahn für Weißrussland			
Akteure Bezug auf Vertreter der Atomlobby ☒ Nein ☐ Ja Bezug auf Umweltaktivisten ☒ Nein ☐ Ja Bezug auf Politiker ☐ Nein ☒ Ja für jeweils führende EU Politiker (bspw. Merkel) schwer Lösung zu finden, da die Positionen innerhalb Europas auseinander gehen			
Parteilichter Zusammenhang ☒ Nein ☐ Ja			
Hintergrundberichterstattung ☐ Nein ☒ Ja siehe Argumentationslinien			
Argumentationslinie Energiesicherheit ☐ Nein ☒ Ja Energieabhängigkeit Europas Wirtschaftlich-Finanziell ☐ Nein ☒ Ja Forderung einer ökonomischen Steuerreform (mehr Steuern für Energie, weniger Steuern für Arbeit der Menschen) Sicherheitstechnisch ☐ Nein ☒ Ja mangelnde Sicherheitsvorschriften bei AKW's Umweltspezifisch ☐ Nein ☒ Ja für Klima kämpfen, gemeinsam und nicht mit AKW's			
C02 Problematik thematisiert ☐ Nein ☒ Ja Kernenergie als mögliche Lösung für C02 Probl. ☒ Nein ☐ Ja ☐ beides			
Tendenz in der Kernenergieberichterstattung ☐ neutral ☐ befürwortend ☒ ablehnend			
Besonderheiten Kommentar			

Stellungnahmen per Email

Von: "Boever-Schmidt Elke" <Elke.Boever-Schmidt@oevp.at>

An: "Petra Adler" <petra.adler@gmx.at>

Kopie:

Betreff: AW: Position zur Energiepolitik

Datum: 20.11.2007 14:42:36

Sehr geehrte Frau Adler,

gerne nehme ich zu Ihren Fragen Stellung:

Wirtschaften ohne Energieeinsatz ist nicht möglich. Für die österreichische Volkspartei zählen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu den zentralen Themen in der Energiepolitik. Ökosoziale Energiepolitik muss den wirksamen und sparsamen Einsatz von Energie zum Ziel haben. Umweltschonenden und erneuerbaren Energieträgern, die möglichst wenig Auslandsabhängigkeit schaffen (Wasser, Biomasse, Sonne, Wind) kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Die bestmögliche Energieversorgung Österreichs, mit leistbarer und umweltverträglich produzierter Energie, ist die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit mit Energie und die Reduktion der Importe von fossiler Energie setzen wir verstärkt auf erneuerbare Energieträger, inländische Energieerzeugung, auf Energiesparen sowie auf intensive Energieforschung und neue Energietechnologien. Kernenergie ist für Österreich keine Option.

Die internationale Marktführerschaft in den Bereichen Energie- und Umwelttechnologie wird angestrebt und soll durch Intensivierung der Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen erreicht werden.

Der Klimaschutz und die Einhaltung der Kyoto Ziele sind äußerst wichtige Themen für die Österreichische Volkspartei, weshalb auch das Klimapakett: 21 Maßnahmen für den Klimaschutz des 21. Jahrhunderts zur Reduktion von 21 Millionen Tonnen CO₂ entwickelt wurde (übersende ich Ihnen im Anhang).

Auch der Klima- und Energiefonds (500 Millionen Euro) dient zur Verwirklichung einer nachhaltigen Energieversorgung und der Reduktion der Treibhausgasemissionen (Kyoto Zielerreichung).

Zu meiner Funktion: ja, ich bin die Klimaschutzbeauftragte in der ÖVP Bundespartei. Ich wurde von unserer Bundesgeschäftsführerin damit beauftragt, das Energiebewusstsein im Haus zu schärfen und Maßnahmen für einen bewussten und sparsamen Umgang mit Energie zu setzen. Unsere Aktivitäten dazu können Sie auf www.mitmachen.oevp.at verfolgen.

Sehr geehrte Frau Adler, bei weiteren Fragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Herzliche Grüße,
Elke Boever-Schmidt

Von: "Mag. Gerfried Nachtmann - Freiheitlicher Parlamentsklub" <gerfried.nachtmann@fpoe.at>
An: "Petra Adler" <petra.adler@gmx.at>
Kopie:
Betreff: AW: Stellungnahme zur Energiepolitik
Datum: 20.11.2007 16:31:47

Sehr geehrte Frau Adler!

Anbei darf ich Ihnen unser Buch "Energie- und Lebensmittel: Konzerndiktatur oder Selbstbestimmung" als pdf zukommen lassen.

Für Sie vor allem von Interesse: S. 73ff, S. 85ff, S. 92ff

Weiters darf ich folgende kurze Stellungnahme abgeben:

ATOMENERGIE-LÜGE

Die FPÖ spricht der Kernenergie jede Zukunftsfähigkeit ab. Die 40 Millionen Euro, die Österreich alljährlich für Euratom verpulvert, sind eine himmelschreiende Fehlinvestition. Alleine die zur Neige gehenden Uranressourcen sind ein Anlass, der Atomenergie eine nachhaltige Absage zu erteilen. Der Preis für Rohuran habe sich seit 2002 nicht ohne Grund verzehnfacht. Man greift seit längerem auf Lagerbestände zurück. Die verfügbaren Minen liefern weniger als zwei Drittel des aktuellen Verbrauchs.

Laut der Nuclear Energy Agency (NEA) der OECD betragen die globalen Reserven an Rohuran knapp fünf Millionen Tonnen. Sie reichen damit für höchstens 50 Jahre. Betrachtet man den Bauboom für Atomkraftwerke in China und Indien, wird auch diese Schätzung kaum zu halten sein. Alleine Indien will bis 2020 dreißig weitere Reaktoren errichten. Die Mär von der zukunftsweisenden "sauberen" CO2-Alternative ist eine perfide Propagandalüge.

EURATOM-VERTRAG

Im neuen Regierungsprogramm findet sich zwar ein Bekenntnis zu einer 'aktiven Anti-Atompolitik' Österreichs, konkrete Pläne dazu sucht man aber vergebens. Die Initiativen der Umweltschutz- und Anti-Atom-Organisationen zur Beendigung der Förderung der europäischen Kernkraftlobby durch Österreich sind daher sehr zu begrüßen und werden von der FPÖ unterstützt. Bereits 1978 haben sich die Österreicher im Rahmen einer Volksabstimmung gegen die Nutzung von Kernkraft ausgesprochen. Österreich fördert aber nach wie vor die Nutzung von Atomenergie, denn jährlich fließen beträchtliche Summen österreichischer Steuergelder an Euratom.

Die FPÖ fordert deshalb den sofortigen Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag und die Verwendung der dadurch freiwerdenden Mittel zur Förderung der Forschung und Entwicklung in Österreich, damit die Weichen nun endlich in Richtung Energieautonomie gestellt werden können.

ATOMKRAFTWERKE IN DER SCHWEIZ

Die Schweizer Atom-Pläne sehen vor, in nächster Zeit drohende Energielücken durch den Bau neuer Kernkraftwerke zu schließen. In diesem Zusammenhang forderte die FPÖ die Außenministerin auf, im Rahmen internationaler Abkommen möglichst schnell auf eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung und auf die Klärung der Frage der Endlagerung zu pochen. Grundsätzlich muss die österreichische Position, Atomkraft nicht als akzeptable Form der Energiegewinnung zu betrachten, aufrecht erhalten bleiben.

Mit freundlichen Grüßen
Gerfried Nachtmann

ABSTRACT

Die vorliegende Arbeit hat Risikokommunikation am Beispiel der Kernenergie zum Thema. Nachgegangen wurde der Frage, wie über das klassische Risikothema Kernenergie heute diskutiert wird. Das konkrete Erkenntnisinteresse lag darin herauszufinden, in wie weit sich die unterschiedlichen politischen Positionen zum Thema Kernenergie in der Schweiz und in Österreich in der Berichterstattung der beiden Länder widerspiegeln. Die Haltungen einzelner politischer Parteien zur Kernenergie in Österreich und in der Schweiz bzw. die mit den grundsätzlichen Einstellungen verbundenen Argumentationslinien wurden im theoretischen Teil der Arbeit im Rahmen einer Literaturstudie der Grundsatz- und/oder Positionspapieren der Parteien ermittelt. Die Untersuchung der Berichterstattung in Österreich und in der Schweiz wurde mittels einer Kombination aus qualitativer und quantitativer Inhaltsanalyse durchgeführt. Analysiert wurden insgesamt 142 Artikel aus der Österreichischen Qualitätszeitung „Der Standard“ und aus dem Schweizer Qualitätsblatt „Neue Zürcher Zeitung“.

Während in Österreich alle Parteien eine strikte Anti-Atom-Haltung vertreten, ist das Thema Kernenergie in der Schweiz umstritten. Dominiert wird die Debatte auf politischer Ebene in der Schweiz derzeit von den Atombefürwortern.

Die Untersuchung hat ergeben, dass sich die unterschiedlichen Einstellungen der politischen Parteien zum Thema Kernenergie in Österreich und der Schweiz tendenziell durchaus in der medialen Berichterstattung der beiden Länder widerspiegeln. Besonders deutlich war dies in jenen Artikeln, in denen eine Meinungstendenz erkennbar war. Im Standard wurden in den betreffenden Artikeln ausschließlich ablehnende Haltungen zur Kernenergie vertreten. In der Neuen Zürcher Zeitung hingegen wurde Kernenergie im Großteil dieser Texte befürwortet. In der Schweiz werden sowohl in der Neuen Zürcher Zeitung als auch auf politischer Ebene verstärkt Energiesicherheit und wirtschaftlich-finanzielle Argumente in die Diskussion eingebracht. Sicherheitstechnische Argumente sind im Standard stärker vertreten und sind auch das Hauptargument österreichischer Politiker gegen Kernenergie. Die Häufigkeit der in der Berichterstattung vorkommenden Akteure geht nicht mit der Bezugnahme auf die jeweiligen Akteure in politischen Stellungnahmen einher. Auch in der Frage, ob Atomkraft ein geeigneter Weg zur CO₂-Reduktion sei, konnte nur in der Zürcher Zeitung ein Zusammenhang mit den politischen Einstellungen des Landes gefunden werden.

LEBENS LAUF

Persönliche Daten:

Name:	Petra Cornelia Adler, Bakk. phil.
Straße:	Feldgasse 8
PLZ/Wohnort:	7052 Müllendorf
Geburtsdatum/-ort:	25. September 1984 in Eisenstadt
Nationalität:	Österreich

Schul Ausbildung:

1991 – 1995	Volksschule Müllendorf
1995 – 2003	Gymnasium der Diözese Eisenstadt
	Abschluss mit Reifeprüfung am 18. Juni 2003

Akademische Ausbildung:

2003 – 2006	Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien - Bakkalaureatsstudium
Juli 2006	Abschluss des Bakkalaureatsstudiums mit ausgezeichnetem Erfolg
seit WS 2006	Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien - Magisterstudium

Berufliche Tätigkeiten:

Mai/Juni 2004	D&R Verlagsges.m.b.H. Nfg. KG, Wien Aufgabenbereich: Recherche und Dateneingabe
August 2004, Juli 2005	BF – Die Burgenlandwoche, Eisenstadt
Februar 2006	Ferialpraktikum, Aufgabenbereich: redaktionelle Arbeit
März 2006 – März 2007	BF – Die Burgenlandwoche, Eisenstadt, Redakteurin Zuständigkeitsbereich: Bezirk Oberwart
März 2007 – Februar 2008	BF – Burgenland Freizeit, Eisenstadt, Redakteurin Zuständigkeitsbereich: Bezirk Oberwart
Juli 2007	ORF Landesstudio Burgenland, Eisenstadt, Ferialpraktikum Aufgabenbereich: redaktionelle Arbeit für Hörfunk und Fernsehen

März 2008 – Juni 2008	ORF Landesstudio Burgenland, Eisenstadt, Praktikum Aufgabenbereich: redaktionelle Arbeit für Hörfunk und Fernsehen
Juli 2008 - September 2008	ORF Landesstudio Burgenland, Eisenstadt Freie Mitarbeiterin
seit Oktober 2008	ORF Landesstudio Burgenland, Eisenstadt Redakteurin